



HESSISCHER LANDTAG

28. 01. 2020

30. Sitzung

Wiesbaden, den 28. Januar 2020

Amtliche Mitteilungen	2331	Frage 201	2335
<i>Entgegengenommen</i>	2332	Christoph Degen	2335, 2336
Präsident Boris Rhein	2331	Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	2335, 2336
1. Fragestunde		Frage 203	2336
– Drucks. 20/1723 –.....	2332	Torsten Warnecke	2336, 2337
<i>Abgehalten</i>	2344	Minister Dr. Thomas Schäfer	2336, 2337
Frage 189	2332	Frage 205	2337
Frank-Tilo Becher	2332, 2332, 2332	Gernot Grumbach	2337, 2337
Minister Kai Klose	2332, 2332, 2332	Ministerin Angela Dorn	2337, 2338, 2338
Frage 192	2333	Dr. Daniela Sommer	2338
Marion Schardt-Sauer	2333, 2333, 2333	Frage 207	2338
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	2333, 2333, 2333	Dr. Stefan Naas	2338, 2338, 2339
Frage 193	2333	Minister Tarek Al-Wazir	2338, 2339, 2339, 2339, 2340
Elisabeth Kula	2333, 2334	Klaus Gagel	2339
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	2334, 2334, 2334	Torsten Warnecke	2340
Christoph Degen	2334	Frage 208	2340
Frage 199	2334	René Rock	2340, 2340, 2340
Marion Schardt-Sauer	2334, 2335	Minister Tarek Al-Wazir	2340, 2340, 2341, 2341, 2341
Minister Dr. Thomas Schäfer	2334, 2335	Torsten Warnecke	2341
Frage 200	2335	Stephan Grüger	2341
Rolf Kahnt	2335	Frage 209	2341
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	2335	Christoph Degen	2341, 2342
		Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	2342, 2342

Frage 211	2342
Kerstin Geis	2342, 2342
Staatssekretär Thomas Metz	2342, 2343
Frage 213	2343
Christiane Böhm	2343, 2343
Minister Kai Klose	2343, 2343, 2343, 2344
Yanki Pürsün	2343
Dr. Daniela Sommer	2344
<i>Anlage</i>	2392

Die Fragen 218, 227, 229, 230, 232 bis 236 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 214, 220 bis 223, 226, 228, 231, 237 und 238 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.

7. Zweite Lesung	
Gesetzentwurf	
Landesregierung	
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)	
– Drucks. 20/2090 zu Drucks. 20/1407 –.....	2344
<i>Beratung begonnen</i>	2391
Günter Rudolph	2344
Einzelplan 02	2344
Nancy Faeser	2344, 2357
Ministerpräsident Volker Bouffier	2350
Robert Lambrou	2359
Erich Heidkamp	2361
Mathias Wagner (Taunus)	2364
René Rock	2370, 2378
Michael Boddenberg	2377, 2385
Jan Schalauske	2378
Volker Richter	2391

Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein
 Vizepräsidentin Karin Müller
 Vizepräsidentin Heike Hofmann
 Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund Lucia Puttrich
 Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
 Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
 Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
 Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
 Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
 Minister für Soziales und Integration Kai Klose
 Staatssekretär Michael Bußer
 Staatssekretär Mark Weinmeister
 Staatssekretär Patrick Burghardt
 Staatssekretär Dr. Philipp Peter Nimmermann
 Staatssekretär Jens Deutschendorf
 Staatssekretär Dr. Stefan Heck
 Staatssekretär Thomas Metz
 Staatssekretär Oliver Conz
 Staatssekretärin Anne Janz

Abwesende Abgeordnete:

Lisa Gnadl
 Manuela Strube
 Marius Weiß
 Janine Wissler

(Beginn: 13:02 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die 30. Plenarsitzung des Hessischen Landtags eröffnen und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass es bei der Fraktion DIE LINKE einen Wechsel im Fraktionsvorstand gegeben hat. Neuer parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE ist der Kollege Torsten Felstehausen, dem ich im Namen des gesamten Hauses zu seiner neuen Aufgabe gratuliere.

(Allgemeiner Beifall)

Sie können es an dem jedenfalls für unser Auge ungewohnten Platz von Hermann Schaus auch bildlich sehen

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Links außen!)

– das würde ich bei Ihnen gar nicht mal so sehr annehmen –: Herr Felstehausen hat die Nachfolge des Kollegen Hermann Schaus übernommen, der über sage und schreibe zehn Jahre als parlamentarischer Geschäftsführer für die Fraktion DIE LINKE tätig war.

Lieber Herr Schaus, ich will Ihnen auch im Namen des gesamten Hauses für diese Tätigkeit danken. Wir haben in den fachpolitischen Auseinandersetzungen das eine oder andere Sträußchen ausgefochten, immer auch mit Freude, immer sportlich, manchmal auch sehr heftig. Aber für die zwölf Monate, in denen ich mit Ihnen als parlamentarischer Geschäftsführer zusammenarbeiten durfte, will ich durchaus sagen, dass ich es nicht nur genossen habe, sondern dass Sie immer ein kompetenter und sehr konstruktiver Partner auf der Seite der Geschäftsführer gewesen sind. Vielen herzlichen Dank für diese Tätigkeit, lieber Herr Schaus.

(Allgemeiner Beifall)

Die Tagesordnung vom 21. Januar 2020 liegt Ihnen vor, ebenfalls ein Nachtrag vom heutigen Tag, mit insgesamt 37 Punkten versehen.

Sie können den Punkten 8 und 10 der Tagesordnung und den Tagesordnungspunkten 31 und 35 bis 37 aus dem Nachtrag entnehmen, dass sechs Anträge eingegangen sind, die von den Fraktionen als Setzpunkte benannt wurden. Diese werden, wie vereinbart, anstelle der Aktuellen Stunden am Donnerstagvormittag aufgerufen. Wir haben die Reihenfolge des Aufrufs wie folgt festgelegt: CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, Freie Demokraten und zum Abschluss DIE LINKE. Alle Setzpunkte haben jeweils eine Redezeit von 7,5 Minuten je Fraktion.

Eingegangen und in den Fächern verteilt ist der Dringlicher Antrag der Fraktion der AfD betreffend gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Großbritannien auch nach dem Brexit sichern, Drucks. 20/2117. Ich frage, ob die Dringlichkeit bejaht wird. – Das ist offensichtlich der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 34. Wollen wir so verfahren, dass wir ihn zusammen mit Tagesordnungspunkt 10 aufrufen? – Auch hier widerspricht niemand. Dann machen wir das so.

Insgesamt darf ich Sie fragen, ob Sie die Tagesordnung genehmigen. – Dem widerspricht keiner. Dann haben wir die Tagesordnung auch so genehmigt.

Wir haben im Ältestenrat vereinbart und auch in der Tagesordnung vermerkt, dass wir heute bis zur Erledigung des Einzelplans 02 tagen. Wir beginnen, wie immer, mit der Fragestunde, und danach fahren wir mit Tagesordnungspunkt 7, dem Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020, fort.

Entschuldigt fehlen heute ganztägig die Kollegin Manuela Strube, Frau Abg. Lisa Gnadt, der Abg. Marius Weiß, Frau Ministerin Kühne-Hörmann und die Fraktionsvorsitzende Janine Wissler. Gibt es weitere Entschuldigungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

„Himmel über Hessen“ ist ein gutes Stichwort: Die Auswahl der sieben Persönlichkeiten für das Kunstwerk „Himmel über Hessen. Licht-gestalten“ haben die 23 Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Politik und Wirtschaft der Q-2-Phase der Gesamtschule Gießen-Ost getroffen, die vom 10. bis 12. Dezember am Seminar „Im Zentrum der Landespolitik“ teilgenommen haben. Die sieben Persönlichkeiten sind Fritz Bauer, Konrad Duden, Adam Opel, Justus von Liebig, Anne Frank, Georg Büchner und Clara Schumann.

Heute haben zwei Kolleginnen bzw. Kollegen Geburtstag. Kollegin Papst-Dippel hat heute Geburtstag. Ich darf Ihnen im Namen des gesamten Hauses ganz herzlich gratulieren, Glück und Gesundheit wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Kollege Stephan Grüger hat ebenfalls heute Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Er verbringt ihn, wie wir sehen, mit großer Freude und guter Laune hier heute mit uns gemeinsam zu einer Generaldebatte. Ich wünsche auch Ihnen, lieber Kollege Grüger, im Namen des gesamten Hauses alles Gute für das kommende Lebensjahr. Für beide gibt es einen guten Tropfen aus dem schönen Rheingau.

(Die Schriftführerinnen Kaya Kinkel und Heidemarie Scheuch-Paschkewitz überreichen je ein Weinpräsent.)

Wir haben seit dem Dezember-Plenum darüber hinaus runde Geburtstage gefeiert. Ein runder Geburtstag betraf die Kollegin Manuela Strube, die heute erkrankt ist, wie ich annehme.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Von hier aus ergehen nachträglich an die sehr geschätzte Kollegin Strube, Vorsitzende des Petitionsausschusses, unsere guten Wünsche.

Auch einen runden Geburtstag gefeiert hat der Kollege Frömmrich. Lieber Jürgen, wenn ich mit 60 so aussehen würde wie du heute,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

dann würde ein großer Wunsch von mir in Erfüllung gehen. Insoweit herzlichen Glückwunsch nachträglich zum 60. Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Das Gleiche trifft den hochgeschätzten Kollegen und Chef der Staatskanzlei, Axel Wintermeyer, auch 60 Jahre alt, auch ein schöner Mann.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind alle voller Neid und strengen uns an, so schön zu sein wie ihr mit 60 Jahren. Alles Gute nachträglich zu den runden Geburtstagen.

Damit sind wir am Ende der Vorbemerkungen und können in die Tagesordnung einsteigen. Tagesordnungspunkt 1 ist die Fragestunde. Dazu darf ich noch etwas sagen. Wir haben uns sehr viel Mühe gegeben und jetzt auf die Drucksache geschrieben, weil das immer wieder mal in der Diskussion ist:

Die Fragestellerin oder der Fragesteller ist berechtigt, nach Beantwortung der mündlichen Frage bis zu zwei Zusatzfragen zu stellen. Darüber hinaus können insgesamt zwei weitere Zusatzfragen von anderen Abgeordneten gestellt werden.

Wer das nachlesen möchte, findet die entsprechende Regelung in § 37 Abs. 5 der Geschäftsordnung. Hier haben wir es zur Erinnerung, dass keine Verwirrung auftritt, noch einmal schriftlich festgehalten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

– **Drucks. 20/1723** –

Aus der letzten Fragestunde stellt die erste Frage der Kollege Frank-Tilo Becher, das ist die **Frage 189**. Bitte, Kollege Becher.

Frank-Tilo Becher (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Inwiefern wird sie die unabhängige Asylverfahrensberatung in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen einschließlich der ihnen zugeordneten selbstständigen und unselbstständigen Außenstellen mit Landesmitteln unterstützen?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Klose.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Sehr geehrter Herr Abg. Becher, in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Hessen wird derzeit eine unabhängige Asylverfahrensberatung seitens zivilgesellschaftlicher Träger angeboten und durchgeführt. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass eine unabhängige Rechtsberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes finanziell gefördert werden soll. Der neue § 12a des Asylgesetzes des Bundes regelt eine zweistufige Asylverfahrensberatung. Die zweite Stufe in Form der individuellen Beratung kann, gemäß gesetzlicher Vorgabe, durch das BAMF oder durch eine Wohlfahrtsorganisation durchgeführt werden. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration steht derzeit in Kontakt mit dem BAMF, um die dortigen Planungen und deren Auswirkungen auf die im Koalitionsvertrag festgelegte Zielsetzung einer Landesförderung in diesem Bereich zu ermitteln. Gleichzeitig werden aber bereits alle Vorarbeiten zur Entwicklung einer entsprechenden Förderrichtlinie des Landes durchgeführt.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es Zusatzfragen? – Das ist offensichtlich – –

(Frank-Tilo Becher (SPD): Ja!)

– Ja, bitte, Kollege Becher.

Frank-Tilo Becher (SPD):

Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden: Es liegt bisher noch kein Beratungsschlüssel vor, und es ist konkret auch noch keine Summe benannt worden, sondern dies befindet sich aktuell noch in einem Prüfverfahren?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Herr Abg. Becher, Sie haben mich insoweit richtig verstanden, als dass sich durch die Bundesgesetzgebung insgesamt der Rahmen für eine Verfahrensberatung an den Erstaufnahmeeinrichtungen verändert hat und wir deshalb mit dem BAMF darüber im Gespräch sind, was seine eigenen Planungen sind und inwiefern die Länder eigene Gestaltungsmöglichkeiten haben. Ich habe Ihnen aber auch gesagt, dass wir bereits dabei seien, eine entsprechende Förderrichtlinie des Landes zu erarbeiten. Daraus können Sie die Absicht ableiten, dass wir auch selbst tätig werden.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Weitere Zusatzfragen? – Herr Kollege Becher.

Frank-Tilo Becher (SPD):

Ist Ihnen die Vorstellung der freien Wohlfahrtspflege bekannt, die aus ihrer Perspektive einen Beratungsschlüssel von 1 : 180 für notwendig hält, und wie findet das in den Beratungen Berücksichtigung?

Präsident Boris Rhein:

Herr Minister.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Wir sind zu dem Gesamtkomplex auch mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, deren Mitglieder im Moment die unabhängige Verfahrensberatung durchführen, im Gespräch. Wir kennen natürlich auch die Vorstellungen, die dort herrschen. Wir müssen das aber, wie gesagt, mit der neuen Bundesgesetzgebung in Einklang bringen. Hierüber finden Gespräche statt; insofern kann ich die Frage bejahen.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann rufe ich **Frage 192** auf. Die Fragestellerin ist Kollegin Schardt-Sauer für die Fraktion der Freien Demokraten. Bitte sehr.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Warum wurde das Besetzungsverfahren Dienstposten in der Schulleitung der Taunusschule Bad Camberg trotz des eindeutigen Beschlusses des Verwaltungsgerichts Wiesbaden 3 L 6052/17.WI abgebrochen?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Prof. Lorz.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Frau Abg. Schardt-Sauer, gerade wegen des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Wiesbaden ist das Besetzungsverfahren abgebrochen worden.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es weitere Fragen? – Eine Zusatzfrage von Frau Kollegin Schardt-Sauer.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Ich habe dazu doch noch eine Nachfrage; denn das Verwaltungsgericht hat in seinen Entscheidungsgründen den Weg aufgezeigt, dass die Aufhebung des Verfahrens bedeute: „alles wieder von vorne“. Unter Hinweis auf die Gerichtsentscheidung hätte hier die Möglichkeit bestanden, dem Verfahren Fortgang zu geben. Warum hat man diesen Weg nicht gewählt?

Präsident Boris Rhein:

Herr Minister.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Frau Abg. Schardt-Sauer, es gab potenziell mehrere Reaktionsmöglichkeiten auf den Beschluss des Verwaltungsgerichts Wiesbaden. In diesem Falle mussten wir allerdings insbesondere die lange Verfahrensdauer berücksichtigen; das ursprüngliche Stellenbesetzungsverfahren resultierte ja aus einer Ausschreibung vom 7. Juni 2016. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden ist am 8. Juli 2019 ergangen. Das allein illustriert deutlich, warum wir manchmal mit langen Vakanzen bei Schulleitungsstellen rechnen müssen, weil die Streitverfahren, wenn es zu solchen kommt, entsprechend lange dauern.

Das heißt, zwischen der Ausschreibung und der Entscheidung des Verwaltungsgerichts liegen drei Jahre. In dieser Zeit haben sich aber die schulischen Gegebenheiten verändert, sodass die jetzt angestrebte Neuausschreibung mit einem geänderten Schwerpunkt erfolgen sollte, um den zwischenzeitlich geänderten schulischen Bedarfen Rechnung zu tragen.

Auch ist die aktuelle Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zu berücksichtigen, der seinerseits drei Tage nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden in einem anderen Verfahren eine Entscheidung getroffen hat, die uns im Moment ganz generell zu denken geben muss, was Stellenbesetzungsverfahren anbelangt, und die potenziell auch dieses Verfahren tangieren würde.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es Zusatzfragen? – Frau Kollegin Schardt-Sauer.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Aber gerade aufgrund des Bestrebens, das sicherlich parteiübergreifend vorhanden ist, die Stellen schnell zu besetzen, und der Tatsache, dass ein neues Verfahren explizit länger dauern würde, frage ich: Was hat sich an der Schule seitdem konkret verändert?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Ich kann Ihnen sagen, dass der Schwerpunkt der Neuausschreibung die Digitalisierung an der betreffenden Schule sein soll. Daran sehen Sie, dass sich die Situation zwischen 2016 und 2019 verändert hat. Wir haben mittlerweile den Digitalpakt mit dem Bund; und wir haben das Programm Digitale Schule Hessen. Das heißt, die Schulen machen sich jetzt auf den Weg. Sie setzen, das trifft auch für andere Schulen zu, Funktionsstellen ganz spezifisch für diese Schwerpunkte ein. Es wäre einfach widersinnig, der Schule die Möglichkeit zu nehmen, auf diese geänderten schulischen Bedarfe zu reagieren, und zu sagen: Sie sind auch im Jahr 2020, welches wir mittlerweile haben, noch immer daran gebunden, die Schwerpunkte und Bedarfe zu bedienen, die im Jahr 2016 für die Ausschreibung formuliert wurden.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich **Frage 193** auf. Das ist eine Frage der Kollegin Elisabeth Kula der Fraktion DIE LINKE.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche personellen Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit der Personalmangel im Kultusministerium, der zu einer immensen und ärgerlichen Häufung von verspäteten Antworten auf Kleine Anfragen und Berichtsanhträge führt sowie zu einem erheblichen Mangel in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, behoben werden kann?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Prof. Lorz.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Frau Abg. Kula, das Fragerecht der Abgeordneten des Hessischen Landtags ist zweifellos ein hohes Gut, von dem gerade in dieser Legislaturperiode sehr reger Gebrauch gemacht wird. Ich versichere Ihnen, dass in meinem Hause alle parlamentarischen Anfragen mit großer Sorgfalt geprüft und unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben beantwortet werden. Wir haben keinen Personalmangel, gemessen an der Zahl der Stellen, die dafür vorgesehen sind und eingesetzt werden; unser Parlaments- und Kabinettsreferat ist personell im Grundsatz genauso besetzt wie in der vergangenen Legislaturperiode. Die neue Herausforderung besteht also darin, der Veränderung im Frageaufkommen, das sprunghaft angestiegen ist, gerecht zu werden.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es Zusatzfragen? – Herr Kollege Degen, bitte.

Christoph Degen (SPD):

Herr Kultusminister, trifft es zu, dass es nicht immer nur etwas mit der gestiegenen Anzahl von Anfragen zu tun hat – ich nenne das Beispiel der Kleinen Anfrage betreffend Maßnahmen zur Stärkung schulischer politischer Bildung, Drucks. 20/942, vom 15.07.2019, auf deren Beantwortung ich nunmehr seit mehreren Monaten warte –, sondern manchmal auch damit, dass sich die regierungstragenden Fraktionen und Sie nicht einig sind, wie es weitergehen soll, und sieht man das nicht gerade am Beispiel der schulischen politischen Bildung?

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Da spricht vieles dafür!)

Präsident Boris Rhein:

Herr Minister.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. Degen, ohne diese Kleine Anfrage jetzt unmittelbar vor Augen zu haben, würde ich sagen: Gerade in diesem Bereich brauchen Sie diese Sorge nicht zu haben.

Ich will aber die Gelegenheit nutzen, um allgemein darauf hinzuweisen, dass viele Anfragen – gerade im Kultusbereich – umfangreiche Auswertungen erfordern, die teilweise in weit zurückliegende Zeiträume reichen und zahlreiche Aufschlüsselungen erfordern, beispielsweise nach Schulamtsbezirken, Schulformen usw. Diese Aufschlüsselungsverlangen führen zu einer Vielzahl von Unterfragen; und es müssen viele Abteilungen oder Institutionen wie die Schulämter eingeschaltet werden, was den Auswertungsaufwand und damit die Bearbeitungszeit deutlich erhöht.

Ich will vielleicht noch hinzufügen, dass auch in den Fällen, in denen eine Antwort knapp ausfällt, den Antworten oftmals komplexe Prüfungen zugrunde liegen, auch wenn man das der Antwort am Ende vielleicht nicht ohne Weiteres ansieht.

Präsident Boris Rhein:

Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Kula.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ja, ich habe noch eine Zusatzfrage, und zwar: Wie gedenkt denn die Landesregierung in Zukunft damit umzugehen, wenn Kleine Anfragen, wie am Beispiel der Kleinen Anfrage zur Berufseinstiegsbegleitung dargestellt, über einen sehr langen Zeitraum, über Monate hinweg, nicht beantwortet werden, weil sich die Zuständigkeiten innerhalb der Landesregierung verändern? Wie möchte die Landesregierung zukünftig dafür sorgen, dass diese Prozesse schneller vonstattengehen und wir endlich die Antworten auf die gestellten Anfragen bekommen können?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Prof. Lorz.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Frau Abg. Kula, zunächst sind Zuständigkeitsveränderungen innerhalb der Landesregierung nicht der Regelfall. Wir schauen uns aber alle diese Anfragen sehr genau an. Wir kommen natürlich auch unserer Verpflichtung nach, die Abgeordneten über eine etwaige längere Bearbeitungsdauer zu informieren.

Ich kann nur wiederholen: Wir sind auch bestrebt, sie so schnell wie möglich, in der vorgesehenen Frist, zu beantworten. Aber das Aufkommen hat sich im Vergleich zur letzten Legislaturperiode, grob geschätzt, verdoppelt. Das ist schlicht und ergreifend der Grund, da sich das Personal bei uns nicht verdoppelt, der zu gewissen Verzögerungen im Vergleich zur letzten Legislaturperiode führen kann.

Präsident Boris Rhein:

Danke schön, Herr Staatsminister. – Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann kommen wir zur **Frage 199**. Frau Kollegin Schardt-Sauer für die Fraktion der Freien Demokraten, bitte schön.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wie gestaltet sich die Beteiligung von Hessen im Gesetzgebungsverfahren zur Fortführung des Solidaritätszuschlags?

Präsident Boris Rhein:

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Frau Abg. Schardt-Sauer, da das Gesetzgebungsverfahren mittlerweile abgeschlossen ist, kann ich Ihnen den genauen Ablauf in den Grundzügen schildern.

Die Länder wirken gemäß Art. 50 Grundgesetz über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit, so auch beim Gesetzentwurf zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995. Zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung hat der Bundesrat eine Stellungnahme gemäß Art. 76 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz nicht beschlossen, wie sich aus dem Beschluss zur Bundesratsdrucksache 396/19 ergibt.

Hessen hatte zwar gemeinsam mit anderen Ländern im Finanzausschuss des Bundesrats einen Antrag gestellt, welcher den geplanten Entlastungsschritt begrüßte, aber als zu kurz greifend kritisiert hatte und der auf die Risiken der teilweisen Beibehaltung des Solidaritätszuschlags hinwies. Der Antrag fand jedoch keine Mehrheit.

Es handelte sich vorwiegend um ein Bundesgesetz, welches gemäß Art. 105 Abs. 3 Grundgesetz nicht der Zustimmung des Bundesrats bedurfte, da das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag in voller Höhe dem Bund zusteht. Zu dem Gesetzesbeschluss des Bundestages kann der Bundesrat nach Art. 77 Abs. 2 Grundgesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangen und gemäß Art. 77 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz binnen zwei Wochen Einspruch einlegen, wenn ein Vermittlungsverfahren beendet wurde. Eine Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat ist aber unterblieben.

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Gibt es Zusatzfragen?
– Frau Kollegin Schardt-Sauer.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Nach den kostenfreien Ausführungen zum Verfassungsrecht, allgemeiner Teil, noch eine Nachfrage. Nachdem das Gesetzgebungsverfahren sozusagen die Frage zeitlich überholt hat, frage ich die Landesregierung, ob sie die Einschätzung teilt oder es ein Aspekt war, dass die nicht vollständige Aufhebung des Solidaritätszuschlags verfassungswidrig ist.

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Möglicherweise habe ich eben nicht deutlich formuliert. Aber wir hatten gemeinsam mit anderen Ländern im Finanzausschuss einen Antrag gestellt, der auch die verfassungsrechtlichen Risiken in den Blick genommen hat.

Präsident Boris Rhein:

Danke schön, Herr Staatsminister. – Gibt es Zusatzfragen?
– Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 200**. Fragesteller ist der Kollege Rolf Kahnt für die Fraktion der AfD.

Rolf Kahnt (AfD):

Herr Präsident, ich möchte eigentlich meine Frage zurückziehen. Wenn Sie es mir gestatten, würde ich gerne eine kleine Erklärung dazu geben. Herr Minister, meine Frage lag schon Monate zurück, und es gab inzwischen einen Berichtsantrag von der SPD, wodurch die Fragen hinreichend geklärt worden sind – es sei denn, Sie würden aktuelle Entwicklungen hinzufügen können.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Kahnt. – Es antwortet der Kultusminister. Herr Prof. Lorz, bitte schön.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. Kahnt, ich freue mich in der Tat, Sie mit den neuesten Daten versorgen zu können, die wir zum Zeitpunkt des Berichts im Kulturpolitischen Ausschuss naturgemäß noch nicht hatten.

Wir betrachten unsere besetzten bzw. nicht besetzten Stellen immer nur stichtagsbezogen. Da der Arbeitsmarkt für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen derzeit sehr dynamisch ist und das Land Hessen sicherlich auch ein attraktiver Arbeitgeber für sozialpädagogische Fachkräfte ist, aber Schwankungen im Bereich der besetzten Stellen die Normalität sind, müssen wir auf einen Stichtag abstellen, der freilich nur eine Momentaufnahme darstellt und nicht bedeutet, dass die zum Stichtag unbesetzten Stellen noch nie besetzt gewesen wären.

Ich habe jetzt einen neuen Stichtag für Sie, den 24. Januar 2020, also sozusagen die frischesten Zahlen. Da haben wir bei den im Grundschulbereich zugewiesenen ca. 410 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte im Moment eine Besetzungsquote von 95,1 %. Das heißt, wir können sagen, dass der Markt eigentlich gesättigt ist; denn 5 % Fluktuation sind in diesem Bereich normal, werden wir immer haben. Die noch bzw. wieder zu besetzenden UBUS-Stellen befinden sich im laufenden Ausschreibungsverfahren, oder jedenfalls ist die Neueinstellung in Planung.

Das gilt natürlich auch für die UBUS-Stellen im Bereich der Sekundarstufe I. Dort waren von den 272 zugewiesenen Stellen zum 24. Januar 82,2 % besetzt. Das heißt, wir kommen insgesamt über Grundschule und Sekundarstufe I hinweg auf eine Besetzungsquote von 90 % bei UBUS-Stellen.

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Minister. – Gibt es Zusatzfragen? Herr Kollege Kahnt, keine weitere Zusatzfrage?

Dann kommen wir zu **Frage 201**. Fragesteller ist der Kollege Degen.

Christoph Degen (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Nach welchen Kriterien werden hessische Schulen zur Teilnahme am Bundesprogramm „Schule macht stark“ ausgewählt?

Präsident Boris Rhein:

Herr Kultusminister.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. Degen, das Bundesprogramm „Schule macht stark“ geht insgesamt von ca. 200 teilnehmenden Schulen aus. Hessen würde mit ca. 15 Schulen daran teilnehmen. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass

die Landesregierung die sozialen Herausforderungen an den hessischen Schulen schon jetzt im Blick hat. Deswegen unterstützen wir sie derzeit mit 708 Stellen im Rahmen der sozial indizierten Lehrerzuweisung und 700 Stellen für die unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte.

Was „Schule macht stark“ anbetrifft, ist eine hessenweite Ausschreibung angedacht, um die Auswahl der Schulen bis zum Anfang des Schuljahres 2020/21 abzuschließen. Die Kriterien dafür werden derzeit bei uns im Haus erarbeitet.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es Zusatzfragen? – Kollege Degen.

Christoph Degen (SPD):

Herr Kultusminister, können Sie schon sagen, mit was diese 15 Schulen dann rechnen können? Wird es zusätzliche Mittel geben, zusätzliche Stellen? Was wird zur Unterstützung angeboten werden?

Präsident Boris Rhein:

Herr Minister.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abgeordneter, „Schule macht stark“ ist zunächst einmal ein Forschungsprojekt, um herauszufinden, wie man Schulen stark machen kann, mit dem Ziel, dass die Ergebnisse möglicherweise Vorbildcharakter haben sollen für alle anderen Schulen im Land. Insofern ist das Projekt vergleichbar mit dem Programm „Leistung macht Schule“, LemaS, das Sie kennen, das gemeinsame Programm von Bund und Ländern.

Es gibt natürlich Mittel zur Teilnahme an dem Projekt und vor allem zum Aufbau des entsprechenden Netzwerks. Denn das ist es, was diesen beiden Initiativen gemeinsam ist: Wir schaffen ein Netzwerk über die Landesgrenzen hinweg, damit sich Schulen untereinander austauschen und voneinander lernen können. Der Punkt, an dem das richtig ressourcenrelevant wird, kommt freilich erst danach, wenn es darum geht, was man von dem Gelernten flächendeckend in der Praxis umsetzen will.

Präsident Boris Rhein:

Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich die **Frage 203** auf. Fragesteller ist der Kollege Torsten Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich darf die Landesregierung fragen:

Wieso hat sie den Gemeinden in diesem Jahr bis zum November noch keine Haushaltseckdaten zukommen lassen, wohingegen sie im vergangenen Jahr gleich zu zwei Zeitpunkten – im September vor der Landtagswahl und im November nach der Landtagswahl – dies getan hat?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abg. Warnecke, die Landesregierung versorgt in jedem Jahr die hessischen Kommunen mit den für die Aufstellung des Haushalts des Folgejahres und gesondert – das ist wichtig – mit den für die Erstellung der mittelfristigen Finanzplanung erforderlichen Informationen. Das geschieht durch die sogenannten Planungsdaten und durch die sogenannten Orientierungsdaten. Die Planungsdaten enthalten die konkrete Vorausschätzung auf die Schlüsselzuweisung des kommenden Jahres durch das Finanzministerium sowie die Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Folgejahre durch das Innenministerium.

Im Orientierungsdatenerlass werden zudem Hinweise zur Haushalts- und Wirtschaftsführung und zu den aufsichtlichen Vorgaben für die Haushaltsgenehmigung erteilt.

Wir hatten für die Haushaltsplanung 2020 und damit auch für die mittelfristige Planung folgende Besonderheit, auf die ich im Übrigen die Kommunalen Spitzenverbände und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowohl schriftlich als auch auf den Regionalkonferenzen im Frühjahr 2019 hingewiesen hatte: Durch das Programm „Starke Heimat“ standen den Kommunen in Hessen 400 Millionen € zusätzliche Mittel zur Verfügung. Die konkrete Verteilung dieser Mittel auf die Schlüsselzuweisung, die verbleibende Gewerbesteuer und andere Instrumente war aber bis zum Schluss Gegenstand des Gesetzgebungsverfahrens.

Wir standen dann vor der Alternative, die Gemeinden frühzeitig auf der Basis eines Beratungszwischenstandes im Landtag zu unterrichten. Damit hätten wir möglicherweise Ihre Kleine Anfrage vermieden, hätten aber gegebenenfalls im Landtag eine Debatte nach dem Motto erleben können, es sei eine Missachtung des Parlaments, Daten herauszugeben, die auf einer Grundlage beruhten, die noch keine Gesetzeskraft erhalten habe. Sie haben vielleicht auch den einen oder anderen Kollegen dieses Hauses im Auge, der für solch eine Debatte – ich sage es einmal so – theoretisch infrage kommen könnte.

Deshalb haben wir uns dafür entschieden, bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens abzuwarten. Wir haben noch am Abend des 31. Oktober 2019 den Gemeinden per E-Mail die entsprechenden Planungsdaten für das Folgejahr zur Verfügung gestellt.

Wir haben noch eine weitere Besonderheit zu verzeichnen: Die sogenannte November-Steuerschätzung des letzten Herbsts war keine November-Steuerschätzung, sondern eine Oktober-Steuerschätzung, weil sie nämlich Ende Oktober stattfand. Sie schloss genau an dem Tag ab, an dem wir im Landtag zusammengesessen und das Gesetz beschlossen haben.

Hätten wir gemeinsam mit dem Innenministerium die Orientierungsdaten zum gleichen Zeitpunkt herausgegeben, wären die noch auf dem Stand der Mai-Steuerschätzung gewesen. Die Gemeinden hätten dann die Daten zu dem Zeitpunkt bekommen, zu dem sie in den Zeitungen bereits die Daten der November-Steuerschätzung hätten lesen können. Deshalb haben wir uns entschieden, eine weitere Woche zuzuwarten, um die bereits aktualisierten Daten der November-Steuerschätzung sozusagen als eine noch ver-

besserte Serviceleistung gegenüber den Gemeinden abliefern zu können.

Deswegen wurde der Orientierungsdatenerlass am 7. November 2019 veröffentlicht. Das hat im Verhältnis zu den Vorjahren maximal zu einer Verzögerung von zwei Wochen geführt. Damit lagen wir sehr gut im Plan. Die Gemeinden hatten eine Chance, ihre Daten darauf aufzubauen. Ich darf es wiederholen: Auf den Umstand der etwas verspäteten Datenlieferung hatte ich die Kommunen bereits im Frühjahr 2019 hingewiesen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Präsident Boris Rhein:

Herr Minister, vielen Dank. – Herr Kollege Warnecke stellt eine Zusatzfrage.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Minister, vielen Dank. Zum einen herzlichen Dank dafür, dass Sie aufgrund des vielen Respekts oder möglicherweise der Furcht vor dem Landtag so handeln, wie Sie handeln. Aber damit steht eine Frage immer noch im Raum, nämlich die, warum die Kommunen zweimal aufgrund Daten unterschiedlicher Grundlage handeln mussten. Denn sie haben zunächst einmal im September 2019 ihre entsprechenden Planungsdaten entwickelt, um sie dann im November 2019 noch einmal zu überarbeiten. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie den Kommunen eigentlich geraten, die Zahlen aus dem September 2019 zu ignorieren und auf die Zahlen aus dem November 2019 zu warten. Ist das richtig?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Abg. Warnecke, wir reden über das letzte Jahr, das Jahr 2019. Wir haben am 31. Oktober 2019 die Planungsdaten für das Haushaltsjahr 2020 veröffentlicht. Darin stehen die ganz konkreten Schlüsselzuweisungsbeträge pro Gemeinde.

Bei den Orientierungsdaten, die die mittelfristige Planung betreffen, sind natürlich, was das Haushaltsjahr 2020 anbetrifft, die konkreten Schlüsselzuweisungen mit den Planungsdaten identisch. Lediglich für die Folgejahre sind Aktualisierungen auf der Basis der Steuerschätzung erfolgt. Diese Aktualisierung bezog sich auf die Daten, die wir im Hause vorrätig hatten. Die hatte vorher niemand. Wir haben also nicht zweimal für die gleichen Zeiträume unterschiedliche Daten geliefert, sondern konsistente Daten geliefert. Es gab die Verzögerung, damit wir konsistente Daten liefern konnten.

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister, herzlichen Dank. – Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 205**. Fragesteller ist Herr Kollege Gernot Grumbach von der SPD-Fraktion.

Gernot Grumbach (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Inwiefern will sie die Evaluation des Promotionsrechts durchführen?

Präsident Boris Rhein:

Frau Staatsministerin Dorn antwortet.

Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Abg. Grumbach, ich freue mich sehr über diese Frage. Denn Hessen hat bisher als erstes und einziges Bundesland das eigenständige Promotionsrecht für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften eingeführt. Das geschah mit strengen, qualitätssichernden Kriterien.

Ausschlaggebend für Hessen war damals – das ist auch erreicht worden – die Stärkung der Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Dabei geht es insbesondere um die Fähigkeit zur Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsprojekte, die größere Attraktivität der Hochschulen für angewandte Wissenschaften hinsichtlich der Gewinnung von Professorinnen und Professoren sowie um die Möglichkeit der Weiterqualifizierung ihrer Masterabsolventen.

Die Gründe sind überzeugend. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das hessische Beispiel bereits dazu geführt hat, dass andere Länder mit teilweise etwas unterschiedlichen Modellen diesem Ansatz folgen werden. Wir sind da gerne Vorbild.

Ohne der noch ausstehenden Evaluierung vorgreifen zu wollen, bewerte ich es als großen wissenschaftspolitischen Erfolg, dass wir an den hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften nunmehr bereits sechs Promotionszentren eingerichtet haben. Das den hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften gemäß § 4 Abs. 3 Satz 3 Hessisches Hochschulgesetz bislang in sechs Fällen befristet für jeweils fünf Jahre zuerkannte eigenständige Promotionsrecht wird rechtzeitig vor Ablauf der Frist evaluiert werden.

Dabei wird an eine Begutachtung der Promotionszentren durch außerhessische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der jeweiligen Fachrichtung gedacht. Da die ersten drei Promotionszentren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften zum 1. Januar 2017 und ein viertes Zentrum zum 1. November 2017 genehmigt wurden, wird die Begutachtung voraussichtlich nicht vor der Jahresmitte 2021 begonnen werden.

Präsident Boris Rhein:

Frau Staatsministerin, herzlichen Dank. – Es folgt eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Grumbach.

Gernot Grumbach (SPD):

Frau Ministerin, ich fürchte, die Frage war etwas gemeiner. Denn Sie haben jetzt über den Evaluierungsprozess bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften Auskunft gegeben. Die Frage lautet: Wollen Sie den gesamten Promoti-

onsbereich bei den Universitäten evaluieren? Wann soll das geschehen?

Präsident Boris Rhein:

Frau Staatsministerin Dorn.

Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Die nächste angestrebte Evaluation ist genau diese. Sie soll getrennt geschehen. Über weitere Schritte können wir uns gerne in der kommenden Zeit unterhalten.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank. – Eine Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Dr. Sommer.

Dr. Daniela Sommer (SPD):

Erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen. – Ich habe eine weitere Frage. Können Sie ein bisschen abschätzen und uns sagen, wie sich die Anzahl der Promotionen nach dem eigenständigen Promotionsrecht, aber auch nach dem kooperativen Promotionsrecht entwickelt hat? Denn schon zuvor war es möglich, kooperative Promotionen an den Fachhochschulen oder an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften abzulegen. Hat sich daran durch das eigenständige Promotionsrecht etwas geändert?

Präsident Boris Rhein:

Frau Staatsministerin.

Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das mache ich sehr gerne. Ich kann die aktuellen Stände referieren. Gehen wir die einzelnen Promotionszentren einmal durch.

Ich beginne mit den Promotionszentrum Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Globalisierung, Europäische Integration und Interkulturalität. Es wurde am 1. Januar 2017 genehmigt. Träger-HAW ist die Hochschule Fulda. Da haben wir zehn Doktorandinnen und Doktoranden.

Zweitens. Das Promotionszentrum Public Health der Hochschule Fulda hat sechs angenommene Doktorandinnen und Doktoranden.

Drittens. Das Promotionszentrum Soziale Arbeit wurde auch zum 1. Januar 2017 genehmigt. Die kooperierenden Träger-HAWen sind die Hochschule RheinMain, die Frankfurt University of Applied Sciences und die Hochschule Fulda. Da haben wir 27 angenommene Doktorandinnen und Doktoranden.

Viertens. Da geht es um das Promotionszentrum Angewandte Informatik. Die kooperierenden Träger-HAWen sind die Hochschule Darmstadt, die Frankfurt University of Applied Sciences, die Hochschule Fulda und die Hochschule RheinMain. Da haben wir 22 Doktorandinnen und Doktoranden.

Das Promotionszentrum Nachhaltigkeitswissenschaft der Hochschule Darmstadt haben wir erst gegründet. Das befindet sich seit dem 1. Januar 2019 im Aufbau.

Sechstens. Das Promotionszentrum für Ingenieurwissenschaften der THM, Fachrichtung Life Science Engineering, wurde zum 1. April 2019 genehmigt. Auch das befindet sich im Aufbau. Ein zeitlicher Vorlauf von sechs bis zwölf Monaten ist relativ normal. Wir sehen, dass es gut anläuft. Die Evaluation wird dann das Weitere zeigen.

Präsident Boris Rhein:

Frau Ministerin, vielen Dank. – Gibt es Zusatzfragen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 207**. Fragesteller ist Herr Abg. Dr. Naas für die Fraktion der Freien Demokraten.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Ist es ihre Absicht, durch die Nachforderung zusätzlicher Beschlüsse der betroffenen Gebietskörperschaften seit Jahren laufende Planungsverfahren für Bundesstraßen im vorrangigen Bedarf infrage zu stellen, obwohl, wie im Fall der B 254 Ortsumfahrung Lauterbach, der Ministerpräsident den Bau der Straße öffentlich zugesagt hatte?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Sehr geehrter Herr Abg. Naas, jahrelang wurde parteiübergreifend gefordert, dass Bundesmittel, insbesondere solche investiver Art, nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf vergeben werden. Wir waren da erfolgreich, deswegen sind im Bundesverkehrswegeplan 2030 deutlich mehr hessische Straßenprojekte enthalten als im Bundesverkehrswegeplan 2003.

Gleichzeitig gibt es einen angestiegenen hohen Erhaltungsbedarf. Naturgemäß sind die Planungskapazitäten bei Hessen Mobil begrenzt. Deswegen erfordern die Vorhaben des Neu- und Ausbaus im Bereich der Bundesfern- und auch Landesstraßen eine Priorisierung. Maßgeblich für die Bearbeitungspriorität ist die Zustimmung der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften in der Region. Um die zukünftigen Bearbeitungsprioritäten für die Vorhaben des Neu- und Ausbaus festlegen zu können, habe ich die betroffenen Kommunen um ein entsprechendes Votum gebeten. Das Anhörungsverfahren – auch dies ist Teil des Planungsverfahrens – für die Ortsumgehung für Lauterbach und Wartenberg wird derzeit mit unveränderter Intensität fortgeführt.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Die erste Zusatzfrage stellt der Fragesteller selbst, Herr Dr. Naas.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Herr Minister. – Ich darf noch einmal fragen: Welche zeitliche Differenzierung besteht denn zwischen ei-

ner prioritären Planung und einer Planung als Dienst nach Vorschrift?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Es gibt keinen Dienst nach Vorschrift, jedenfalls nicht bei uns. Vielmehr ist es so, dass im Bundesverkehrswegeplan 2030 knapp 100 Projekte im Neubau enthalten sind oder auch in der Erhaltung. Das wird erstens nach Priorität umgesetzt – wenn jetzt konkret an der Salzbachtalbrücke oder an der Bergshäuser Brücke oder an der Brücke in Thalau-bach ein Problem besteht, wird das natürlich mit allerhöchster Priorität gemacht, weil da teilweise schon Sper-rungen von zumindest einzelnen Spuren vorhanden sind. Dann wird prioritär die nächste Kategorie bearbeitet, näm-lich dort, wo es schon Vorarbeiten gibt, also schon Planun-gen und Vorentwürfe gemacht sind, man sich vielleicht schon im Planfeststellungsverfahren befindet. In die dritte Kategorie fallen die Straßen, bei denen es noch keine Vor-arbeiten gibt. In Sachen Wartenberg gibt es Vorarbeiten, deswegen fällt es in Kategorie 2.

Es gilt allerdings der Grundsatz, dass man keine Priorisie-rung in den nächsten Schritten in der Bearbeitung vor-nimmt, wenn die Umgehungsstraße vor Ort gar nicht ge-wünscht ist. Nun haben wir in Sachen Wartenberg und Lauterbach unterschiedliche Entscheidungen – die Stadt-verordnetenversammlung in Lauterbach will sie mehrheit-lich, Wartenberg nicht –, weswegen ich die Frage gestellt habe, was der Wunsch der Kommunen ist. Das ist auch nichts Neues, Herr Naas.

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. – Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Gagel.

Klaus Gagel (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, das erste Mal habe ich bei der Umgehungsstraße B 8 Waldems-Esch erfahren, dass bei Hessen Mobil Ingenieure fehlen würden. Jetzt nutze ich einmal die Gelegenheit, nachzufragen, wie denn der aktuelle Sachstand unserer drei wichtigen Umge-hungsstraßen im Rheingau-Taunus-Kreis ist, nämlich die B 8 Waldems-Esch, die B 275 Idstein-Eschenhahn und auch die B 260 Wambach. Haben wir da eventuell auch solche Verzögerungen zu erwarten bzw. so ein Gezeter wie bei der B 254 in Wartenberg und Lauterbach, oder läuft das alles nach Plan?

(Unruhe)

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Ver-kehr und Wohnen:

Herr Abg. Gagel, bitte sehen Sie es mir nach, dass ich an dieser Stelle nicht jede einzelne Umgehungsstraße im Kopf habe. Aus der Erinnerung kann ich Ihnen sagen, dass wir in Sachen Wambach noch dafür gesorgt haben, dass es in den Bundesverkehrswegeplan kam, nachdem es erst nicht drin war. Nach allem, was ich weiß, müsste Idstein-Eschenhahn in Bearbeitung sein. Aber das kann ich Ihnen nicht einzeln aus dem Gedächtnis sagen, sonst fängt – wie war der Begriff, den Sie gerade genutzt hatten? – vor Ort das Gezeter an. Deswegen an dieser Stelle das Angebot: Wenn Sie das noch interessiert, reichen wir das gerne schriftlich nach.

(Zuruf Klaus Gagel (AfD))

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. – Die nächste Zusatzfrage kommt vom Fragesteller selbst, Herrn Dr. Naas.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Ich komme noch einmal auf die B 254 Ortsumgehung Lau-terbach zurück. Herr Al-Wazir, wünschen Sie als Wirt-schafts- und Verkehrsminister in Hessen persönlich die Realisierung dieser Ortsumfahrung?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Ver-kehr und Wohnen:

Wie sagte ein berühmter Frankfurter Philosoph, der auch eine große Fußballmannschaft trainiert hat: Lebbe ist kein Wunschkonzert. – Deswegen halte ich mich an dieser Stel-le an den Bundesverkehrswegeplan. Ich will hierzu aus-drücklich sagen, dass sie hier im Vordringlichen Bedarf enthalten ist. Da wir an dieser Stelle in Auftragsverwaltung tätig sind, sagen wir natürlich, dass wir die Sachen ma-chen, für die der Bund uns beauftragt. Gleichzeitig gibt es gute Gründe für eine Priorität, und die Lage vor Ort hat immer schon eine Rolle gespielt.

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel aus der Vergangenheit nennen. Im Juli 2011 hat mein geschätzter Amtsvorgän-ger Dieter Posch an den damaligen Bundesverkehrsminis-ter Ramsauer folgenden Brief geschrieben – ich nenne nur eine Straße daraus, er hatte mehrere erwähnt –:

Betrifft: B 45 Ortsumgehung Erbach. Für die Orts-umgehung Erbach, Kosten ca. 49,1 Millionen €, wurde im Jahr 2007 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Erbach hat sich mit Beschluss vom 15. März 2011 gegen eine Fortführung der Planung der Orts-umgehung Erbach ausgesprochen. Aus diesem Grund beabsichtigt das Land Hessen, die Planungen bzw. die Planfeststellungsverfahren zu den oben ge-nannten Maßnahmen einzustellen.

Das würde ich niemals tun.

(Heiterkeit auf der Regierungsbank – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Die nächste und letzte mögliche Zusatzfrage stellt der Kollege Warnecke.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr Minister, ich darf Sie fragen, um wie viel Sie die Planungskapazitäten reduziert haben, um den von Ihnen gerade genannten politischen Prämissen für diese konkrete Ortsumgehung Lauterbach und Wartenberg Rechnung zu tragen.

Präsident Boris Rhein:

Herr Minister.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Herr Warnecke, ich verstehe Ihre Frage nicht. Seitdem ich im Amt bin, haben wir die Planungskapazitäten bei Hessen Mobil erhöht. Dementsprechend war es vorher so, dass sehr viel Personal abgebaut worden ist – ein Teil der Erklärung für das jetzt fehlende Personal –, aber wenn Sie sich einmal die Haushalte und die Haushaltsanträge der letzten Jahre anschauen, die der Koalitionsfraktionen, werden Sie feststellen, dass die Planungskapazitäten bei Hessen Mobil nach meiner Erinnerung seit 2015 – also seit dem ersten neu beschlossenen Haushalt, seitdem ich Verkehrsminister bin – Jahr für Jahr erhöht worden sind. Deswegen verstehe ich Ihre Frage nicht.

Präsident Boris Rhein:

Ich rufe **Frage 208** auf. Fragesteller ist Herr René Rock.

René Rock (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hat sich die Zahl der in Hessen in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen seit Anfang 2019 entwickelt?

Ich hoffe, dass es eine kürzere Antwort gibt.

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Sehr geehrter Herr Abg. Rock, ich beantworte Ihre Fragen auch gerne kurz. Laut Auswertung der Hessen Agentur wurden in Hessen seit Anfang 2019 bis zum Meldestand 21. Januar 2020 vier Windenergieanlagen mit einer summierten Leistung von 13,8 MW in Betrieb genommen.

Präsident Boris Rhein:

Zusatzfrage, Herr Kollege Rock.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Minister, ich frage Sie: Wie ist das Ausbauziel der Landesregierung für diese Jahr?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Sehr geehrter Herr Abg. Rock, nach meiner Erinnerung habe ich Ihnen schon letzten Herbst gesagt, dass wir nicht in der Planwirtschaft leben, weswegen es kein Ausbauziel mit Zahlen von Windkraftanlagen im Jahr 2020 gibt. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie für die Einführung eines Fünfjahresplans sind – hoffe ich jedenfalls, aber wer weiß, ob sich da nicht etwas ändert.

Aber ich kann Ihnen sagen, was ich dringend fordere. Ich hoffe, dass ich da Ihre Unterstützung finde. Ich halte es für sehr dringend, dass wir mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland wieder vorankommen.

In den letzten Jahren haben wir glücklicherweise viele Atomkraftwerke abgeschaltet. Es werden noch sechs Atomkraftwerke in den nächsten Jahren folgen. Sie wissen, dass wir auf Bundesebene gerade den Kohleausstieg diskutieren, der ebenfalls kommen wird.

Also: Wenn man abschaltet – was ich richtig finde –, muss man etwas anderes einschalten, gleichzeitig Energie sparen und sie effizienter nutzen. Das bedeutet, dass wir bei den erneuerbaren Energien vorankommen müssen.

2019 war für die Windkraft kein gutes Jahr. Ich bedauere das außerordentlich. Das war nicht nur bei uns so, sondern auch in anderen Ländern. Das sehen Sie daran, dass wir, wenn wir im letzten Jahr nur drei Windräder mehr gehabt hätten, Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen überholt hätten. Wir haben es also mit einem bundesweiten Problem zu tun.

Ich hoffe, dass die Bundesregierung in dieser Woche und auch in den nächsten Monaten zu einer Lösung kommt, damit der Windkraftausbau nicht weiter behindert, sondern gefördert wird. Da ich immer an das Gute im Menschen glaube, hoffe ich, dass Sie das dann unterstützen.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Zusatzfrage, Kollege Rock.

René Rock (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung: Lieber Herr Minister, die Landesregierung hat sich zumindest Klimaschutzziele gesteckt. Wie müsste der Ausbau der Windkraftanlagen aus Ihrer Sicht vorangetrieben werden, um Ihre Klimaschutzziele bzw. die der Landesregierung zu erreichen?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Ihre Frage freut mich. In den letzten Jahren haben Sie immer gesagt, dass neue Windräder beim Klimaschutz gar nicht helfen würden. Offensichtlich sehen Sie das jetzt anders.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen, dass wir in Hessen vor allem mit dem Ausbau der Windkraft bei uns indirekt dafür sorgen, dass andernorts Kohlekraftwerke abgeschaltet werden können. Wir haben in Hessen noch ein rein stromgeführtes Kohlekraftwerk – das ist Staudinger – und ansonsten, vor allem entlang der Mainschiene, wärmegeführte Kohlekraftwerke. Sie wissen, dass wir ungefähr die Hälfte unseres Stroms aus anderen Bundesländern bekommen. Ein großer Lieferant ist Nordrhein-Westfalen. Dementsprechend ist klar, dass ein Teil davon aus Kohle stammt. Je mehr erneuerbare Energien wir in Hessen erzeugen, umso weniger potenziellen Kohlestrom müssen wir beispielsweise aus NRW „importieren“. NRW ist kein Ausland, deswegen ist der Begriff „importieren“ fachlich nicht ganz korrekt.

In der Bilanz sehen Sie, dass wir eines der Bundesländer mit dem geringsten CO₂-Ausstoß pro Kopf sind. Es ist völlig klar, dass wir daran arbeiten, diesen weiter zu reduzieren. Jedes Windrad hilft dabei.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank. – Ich habe noch zwei Zusatzfragen, und zwar von dem Kollegen Grüger und von dem Kollegen Warnecke. Ich weiß nicht, wer sich zuerst gemeldet hat. – Der Kollege Warnecke, bitte.

Torsten Warnecke (SPD):

Das Geburtstagskind dann als Zweiter. Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, ich darf Sie fragen, wie viele Anlagen von Projektierern im vergangenen Jahr hätten genehmigt werden wollen.

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Hätten genehmigt werden wollen?

(Torsten Warnecke (SPD): Die wollen ja eine Genehmigung kriegen!)

– Ach so. – Ich kann Ihnen den aktuellen Stand sagen: Zum 15. Januar haben wir insgesamt in Hessen 261 Anlagen im Genehmigungsverfahren. 96 Windenergieanlagen sind genehmigt, aber noch nicht in Betrieb. Das kann unterschiedliche Gründe haben. Die können im Bau sein, die Bescheide können beklagt sein, oder Ähnliches. Das sind die Zahlen, die mir vorliegen.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste und letzte Zusatzfrage stellt Herr Kollege Grüger.

Stephan Grüger (SPD):

Ich frage die Landesregierung: Wie erklärt sie sich, dass Hessen beim Zubau der Windkraftanlagen bundesweit auf dem vorletzten Platz gelandet ist, wenn sie doch immer darauf hinweist, dass das an den bundespolitischen Rahmenbedingungen liegt? Dann müsste das Ranking anders aussehen, und Hessen dürfte nicht so schlecht abschneiden.

Präsident Boris Rhein:

Herr Minister.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Sehr geehrter Herr Abg. Grüger, ich hatte schon darauf hingewiesen, dass der Zubau in vielen Ländern im letzten Jahr deutlich eingebrochen ist. Ich sagte auch bereits, dass wir, wenn wir in Hessen nur drei Windräder mehr gehabt hätten, damit drei andere Länder, nämlich Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen, überholt hätten.

(René Rock (Freie Demokraten): Das wären 100 % mehr gewesen! – Robert Lambrou (AfD): Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Wir führen eine bundesweite Debatte über die Frage, wie es mit dem Windkraftausbau weitergeht. Das zeigt die Tatsache, dass der Bundeswirtschaftsminister zum Windkraftgipfel auf Bundesebene eingeladen hatte, dass wir über das Kohleausstiegsgesetz debattieren, dass auch die SPD sehr munter über die von der Bundesregierung festgelegten Mindestabstände diskutiert und der Auffassung ist – richtigerweise, wie ich finde –, dass es durchaus klügere Möglichkeiten gibt.

Selbstwirksamkeit ist etwas Wunderbares, vor allem wenn man sie spüren kann, Herr Grüger. Aber überschätzen sollten wir Hessen und das hessische Energieministerium in dieser Frage nicht.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank.

Ich rufe die **Frage 209** auf. Fragesteller ist der Kollege Christoph Degen.

Christoph Degen (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie werden Eltern darüber informiert, dass die Lehrerin oder der Lehrer ihres Kindes nicht zum Unterrichten ausgebildet wurde?

Präsident Boris Rhein:

Herr Kultusminister Prof. Lorz.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abg. Degen, die Entscheidung über die Weitergabe von Informationen an Eltern – das ist Ihnen, glaube ich, gut bekannt – trifft grundsätzlich jede Schule vor Ort auf den etablierten Kommunikationswegen. Natürlich gehört zu den für die Elternschaft wesentlichen Informationen neben der Auskunft über das jeweilige schulische Vertretungskonzept auch die Information darüber, wie in Einzelfällen z. B. eine dauerhafte Erkrankung einer Lehrkraft kompensiert wird. Aber wie das genau geschieht, in welcher Form und mit welchem Inhalt, das würde ich auch weiterhin den Schulen vor Ort überlassen wollen.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Zusatzfrage, Kollege Degen.

Christoph Degen (SPD):

Vielen Dank, Herr Minister, für diese Auskunft. – Das heißt – so verstehe ich Sie –, dass Ihr Ministerium, Ihr Haus die Eltern nicht aktiv darüber informiert, dass 4.900 Lehrkräfte keine Lehrbefähigung haben und auch nicht in Elternarbeit ausgebildet wurden?

(Michael Boddenberg (CDU): Ach, das machen Sie doch schon!)

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Abgeordneter, lassen Sie uns doch nicht so tun, als ob das in irgendeiner Form etwas Neues wäre. Die Regelungen zur Erteilung von Unterrichtserlaubnissen – darum geht es ja bei Lehrkräften, die keine Lehrbefähigung haben – gibt es in Hessen seit Jahrzehnten. Die gab es übrigens auch schon unter der letzten sozialdemokratisch geführten Landesregierung, auch wenn das schon eine Weile her ist.

(Zuruf CDU: Was?)

– Das war im vergangenen Jahrtausend, das ist richtig. Aber manchmal lohnt ja auch der Blick zurück.

Die Regelungen, die damals im entsprechenden Gesetz standen, waren deutlich vager als die, die wir heute für die Erteilung von Unterrichtserlaubnissen festgelegt haben. Ein Großteil der Lehrkräfte, die Sie ansprechen, unterrichtet schon seit vielen Jahren an unseren Schulen. Ich weiß jetzt nicht, ob ich das bis ins letzte Jahrtausend zurückverfolgen kann, aber die Fälle gibt es bestimmt auch noch.

Die Regeln für die Kommunikation über solche Vertretungslehrkräfte oder auch anderweitig eingesetzte Lehrkräfte waren ebenfalls schon immer die gleichen. Da hat sich nichts verändert. Das ist eine jahrzehntelang eingeübte Praxis, und ich sehe keinen Grund, daran etwas zu ändern.

(Beifall CDU)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 211**. Fragestellerin ist die Kollegin Kerstin Geis.

Kerstin Geis (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie positioniert sie sich hinsichtlich Containering (das Mitnehmen weggeworfener Lebensmittel aus Abfallcontainern)?

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Bei mir steht, dass die Justizministerin die Frage beantwortet. Das ist richtig. Herr Staatssekretär Metz in Vertretung der Justizministerin.

Thomas Metz, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Frau Abg. Geis, die Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln ist eine gesellschaftliche Herausforderung und sollte auf ein Minimum reduziert werden.

Die rechtspolitischen Vorschläge, die bislang unter dem Stichwort „Legalisierung des Containerns“ diskutiert werden, bieten dafür allerdings keinen Ansatz. Die Diskussion darüber ist zudem weitaus vielschichtiger, als sie oft vermittelt und wahrgenommen wird, und geht über weggeworfene Lebensmittel hinaus. Zudem ist die Entkriminalisierung des sogenannten Containerns zur Eindämmung der Lebensmittelverschwendung nicht erforderlich. Vielmehr muss es darum gehen, die Verschwendung von noch wertbaren Lebensmitteln von vornherein zu vermeiden.

Die 90. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister hat daher an die Bundesregierung, die dafür primär zuständig ist, appelliert, unter Beteiligung der entsprechenden Fachministerkonferenzen alternative Abgabeformen von Lebensmitteln zu entwickeln, die es insbesondere großen Lebensmittelanbietern ermöglichen, Lebensmittel freiwillig und ohne Nachteile an Dritte, etwa die Tafeln für Bedürftige, abzugeben.

Wer Lebensmittel aus Mülltonnen fischt und in Umlauf bringt, nimmt in Kauf, dass die Produkte nicht mehr einwandfrei sind. Mülltonnen dienen der Müllentsorgung und werden nicht notwendigerweise regelmäßig gesäubert. Sie enthalten damit auch Krankheitserreger, Keime, Pilze, Glasscherben usw. Diese Gesundheitsgefahren gehen zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank. – Eine Zusatzfrage stellt die Kollegin Geis.

Kerstin Geis (SPD):

Vielen Dank für Ihre Ausführungen. – Wie beurteilt denn dann die Landesregierung die Verurteilung von zwei Stu-

dierenden in Bayern zu je 225 € Bußgeld, weil sie beim Containern erwischt wurden?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatssekretär.

Thomas Metz, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Frau Abg. Geis, weder die Justizministerin noch der Justizstaatssekretär kommentiert gerichtliche Entscheidungen. Deshalb werde ich dazu auch keine Bewertung abgeben.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank. – Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zu **Frage 213**. Fragestellerin ist die Kollegin Christiane Böhm für die Fraktion DIE LINKE.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wann hat sie vor – basierend auf dem Gutachten zur Hebammenversorgung –, Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der Geburtshilfe in Hessen zu ziehen?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Klose.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Frau Abg. Böhm, am 17. Dezember 2019 fand die zweite Sitzung des „Runden Tisches Zukunftsprogramm Geburts- und Hebammenhilfe in Hessen“ statt. Dort wurden die Ergebnisse der durchgeführten Studie vorgestellt. In der anschließenden Diskussion haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre ersten Sichtweisen auf das Thema ausgetauscht. Sie haben vereinbart, dass die Ergebnisse des Gutachtens zunächst im Beirat besprochen werden sollen, bevor das Gutachten veröffentlicht wird. In der nächsten Sitzung des Beirats, die im Februar stattfinden soll, sollen dann die aus dem Gutachten abzuleitenden Handlungsempfehlungen besprochen und dem runden Tisch zugeleitet werden.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank. – Gibt es Zusatzfragen? – Zusatzfrage, Kollege Pürsün.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Herr Minister, ist denn jetzt endlich – mit ca. fünf Jahren Verspätung – im Ministerium angekommen, dass es in Hessen einen Hebammenmangel gibt?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister Klose.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Herr Abg. Pürsün, Sie wissen, dass bereits weit vor der Übernahme meines Amtes veranlasst worden ist, dass ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben wird. Insofern ist die Landesregierung schon lange in dieser Frage tätig.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Frau Böhm, hatten Sie sich noch einmal gemeldet?

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Ja!)

– Wunderbar. Dann haben Sie das Wort.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Das ist so nicht ganz richtig, weil diese Diskussion doch bisher eine andere war. Meistens wurde gesagt, dass sei eine Sache der Hebammen selbst.

Aber es ist auch deutlich geworden, dass es einen großen Mangel an stationärer Geburtshilfe gibt bzw. dass die stationäre Geburtshilfe um 25 % zurückgegangen ist. Wie stehen Sie zu den Meldungen, die jetzt kürzlich im Hessischen Rundfunk übermittelt wurden, dass es gerade bei der Schließung der Geburtsklinik Wolfhagen zu prekären Geburten unter Beteiligung der Feuerwehr oder im Pkw gekommen ist, weil eine Klinik nicht mehr kurzfristig zu erreichen war?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Frau Abg. Böhm, genau das ist Gegenstand des Gutachtens, nämlich zu untersuchen, wie die regionale Versorgungsdichte in Hessen ausgestaltet ist. Sie wissen, dass wir in den letzten Monaten an mehreren Stellen mit der Entscheidung von Krankenhausträgern und -trägerinnen zu tun gehabt haben, die sich entschieden haben, ihre geburtshilflichen Stationen zu schließen. Unsere Bewertung an dieser Stelle beschränkt sich darauf, zu prüfen, ob trotzdem die vom Gemeinsamen Bundesausschuss vorgegebenen Fristen zur Erreichung einer solchen Geburtshilfestation eingehalten werden oder nicht.

Jede Schließung einer geburtshilflichen Station ist bedauerlich, aber leider seitens der Landesregierung an der Stelle nicht zu beeinflussen. Wir werden aber aus dem Gutachten heraus die angesprochenen Handlungsempfehlungen ableiten und schauen, welche Maßnahmen wir – gemeinsam mit dem runden Tisch – befördern können. Da wir dieses Gremium ernst nehmen, werde ich jetzt auch keine Einzelbewertungen vornehmen, bevor der Beirat und der runde Tisch selbst ihre Beratungen dazu abgeschlossen haben.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Dr. Sommer.

Dr. Daniela Sommer (SPD):

Herr Pürsün hat es schon angesprochen: Wir haben lange gewartet. Wir hatten im Landtag das Gutachten gefordert. Dann kam es endlich.

Ich möchte gerne wissen, ob Sie einen Zeitstrahl haben. Sie haben sich jetzt zweimal mit dem runden Tisch der Hebammen zusammengesetzt. Es ist schon lange dringlich, dass etwas passiert. Wie lange müssen wir noch warten, bis erste Handlungsmaßnahmen umgesetzt werden? Haben Sie da schon eine Zeitschiene?

Präsident Boris Rhein:

Herr Staatsminister.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Frau Abgeordnete, ich habe die Zeitschiene in meiner ersten Antwort auf die mündliche Frage von Frau Kollegin Böhm schon skizziert.

Das Gutachten liegt seit November vor. Die erste Beratung des runden Tisches hat im Dezember stattgefunden. Der Beirat will über die Handlungsempfehlungen im Februar sprechen. Dann werden sie dem runden Tisch zugeleitet. Wenn es nach mir geht, wird er sich dann so schnell wie möglich damit beschäftigen, sprich: spätestens im zweiten Quartal. Dann sollten wir auch im Laufe dieses Jahres gut in der Lage sein, über das Gutachten und die Handlungsempfehlungen aus dem Gutachten zu beraten.

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Wir sind am Ende der Fragestunde. Damit können wir den Tagesordnungspunkt, Drucks. 20/1723, beenden.

(Die Fragen 218, 227, 229, 230, 232 bis 236 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 214, 220 bis 223, 226, 228, 231, 237 und 238 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 7** auf. – Könnte jemand Herrn Kollegen Decker herbeirufen, weil er den Bericht erstatten sollte?

(Günter Rudolph (SPD) geht ans Rednerpult.)

– Ah, Kollege Günther Rudolph hat es, wie immer, im Griff – wunderbar.

Zweite Lesung**Gesetzentwurf****Landesregierung****Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

– **Drucks. 20/2090 zu Drucks. 20/1407** –

Berichtersteller ist Abg. Decker bzw. Günter Rudolph in Vertretung des Abg. Decker. Ich darf zunächst einmal dem Berichtersteller das Wort erteilen.

Günter Rudolph, Berichtersteller:

Vielen Dank, Herr Präsident. Kollege Decker war beim Zahnarzt. Er ist unterwegs. Deswegen haben Sie sicher Verständnis dafür.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen SPD, AfD, Freie Demokraten und DIE LINKE. Ich glaube, aus Verwaltungsgründen können wir auf die Einzelpläne verzichten.

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Kollege Rudolph. Ich bedanke mich sehr für die Vertretung und das schnelle Einspringen. Wir wünschen dem Kollegen Decker gute Besserung.

(Beifall SPD)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass wir die Generaldebatte heute abhalten und die Beratung der Einzelpläne morgen, am Mittwoch, vornehmen. Die Abstimmungen der Einzelpläne finden vereinbarungsgemäß am Abend des morgigen Mittwochs, und zwar nach der Beratung der Einzelpläne, statt.

Der Anlage zu Tagesordnungspunkt 7 können Sie entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat darauf geeinigt haben, dass es heute eine Redezeit von 40 Minuten je Fraktion für den Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident – und insgesamt 80 Minuten für die Einzelpläne 01 und 03 bis 15 ohne Begrenzung der einzelnen Rednerinnen oder Redner bei der Aussprache über den jeweiligen Einzelplan gibt. Der fraktionslosen Abgeordneten stehen insgesamt fünf Minuten Redezeit zu.

Um uns das Geschäft zu erleichtern, haben die Fraktionen für die Einzelpläne 01 und 03 bis 15 Redezeiten angemeldet. Die Gesamtrederezeitenliste liegt mir vor. Ferner hat der Ältestenrat festgelegt, dass beim Einzelplan 02 Kurzinterventionen möglich sind, allerdings auf die Redezeiten angerechnet werden.

Auch ist eine Rednerreihenfolge vereinbart worden. In diesem Fall ist es die klassische Rednerreihenfolge. Die Fraktion der SPD beginnt. Danach kommt Herr Ministerpräsident Bouffier dran. Dann folgen die Fraktionen der AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Freien Demokraten, DIE LINKE, der CDU und, sofern gewünscht, die fraktionslose Abgeordnete.

Jetzt rufe ich vereinbarungsgemäß

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

mit einer Redezeit von 40 Minuten pro Fraktion auf. Ich darf der Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten, Nancy Faeser, das Wort erteilen. Kollegin Faeser, Sie haben das Wort.

Nancy Faeser (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hessen ist ein schönes und starkes Bundesland, aber es wird leider unter Wert regiert.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Widerspruch CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Kollege Boddenberg, früher, etwa unter Ministerpräsident Georg August Zinn, war Hessen einmal vorn, jetzt ist Hessen im Ländervergleich oftmals hinten oder nur noch Mittelmaß.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf CDU: Wir haben die Bayern zu viel gepampert!)

Georg August Zinns Hessenplan hatte damals ein großes Ziel, nämlich in unserem Bundesland für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Es gibt nun einmal unterschiedliche Regionen, die unterschiedliche Antworten auf unterschiedliche Herausforderungen bei unterschiedlichen Voraussetzungen erfordern, meine Damen und Herren.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Darauf muss man sich fokussieren. Die SPD steht für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen und auch für einen sozialen Ausgleich.

(Beifall SPD)

Aber man kann leider nicht von gleichwertigen Lebensverhältnissen reden. Das ist die Folge von verfehlter 20-jähriger Landespolitik unter Führung der CDU.

(Beifall SPD)

Ich halte fest: Für die letzten Jahre gibt es schon einmal ein schlechtes Zeugnis. Wenn eine Landesregierung einen Haushaltsentwurf vorlegt, gibt sie damit immer auch Rechenschaft über die Zukunft ab; denn der Landeshaushalt ist der Plan für das, was kommt. Ein guter Landeshaushalt beschreibt im besten Fall in Euro und Cent, mit welchen klugen Investitionen, mit welchen wohlüberlegten Ausgabenströmen, mit welchen entscheidenden finanziellen und damit auch politischen Weichenstellungen die Landesregierung plant, um eine gute Zukunft für das Land und für seine Menschen zu gestalten.

Ich glaube, ich nehme nicht allzu viel vorweg, wenn ich festhalte: Nichts davon findet sich im Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2020.

(Beifall SPD)

Da gibt es leider kaum kluge Investitionen und kaum wohlüberlegte Ausgabenströme, vor allem bietet dieser Landeshaushalt keine Ideen für die Zukunft.

(Widerspruch CDU)

Stattdessen müssen wir heute über ein Sammelsurium von teuren Einzelwünschen der Koalitionspartner und der Kabinettsmitglieder debattieren. Wir reden über nichts anderes als über einen Schönwetterhaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Wann gibt es so einen Schönwetterhaushalt? Für mich sind es drei Punkte, die dazu zählen, nämlich erstens viel Steuergeld,

(Beifall Freie Demokraten)

zweitens wenig Mut und keine Ideen sowie drittens eine knappe Parlamentsmehrheit.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Zurufe CDU)

Der Finanzminister hat in diesem Jahr nach eigener Rechnung 1,1 Milliarden € mehr zur Verfügung als im Vorjahr;

denn noch sprudeln die Steuereinnahmen. 1,1 Milliarden € mehr als im Vorjahr – was könnte die Landesregierung damit alles für die Zukunft gestalten? Man könnte in den Bau von bezahlbarem Wohnraum investieren, aber Schwarz-Grün tut das nicht.

(Beifall SPD – Widerspruch CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte Studienplätze für Medizinerinnen und Mediziner, für Lehrerinnen und Lehrer schaffen, aber Schwarz-Grün tut das nicht.

(Beifall SPD – Zurufe Michael Boddenberg und Holger Bellino (CDU))

Herr Kollege Boddenberg, man könnte beschließen, dass das Land seinen gerechten Anteil an den Kosten für Krippen und Kitas im Sinne der Kommunen übernimmt. Schwarz-Grün tut das leider nicht.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Man könnte zumindest versuchen, die medizinische Versorgung auf dem Land zu verbessern und den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen. Schwarz-Grün tut all das nicht.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, Herr Minister, mit diesem Landeshaushalt erkaufen Sie sich vielleicht den Zusammenhalt Ihrer Regierung, aber Sie verkaufen große Teile der Zukunft unseres Landes. Von politischem Bemühen um oder gar Investitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit ist nichts zu sehen.

Dazu gehört zuvorderst die Mobilität. Es gibt, wie wir es immer so schön nennen, den ländlichen Raum, wo die meisten Menschen in Hessen wohnen. Dort gibt es Gemeinden, in denen seit Jahren nur noch einmal am Tag ein Bus fährt. Bahnen gibt es dort schon gar nicht mehr.

In den Ballungsräumen – vor allem im Rhein-Main-Gebiet – sieht es zwar anders aus, aber nicht viel besser; denn dort platzt der öffentliche Personennahverkehr aus allen Nähten. Das Schienennetz ist – fragen Sie die Verkehrsverbände – an der Grenze seiner Belastbarkeit angekommen. Das sind die Fragen, die eigentlich gelöst werden müssten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Aber Sie investieren viel zu wenig. Das Einzige, in das Sie investieren, ist in das Landesticket. Sie haben schon viel Geld ausgegeben,

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

nämlich für die millionenschweren Werbekampagnen,

(Günter Rudolph (SPD): 1,5 Millionen!)

in denen Sie sich als Wohltäter für Rentner

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sehe da immer nur den Herr Feldmann, Frau Kollegin! – Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

und für das Schülerticket feiern lassen, während andere, die Verkehrsverbände und damit die Kommunen, die Wohltaten bezahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sehe da immer nur den Herrn Feldmann auf den Plakaten! – Zuruf: Das ist doch euer Bürgermeister!)

– Wissen Sie, Herr Wagner, das können wir dann bei unserem gemeinsamen Spaziergang diskutieren.

(Heiterkeit – Manfred Pentz (CDU): Ist das eine Drohung?)

Wenn es gelingen soll, die Menschen in großer Zahl auf die Schiene und in den Bus zu kriegen, dann brauchen wir das 365-€-Ticket für alle. Das würde zum einen die absurde Situation beenden, dass der Ministerialdirigent, der nahezu 8.000 € im Monat hat, umsonst fährt, während die Verkäuferin an der Supermarktkasse dafür allein im Frankfurter Raum fast 1.000 € im Jahr zu bezahlen hat. Das würde man damit beenden, und deswegen müssen wir in ein 365-€-Ticket für alle investieren, meine Damen und Herren,

(Beifall SPD – Manfred Pentz (CDU): Das glaubt euch keiner mehr! Völlig unglaublich!)

weil nur das einen wirklichen Beitrag zur Reduzierung des Autoverkehrs und damit zur Reduzierung von CO₂, Stickoxiden und Feinstaub in unseren Städten leistet.

(Manfred Pentz (CDU): Völlig unglaublich!)

Man müsste sich zumindest über die Finanzierung eines solchen Tickets in diesem Hause verständigen. Ich sehe da von Ihnen keinerlei Initiativen. Wenn wir über die Fragen diskutieren, müssen wir – das hat der Minister vorhin in einer Frage kurz gestreift – über ein Nutznießerprinzip bei der Finanzierung wie in Frankreich nachdenken, bei dem die Unternehmen beteiligt werden, über Gebühren, bei denen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden könnten, oder aber auch über Parkraumbewirtschaftung, wie es sehr erfolgreich im Großraum Wien gemacht wird. Aber gar nichts zu tun ist keine Alternative, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Das Problem ist: Auf dem Land fahren zu wenige Busse, im Ballungsraum sind Busse und Bahnen völlig überfüllt. Herr Minister, in dieser Situation hilft es auch nicht, über die Regionaltangente West, die Nordmainische S-Bahn oder die Regionaltangente Ost – kurz: über den Ringchluss rund um Frankfurt – nur zu reden, weil man hier etwas tun muss,

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

und diese Handlung fordern wir ein. Wenn man feststellen muss, dass manche dieser Strecken seit 40 Jahren geplant sind

(Zuruf CDU: Frankfurt hat sich doch lange gewehrt! – Tobias Eckert (SPD): Fast so alt wie er!)

– 40 Jahre, das muss man sich einmal überlegen – und nichts passiert, dann muss man doch die Kraft einer Landesregierung dafür einsetzen, sich zumindest für die Planungsbeschleunigung in Berlin starkzumachen. Ich will den Kollegen Hofreiter von den GRÜNEN zitieren, der im „Spiegel“ dieser Tage gesagt hat, dass die Länder sehr wohl Handlungsspielräume haben, um dort ihre Hausaufgaben zu machen.

(Beifall SPD)

Herr Hofreiter hat recht. Aber zum Glück gibt es das Parlament, Herr Ministerpräsident. Wir werden als SPD eine Enquetekommission einsetzen, die zusammen mit Experten aus Wissenschaft und Praxis das integrierte Verkehrskonzept für ganz Hessen erarbeiten wird, wozu die Landesregierung offenbar nicht imstande ist.

(Beifall SPD)

Dieses Konzept darf auch nicht an den Landesgrenzen Hessens aufhören; denn die Zukunftsplanung der Mobilität in Hessen erfordert große Lösungen, aber nicht nur große Worte. Hessen muss hier endlich wieder voranschreiten.

(Beifall SPD)

Übrigens, Herr Ministerpräsident, das wissen Sie: Die IHK fordert diese Mobilitätskonzepte schon jahrelang.

(Zuruf Michael Boddenberg (CDU))

Die IHK gab vor einigen Jahren eine Studie in Auftrag, um die Pendlerströme in die Metropole Frankfurt zu ermitteln. Daraus hätte man etwas machen können. Achtung: Konjunktiv, wieder einmal nur Konjunktiv. Meine Damen und Herren, handeln Sie endlich.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, regieren bedeutet, politische Ziele in überschaubaren Etappen anzugehen. Wenn es aber wie bei Schwarz-Grün keine erkennbaren politischen Ziele gibt, dann tritt die Regierung, dann tritt das Land auf der Stelle. Dabei gäbe es genug zu tun, um die Zukunft zu gestalten.

Sprechen wir einmal über die Zukunft des Industriestandorts Hessen, Herr Ministerpräsident. Continental baut in Babenhausen 2.250 Arbeitsplätze ab. Bei Opel stehen weitere 4.100 Jobs zur Disposition. Wieso höre ich denn nichts von dieser Landesregierung?

(Manfred Pentz (CDU): Stimmt doch gar nicht!)

Herr Ministerpräsident, vor der Landtagswahl konnten Sie gar nicht oft genug nach Rüsselsheim reisen und sich als Retter des Automobilstandorts Hessen gerieren. Nun nehmen Sie schweigend hin, dass der Abschied vom Verbrennungsmotor zum Abschied von Tausenden von Arbeitsplätzen führt.

(Beifall SPD)

Wir brauchen dringend einen Masterplan Automobilindustrie Hessen. Wir müssen die Industrie dabei unterstützen, neue Perspektiven in der Mobilität zu schaffen. Dabei müssen Experten eingebunden, Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammengeholt werden. Es sind dringend Zukunftsszenarien zu erstellen, und die Industrie muss darauf vorbereitet werden.

Es geht darum, Anreize für die Industrie zu schaffen und damit diese Alternativen zum Verbrennungsmotor und neue Mobilitätsformen in Hessen entwickeln zu können. Gestaltende Politik ist nun einmal vorausschauende Politik. Da erkenne ich bei Ihnen viel zu wenig. Wir dürfen die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht alleine lassen; denn Arbeitsplätze bieten soziale Sicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ich glaube, das Hauptproblem Ihrer Regierung, Herr Ministerpräsident, ist Folgendes: Sie trauen sich nicht, grund-

legende Entscheidungen für die Zukunft zu treffen, weil Kabinett und Koalition nicht willens oder nicht in der Lage sind, Konflikte um den besten Weg auszutragen. Natürlich wird es Konflikte um den richtigen Weg in die Zukunft geben. Es kann ja gar nicht anders sein; denn bei jeder grundlegenden politischen Entscheidung müssen verschiedene Interessen gegeneinander abgewogen werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Richtig!)

Trotzdem muss man diese Entscheidungen treffen.

(Michael Boddenberg (CDU): Machen wir!)

Sonst verpassen Sie die Zukunft. Also fordern wir Sie auf, die notwendigen Entscheidungen auch zu treffen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten))

Meine Damen und Herren von der FDP, man kann darüber streiten, ob Windräder ein optischer Gewinn für die Landschaft sind. Worüber wir aus unserer Sicht aber nicht streiten können, ist, dass wir sie brauchen, wenn wir die Energiewende hinbekommen, den CO₂-Ausstoß senken und die Klimaziele des Pariser Abkommens erreichen wollen.

(Beifall SPD)

Wir sprachen bereits in der Fragestunde darüber, dass im vergangenen Jahr gerade einmal vier neue Windkraftanlagen in Betrieb genommen wurden. Das ist in der Tat ein Armutszeugnis. Das ist das Ergebnis eines mangelnden Muts der Landesregierung. Herr Al-Wazir, es reicht nicht aus, die Verantwortung immer wieder woanders abzuladen.

(Beifall SPD)

Alle anderen, Planungsverbände, Regierungspräsidenten, die Bundesregierung, alle anderen sind schuld, aber niemals Hessen. Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir glauben, dass Sie damit überdecken, dass Sie dort die Durchsetzungskraft schlicht und einfach nicht haben, weil das in anderen Bundesländern durchaus gelingt.

(Beifall SPD)

Wir brauchen aber diese Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien; denn das schafft Arbeitsplätze und damit Perspektiven für die Menschen. Schlimm, dass man die hessischen GRÜNEN daran erinnern muss.

(Beifall SPD – Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den besten Infrastrukturmaßnahmen für den ländlichen Raum gehören aus unserer Sicht Hochschulstandorte. Deshalb wollen wir die Wissenschaft aufs Land bringen.

(Holger Bellino (CDU): Ich dachte, wir hätten schon welche!)

Das bietet jungen Menschen Perspektiven vor Ort, weil es wohnortnah nicht nur Studienmöglichkeiten, sondern vor allen Dingen auch Jobs gibt. Außerdem wird damit die örtliche Wirtschaft unterstützt. Wir haben dazu einen konkreten Vorschlag im Haushalt gemacht, nämlich die Außenstelle der Hochschule Mittelhessen in Limburg aufzuwerten zu einer vollwertigen Hochschule. Viele andere Bundesländer wie z. B. Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz machen es uns vor. Meine Damen und Herren, das ist eine nachhaltige Investition in Arbeitsplätze

vor Ort, aber nicht das bloße Stellenverschieben von einem Finanzamt zum nächsten.

(Beifall SPD)

Eine wohnortnahe medizinische Versorgung bedeutet für viele Menschen ebenfalls soziale Sicherheit. Das ist vielerorts aber nicht mehr gegeben. Eine geordnete Krankenhausplanung gibt es in Hessen leider nicht. Außerdem gibt es einen eklatanten Mangel an Hausärzten. Für die Krankenhausfinanzierung werden übrigens seit Jahren nur 18,4 Millionen € pro Jahr ausgegeben. Wenn man sich einmal die Krankenhauslandschaft anschaut,

(Günter Rudolph (SPD): Lächerlich!)

dann stellt man fest, dass das doch viel zu wenig ist. Insofern wird zu Recht vom Hessischen Städtetag moniert, dass dort zu wenig passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Auch hier erkennen wir keinerlei Konzepte, wie Sie diese Fragen lösen wollen. Wir machen Ihnen einen Vorschlag. Wir werden in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf für eine Hausarztquote vorlegen, damit zumindest die Hausarztversorgung in der Fläche anders aufgestellt werden kann. Ich verweise darauf, dass das in Nordrhein-Westfalen ziemlich gut funktioniert.

(Zuruf Manfred Pentz (CDU))

– Dem können Sie dann ja gerne zustimmen, Herr Pentz.

(Beifall SPD – Manfred Pentz (CDU): Sehnsüchtig darauf gewartet!)

Die Landesregierung wollte mit dem Digitalministerium einen Aufbruch in die Zukunft demonstrieren. Herr Ministerpräsident, das demonstriert doch nur, dass Sie für die Zukunft nicht bereit sind. Digitalisierung und politische Ausgestaltung sind nun einmal mehr als nur ein Ministerium ohne praktische Zuständigkeiten, ohne faktische Befugnisse und ohne Zugriff auf die vorhandenen Kompetenzen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Unterdessen bearbeiten die anderen Ministerien weiter ihren Teilbereich der Digitalisierung – abgesehen vom Kultusministerium.

(Beifall SPD – Günter Rudolph (SPD): Der hat ja keine Zahlen! Genau!)

Dessen Chef hat beschlossen, dass er sich neben dem Krankenstand von Lehrerinnen und Lehrern, der Zahl an ausgefallenen Unterrichtsstunden und der Qualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern an den Schulen unseres Landes auch für das digitale Lernen nicht interessieren möchte.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Das haben wir vorhin in der Fragestunde gehört. Deshalb wird es in Hessen auf absehbare Zeit keine Strategie für die Digitalisierung des Lernens und des Unterrichtens geben. Da muss wieder jede Schule selbst kreativ sein. Man könnte versuchen, den Flickenteppich, der dann entsteht, als einen Beitrag zur Autonomie der Schulen zu werten. Das habe ich vorhin so ein bisschen herausgehört, Herr Minister. Man sollte aber auch erkennen, was es tatsächlich ist, nämlich das Desinteresse daran, ordentliche Konzepte

aufzustellen. Man versündigt sich an den Schülern und deren Zukunft.

(Beifall SPD)

Jahrelang war Hessen Vorreiter bei der Bildung, und zwar mit einem durchlässigen Schulsystem. Gerade die CDU hat 20 Jahre lang daran gearbeitet, das sukzessive zurückzuarbeiten und diese Durchlässigkeit einzuschränken. Das muss dringend geändert werden, Herr Kollege Boddenberg;

(Michael Boddenberg (CDU): Das war ein Desaster, das war eine Katastrophe!)

denn nach wie vor hängt der Bildungserfolg der Kinder in Hessen vom Geldbeutel der Eltern ab. Das darf nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

Wir brauchen deshalb mehr echte Ganztagschulen, um den Kindern Chancengleichheit zu bieten. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen an den hessischen Schulen dringend verbessert werden. Wir sagen: Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Dieses Prinzip muss noch viel mehr Berücksichtigung finden.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist nach wie vor eine der drängendsten sozialen Fragen. Eine bezahlbare Wohnung in Frankfurt, in Kassel oder in Wiesbaden zu finden, gleicht einem Lotteriegewinn. In dieser Situation streicht die Landesregierung den Haushaltsansatz für den sozialen Wohnungsbau um 50 Millionen € zusammen: von 97,5 Millionen € auf gerade noch 46,8 Millionen €.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich erkläre es Ihnen nachher noch einmal!)

Viel mehr kann man in der Wohnungspolitik nicht falsch machen. Da reicht es auch nicht, kleine Bescheide für Kredite zu übergeben. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, es geht darum, dass hier ein großes Konzept fehlt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Im Haushalt sind aber auch hier Ausgaben für einen Werbeetat vorgesehen, nämlich für den sogenannten Großen Frankfurter Bogen, für den der Minister nur wenige Mitstreiter, aber immerhin ein schickes Logo gefunden hat. Wenn man die vom Minister vertretene Idee ernst nähme, dann würde man gemeinsam mit der Stadt Frankfurt die geplanten Baugebiete umzusetzen helfen. Man würde nicht hingehen und gegen das Vorhaben demonstrieren. Was ist denn das für eine Politik, wenn man vor Ort etwas beklagt, was man konzeptionell eigentlich will?

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, hier sind Sie gefragt; denn ansonsten wüsste ich nicht, wie diejenigen, die Sternmärsche nach Frankfurt organisieren, davon abgebracht werden können, gegen den notwendigen Wohnungsbau zu demonstrieren.

Um die notwendige Kehrtwende beim Wohnungsbau hinzubekommen, braucht es aus unserer Sicht – ich habe es hier schon mehrfach gesagt – ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Das fängt bei einem moderaten Mietendeckel an,

geht über „bauen, bauen, bauen“ und endet bei einem anderen Umgang mit öffentlichem Wohneigentum. Meine Damen und Herren, die Wohnungsbauprobleme kann man nur gemeinsam mit dem Umland und in Verbindung mit dem ländlichen Raum lösen.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb: Frankfurter Bogen!)

Aber: Wo sind die gleichwertigen Lebensverhältnisse, die Sie da im Blick haben? Wo sind die Konzepte für die drängenden Fragen nach Wohnraum auf dem Lande? Wo sind Ihre Konzepte für ein barrierefreies Wohnen im ländlichen Raum? Wo sind Ihre Konzepte für kleinen Wohnraum, der dort gebraucht wird? – Wir können davon leider nichts erkennen. Es gibt eine wunderbare Studie, die der Vogelsbergkreis in Auftrag gegeben hat. Vielleicht besorgen Sie sich diese Studie einmal; darin sind eine Menge Lösungen enthalten.

(Beifall SPD)

Wir haben als SPD-Fraktion für diesen Haushalt Mittel beantragt, um darüber hinaus passgenaue Angebote für ältere Menschen für ein barrierefreies Wohnen in einem vertrauten Umfeld zu schaffen. Insbesondere neue Wohnformen, neue Wohngemeinschaften für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sind dringend notwendig. Unterstützen Sie uns dabei. Bei Ihnen sehen wir davon viel zu wenig.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Die Menschen erwarten gerade in diesen – ich will es einmal so formulieren – unsicheren Zeiten bezüglich der Lebensmittel vom Staat die Gewährleistung von Sicherheit. Ich glaube, das ist ein berechtigter Anspruch, den die Bürgerinnen und Bürger haben. Der Listerienkandal hat in Hessen aber zu einer enormen Verunsicherung der Verbraucher geführt. Ich erinnere daran: Am 12. August erfuhr das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium vom Verdacht der Listerienkontamination beim Wursthersteller Wilke. Es dauerte aber bis zum 2. Oktober, also mehr als sieben Wochen, bis zur Stilllegung der Produktion. Wenn es um verseuchte Lebensmittel geht, muss sofort gehandelt werden. In diesem Fall sind 37 Menschen verletzt worden, und es sind drei Menschenleben zu beklagen. Das Nichttätigwerden des Ministeriums hat zu einer verheerenden Bilanz geführt.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Überlegen wir uns nur einen Moment lang, was geschehen wäre, wenn es eine sozialdemokratische Verbraucherschutzministerin gäbe.

(Lebhafte Zurufe – René Rock (Freie Demokraten): Die gäbe es schon nicht mehr!)

Ich vermute, dann wäre hier etwas ganz anderes los. – Für uns ist die Aufklärung, was das Versagen des Ministeriums betrifft, noch nicht hinreichend erfolgt. Die Maßnahmen, die getroffen worden sind, reichen nicht aus, um so etwas künftig zu verhindern.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Denn auch hier braucht es mehr, als die Kontrolle zu zentralisieren und die Verantwortung zum Schluss bei anderen abzuladen. Es braucht mehr Personal für Kontrollen, und es braucht eine transparente Aufklärung. Wir haben zu die-

sem Thema einen Haushaltsantrag gestellt. Wir erwarten hier weitere Aufklärung; denn wir sehen Handlungsbedarf.

(Beifall SPD)

Für die SPD in Hessen sind die Kitas und die frühkindliche Bildung nach wie vor Schwerpunkte ihrer Politik; denn es handelt sich um eine elementare Bildungsaufgabe. Deswegen wollen wir, dass die Kita-Gebühren perspektivisch vollständig abgeschafft werden. Es handelt sich hier nämlich um eine Bildungsaufgabe, für die keine Gebühren erhoben werden sollten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben zu diesem Haushalt ein Konzept vorgelegt, mit dem wir in einem ersten Schritt das letzte Krippenjahr von Gebühren freistellen wollen, weil hohe Krippengebühren gerade die Kinder der Menschen, die nicht viel Geld haben, vom frühen Erwerb von Bildung fernhalten. Hier ist eindeutig ein Zusammenhang zu sehen; die späteren Bildungschancen dieser Kinder werden verschlechtert. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die Krippengebühren für das letzte Jahr, d. h. für die Zweijährigen, vollständig abschaffen. Auch in diesem Punkt ist Hessen nicht vorn. Rheinland-Pfalz hat das bereits getan, und Mecklenburg-Vorpommern hat alle Kita-Gebühren – für die Betreuung der unter Dreijährigen und der über Dreijährigen – abgeschafft. Eine Abschaffung der Kita-Gebühren wäre eine einzigartige Form des Anhebens der Einkommen und der Unterstützung junger Familien in Hessen. Wir bitten Sie dafür dringend um Unterstützung.

(Beifall SPD)

Wir sagen aber auch ganz deutlich, dass die Gebührenbefreiung nicht zulasten der Städte und Gemeinden gehen darf. Deshalb sieht unsere Konzeption auch vor, den Anteil der Kommunen an den Betriebskosten der Kindertagesstätten auf ein Drittel zu reduzieren. Es kann nicht sein, dass die Kommunen über die Hälfte der Kosten – das hat der Hessische Städtetag noch einmal sehr eindrucksvoll dargelegt – selbst tragen müssen. Das führt nämlich zu einer eklatanten Unterfinanzierung der Kommunen, und deshalb sind sie so hoch verschuldet.

(Beifall SPD)

Soziale Sicherheit heißt für uns aber auch Sicherheit im Alltag. Der Mindestlohn, den wir heute haben, reicht gerade so aus, dass man nicht unter die Grundsicherung fällt. Ein Mindestlohn von 9,35 €, wie er seit dem 1. Februar 2020 gilt, reicht gerade in den Ballungsräumen nicht aus, schon gar nicht für die Rente. Deswegen müssen wir aus sozialdemokratischer Sicht den Mindestlohn anheben. Wir wollen einen Mindestlohn in Hessen von 13 €, damit man von seinen im Berufsleben erworbenen Ansprüchen auch im Alter leben kann.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE – Zuruf Manfred Pentz (CDU))

– Herr Pentz, die Menschen in Hessen finden das bestimmt nicht so lustig wie Sie, da es um ihre Existenz geht. Sie würden für ihr Alter eine immense Verbesserung erfahren, wenn wir den Mindestlohn jetzt wie vorgeschlagen erhöhen würden.

Wir können mit gutem Beispiel vorgehen und zumindest bei den eigenen Bediensteten den Mindestlohn von 13 € einführen. Das sind nur ein halbe Million Euro. Ich denke, das ist angesichts des gesamten Landeshaushalts wirklich

zu stemmen. Ich finde es gut, wenn die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorgeht. Dann kann sie es auch mit Fug und Recht von den Unternehmen fordern.

(Beifall SPD)

Das zweite Handlungsfeld ist ein Tariftreue- und Vergabegesetz. Auch da kann man bei Aufträgen, die man an Externe vergibt, eine tarifliche Untergrenze von 13 € fordern. Damit wären wir auch nicht allein. Diese Tariftreue- und Mindestlohngesetze gibt es in anderen Bundesländern schon längst. Übrigens ist ein solches Gesetz gerade in Brandenburg eingeführt worden, wo es – Achtung – eine Koalition aus SPD, CDU und GRÜNEN gibt. Vielleicht ist das, was in Brandenburg möglich ist, auch in Hessen möglich.

(Beifall SPD)

Das gilt aus unserer Sicht für alle, die arbeiten, vor allem aber für diejenigen, die einen besonderen Beitrag in der Gesellschaft leisten: Das sind der Pfleger, die Polizistin, die Feuerwehrfrau und die Erzieherin. Apropos Erzieherin: Wir finden, dass Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung endlich eine Vergütung erhalten müssen. Ansonsten können wir den Erzieherinnen- und Erziehermangel nicht beseitigen. Es kann nicht sein, dass jemand, der eine solch wichtige Aufgabe übernimmt, keine Vergütung in der Ausbildung erhält.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, Sorgen bereitet uns die derzeitige Situation an den hessischen Grundschulen. Es gibt einen nennenswerten Anteil von fachfremden Lehrern – immerhin 4.900 –, und der eklatante Lehrermangel muss dringend durch die Bereitstellung von mehr Studienplätzen bekämpft werden. Deshalb haben wir die Mittel beantragt. Eine weitere Attraktivitätssteigerung in diesem Bereich wäre die Einführung von A 13 endlich auch für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Auch da liegt Hessen übrigens hinten und muss sehen, dass es den Anschluss an andere Bundesländer hält.

(Beifall SPD)

Ein starkes Land braucht starke Kommunen; denn Kern eines funktionierenden Gemeinwesens sind die Kommunen. Dort entscheidet sich, ob das Gemeinwesen funktioniert oder nicht – nirgendwo anders. Dafür brauchen die Kommunen aber auch die entsprechenden Mittel.

Hier steht die CDU aber in einer langen Tradition der kommunalen Unterversorgung: erst die „Operation düstere Zukunft“ – die Kommunen mussten viele der sozialen Aufgaben selbst übernehmen –, dann über mehrere Jahre hinweg der Entzug von 400 Millionen € jährlich. Jetzt gibt es das „Starke Heimat“-Gesetz, durch das den Gemeinden ihnen zustehende Mittel durch das Land vorenthalten

(Holger Bellino (CDU): Wo denn?)

und nach Gutdünken des Ministers verteilt werden.

(Holger Bellino (CDU): KIP I und KIP II haben Sie vergessen!)

Es reicht nicht aus, unter dem pompösen Titel „Digitale Dorfblinde“ medienwirksam hier und da einen Förderscheck für ein Bürgerterminal zu überreichen. Es braucht Vertrauen in die Kommunen und eine ordentliche Ausstattung ih-

rer Finanzen, damit sie die notwendigen Aufgaben auch stemmen können.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Man braucht sich die Rahmendaten nur anzuschauen.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Holger Bellino (CDU): Die Hessenkasse haben Sie vergessen; KIP I und KIP II!)

– Herr Bellino, den Hinweis auf die Hessenkasse nehme ich gerne auf. Auch das hat den Kommunen nur bedingt geholfen.

(Zurufe CDU)

Die hessischen Kommunen sind immer noch die am vierthöchsten verschuldeten, und das bei einem solch wirtschaftsstarken Bundesland. Sie haben die vierthöchsten Schulden – das sind aktuelle Zahlen –, und sie haben die zweithöchsten Sozialausgaben. Ich glaube, dass es dann den Kommunen nicht gut gehen kann, versteht jeder.

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

Meine Damen und Herren, hier besteht Handlungsbedarf. Tun Sie endlich etwas für unsere Kommunen; denn dort entscheidet sich, ob unsere Gesellschaft zusammengehalten werden kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Holger Bellino (CDU): Ja, ja!)

Apropos Zusammenhalt: Wir erleben gerade eine Zeit großer Verunsicherung, die vielfach von Vereinfachern genutzt wird: von Populisten, die für jedes Problem sofort einen Schuldigen finden, bevorzugt einen Schuldigen, der anders aussieht, anders denkt, anders glaubt und anders lebt als man selbst. Das zersetzt die Grundlagen eines friedlichen Miteinanders; es zersetzt Menschlichkeit und Achtung vor dem anderen. Wir wissen in Hessen leider aus sehr bitterer Erfahrung, dass aus Gedanken – –

(Robert Lambrou (AfD): Das hat nichts mit der Realität zu tun, wie die AfD auftritt!)

– Herr Lambrou, wenn Sie sich angesprochen fühlen, ist das Ihre Sache;

(Robert Lambrou (AfD): Sie wissen doch, wen Sie meinen!)

es lässt aber tief blicken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE – Robert Lambrou (AfD): Das ist ein billiger populistischer Trick von der SPD! Sie diffamieren uns hier, wo Sie können! Wir halten dagegen! – Gegenruf Günter Rudolph (SPD): „Getroffene Hunde bellen“, heißt es bei uns! – Zurufe SPD: Oh!)

– Sie müssen wissen, wie Sie miteinander umgehen. Aber ich finde diese Form von Drohungen – „Wir halten dagegen!“ – nicht sehr parlamentarisch.

(Robert Lambrou (AfD): Wir halten am Rednerpult dagegen!)

– Herr Lambrou, machen Sie es, wie Sie es sich denken. Die Menschen werden merken, was Sie im Parlament veranstalten.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Robert Lambrou (AfD): Da geht es gleich weiter mit der Diffamierung!)

Wir wissen leider nicht erst seit dem letzten Jahr, dass aus Gedanken Worte werden und aus Worten Taten. Wir haben im letzten Jahr, am 9. Oktober, den furchtbaren Anschlag in Halle erleben müssen, bei dem zwei Menschen ums Leben gekommen sind und bei dem Gott sei Dank Schlimmeres verhindert werden konnte. Da war auch der furchtbare Mord an unserem ehemaligen Landtagskollegen Dr. Walter Lübcke, den wir zu beklagen haben. Meine Damen und Herren, das waren keine verwirrten Spinner, sondern es waren rechte Terroristen, die da gemordet haben. Niemand soll mehr bestreiten, dass wir in unserem Land ein strukturelles Problem mit Rechtsextremisten haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir brauchen eine massive Stärkung der politischen Bildung im Klassenzimmer und außerhalb des Klassenzimmers. Deswegen fanden wir auch die gemeinsame Initiative für die Zivilgesellschaft gut, bei der es darum ging, den Betrag um 1,5 Millionen € zu erhöhen. Dafür darf ich mich bedanken. Aber wir würden uns sehr freuen, wenn Sie auch unsere Stiftung, die den Opfern helfen und vor allem der politischen Bildung dienen soll, unterstützen würden; denn dann könnten wir – was dringend erforderlich ist – gemeinsam etwas gegen die Hetzer und Vereinfacher in dieser Gesellschaft tun.

(Beifall SPD)

Ich möchte abschließend noch einmal hervorheben: Wir wollen kein Hessen der zwei Klassen. Alle Hessinnen und Hessen haben ein gutes Leben verdient, ob sie nun in der Großstadt oder in den Dörfern zu Hause sind. Gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Sicherung sind für uns das Wichtigste, und daran werden wir Sie auch messen. Deshalb kann ich am Schluss mit Fug und Recht sagen, dass dieses Land weit unter Wert regiert wird. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser. – Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Jahreswechsel sind wir in ein neues Jahrzehnt eingetreten, in die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhunderts. Nicht nur ein Blick in den Kalender belegt es, sondern auch das allgemeine Gefühl, das wir alle haben: Wir leben in einer Zeit, in der wir den Eindruck haben, dass in vielen Bereichen unseres Lebens ein bedeutender Umbruch stattfindet. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig.

Sie alle kennen die Schlagwörter: Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel, Migration – um nur die wichtigsten Themen zu nennen. In einer Zeit vielfachen Wandels bedarf es der Orientierung. Diese Orientierung wollen wir als Landesregierung geben, und zwar mit einem klaren Ziel. Ich habe mich gefreut, zu hören, dass Hessen ein starkes Land ist. Darin sind wir uns schon einmal einig. Unser Ziel

ist: Dieses starke Land muss auch 2030 und 2040 ein starkes Land sein. Unser Ziel ist, aus einem starken Hessen ein noch stärkeres Hessen zu machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine klare Vorstellung, wie sich dieses Land entwickeln soll. Lassen Sie mich das an einigen Beispielen kurz erklären: Zu Beginn der Dreißigerjahre wird Hessen durch und durch digitalisiert sein. Das betrifft beispielsweise den Verkehr. Auf unseren Straßen werden vollautonome, emissionsfreie Autos leise und unfallfrei fahren. Wir können davon ausgehen, dass die meisten von ihnen elektrisch mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden.

Mithilfe einer künstlichen Intelligenz auf Weltniveau koordiniert eine intelligent vernetzte Verkehrsinfrastruktur den öffentlichen Nahverkehr bedarfsgerecht in den Städten und bindet – das ist mir besonders wichtig – den ländlichen Raum nahtlos an die Ballungszentren an.

Denken Sie an Bildung und Forschung. Schülerinnen und Schüler können den aufgezeichneten Mathematikunterricht am Nachmittag noch einmal nachverfolgen. Sie können dabei eine Pause einlegen oder sich die Wiederholung komplizierter Sequenzen ansehen. Studierende in technischen Fachrichtungen werden in ihrer Mittagspause die Lehrinhalte vergleichen mit dem, was in Asien, in den USA oder in anderen Ländern Europas an Unterricht gegeben wird. Wir haben eine Veränderung, die alle Lebensbereiche betrifft.

In unseren Universitäten und Forschungseinrichtungen, in die wir heute massiv investieren, werden wir die deutsche KI-Forschung auf ein neues Level heben. Wir wollen Innovation und Patente hervorbringen, von denen wir uns wiederum Möglichkeiten erhoffen und bei denen wir heute wahrscheinlich noch gar nicht ahnen, welches Potenzial in ihnen steckt.

Der digitale Wandel wird die Arbeitswelt verändern. Er wird das Wohnen verändern. Die Verfügbarkeit über den Breitbandanschluss und schnelles Internet ermöglichen zukünftig vielen Menschen Homeoffice: in der Wirtschaft, aber auch im öffentlichen Dienst. Das wird unsere gesamte Situation erheblich verändern.

Smartes, sprachgesteuertes Wohnen wird komfortabler, vor allem für ältere Menschen, aber auch für behinderte Menschen. Der persönliche digitale Wohnassistent versorgt sie mit Informationen, regelt die Temperatur und sorgt auch für ihre Sicherheit.

Das sind einige wenige Beispiele, und ganz sicher gehört im Jahr 2030 – das ist unsere gemeinsame Überzeugung – auch das Folgende dazu: Wir werden es nicht zulassen, dass uns die digitale Hetze der Populisten spaltet, sondern wir werden alle Möglichkeiten der Digitalisierung zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zum Wohle der Allgemeinheit nutzen. Auch das gehört dazu.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Torsten Warnecke (SPD))

Meine Damen und Herren, das, was ein bisschen wie ein futuristisches Idealbild klingt, ist im Grunde genommen nichts anderes als die Fortführung der großen Linien, die heute schon gestellt sind und gestellt werden. Diesen Epochenwandel wollen wir aktiv nutzen. Diese Landesregierung hat den klaren Willen, sie hat die gestalterische Kraft, und sie hat die Kompetenz, Hessen in diese neue Zeit zu

führen: sozial verträglich, wirtschaftsstark und umweltbewusst. Das Ziel ist es, Hessen zu einem noch stärkeren Hessen zu machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist das finanzielle Fundament zur Erreichung dieser Ziele. Frau Kollegin Faeser, Sie haben am Anfang drei Punkte genannt. Unter anderem haben Sie sich über die knappen Mehrheitsverhältnisse besorgt gezeigt. Ich will so viel sagen: Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Frau Kollegin Wissler, hat vor zwei Tagen in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ eine bemerkenswerte Aussage getroffen, die ich gerne aufgreifen will.

(Zuruf Freie Demokraten)

Sie hat die Situation als – ich zitiere – „schockierend stabil“ bezeichnet.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Sehr schockierend! – Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Meine Damen und Herren, es mag für die Opposition schockierend sein. Für das Land ist es gut, wenn eine Koalition nicht nur stabil, sondern auch handlungsfähig ist. Insofern bin ich ausnahmsweise mit Frau Kollegin Wissler einer Meinung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe)

Hessen gehört zu den – auch da sind wir uns einig – stärksten Ländern Deutschlands und zu einer der kraftvollsten Regionen Europas. Jede Statistik wird Ihnen dies belegen. Unser Anspruch ist natürlich, dass das auch in Zukunft so sein wird. Wir ruhen uns nicht auf den Erfolgen aus, sondern wir investieren in die Zukunft. Deshalb investieren wir in Infrastruktur, in Forschung und in Technologie – also in Bereiche, die für unsere Zukunft entscheidend sein werden.

Sie haben es vielleicht nicht gefunden, deshalb will ich ein Beispiel erwähnen. Wir investieren z. B. in das Tech-Quartier in Frankfurt, in dem inzwischen 130 Start-ups mit Hunderten von Mitarbeitern tätig sind. Dort werden insbesondere die sogenannten Fintechs entwickelt. Das stärkt den Finanzplatz Rhein-Main

(Nancy Faeser (SPD): Da war ich sogar schon!)

und unsere IT-Kompetenz. – Ich freue mich, dass Sie dem zustimmen.

Schauen Sie z. B. nach Hanau. Dort kümmern wir uns um die strategische Rohstoffforschung. Mit 32 Millionen € haben wir die Grundlage für ein neues Fraunhofer-Zentrum gelegt. Schon jetzt arbeiten dort 80 Forscher an der Nutzung von Neben- und Abfallprodukten, um so unter anderem Ökonomie und Ökologie besser miteinander in Einklang zu bringen.

Zur Unterstützung der Start-ups werden wir einen Zukunftsfonds von 250 Millionen € einrichten. Darüber freue ich mich. Die Beteiligung bedeutender Unternehmen aus der Region entwickelt sich höchst erfreulich. Wir investieren in den Breitbandausbau und hochintensiv in unsere Digitalstrategie.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin, es ist vielleicht nicht überraschend, wenn wir unsere Arbeit für gut halten. Umso schöner ist es, wenn es einmal jemand anderes tut.

In einem Ländervergleich im Jahr 2019 hat der Verband der Internetwirtschaft Hessen mit Abstand auf den ersten Platz aller Länder gesetzt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schauen immer genau nach Bayern. Die sind auf dem dritten Platz. Wir ruhen uns darauf nicht aus. Es bleibt unter anderem unser Ziel, jedes Haus bis 2030 an das Glasfasernetz anzuschließen.

Auch beim Mobilfunk lassen wir nicht nach. Zum Mitschreiben – es gibt Kollegen, von denen ich immer höre, dass nichts passiert –: Jeden Tag werden in Hessen drei Mobilfunkmasten neu gebaut oder modernisiert. Das waren alleine im vergangenen Jahr 1.387. Wenn uns der Verband der Internetwirtschaft auf Platz 1 setzt, hat das auch etwas mit diesen konkreten Leistungen zu tun.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter der strategischen Führung der Digitalministerin bauen wir das Hessische Kompetenzzentrum für Künstliche Intelligenz mit 20 Professuren auf. Das alles sind Maßnahmen, die für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes von größter Bedeutung sind.

In Wissenschaft und Forschung werden die Arbeitsplätze von morgen geschaffen. Deshalb investieren wir verlässlich in unsere Hochschulen. Der Hochschulpakt mit seiner garantierten Steigerung von 4 % jährlich und der Fortsetzung des HEUREKA-Hochschulausbauprogramms mit zusätzlich 1,7 Milliarden € bis 2031 belegen dies. Meine Damen und Herren, das gibt Verlässlichkeit und Planbarkeit für unsere Hochschulen. Wie in vielen anderen Bereichen ist Hessen dabei vorn. Das bestätigten alle Hochschulen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir investieren in unsere Infrastruktur, z. B. beim Verkehr. Mit einer großen Kraftanstrengung verbinden wir moderne Mobilitätskonzepte mit den höchsten Finanzaufwendungen, die es in diesem Land für Verkehr jemals gab. Deshalb: Wo gibt es das, außer bei uns? Das Landesticket für die Beschäftigten des Landes, das Schülerticket und das Senienticket sind bundesweit Vorzeigemodelle modernster Mobilitätskonzepte. Sie verbinden ökologische, ökonomische und soziale Aspekte, und sie wirken in Stadt und Land.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als nächsten Schritt werden wir, wie versprochen, dieses Angebot auch für ehrenamtlich Tätige erweitern.

Wir investieren in den Schienenverkehr. Am Frankfurter Flughafen ist mit der Station Gateway Gardens erst vor wenigen Wochen die erste unterirdische Station seit 2008 in Betrieb gegangen. Wir treiben die Planungen für die Westtangente Frankfurt und die Nordmainische S-Bahn voran, und wir erhalten und bauen Straßen: Die A 49, die A 44, der Riederwaldtunnel in Frankfurt und eine Reihe von Umgehungsstraßen im ganzen Land sind einige Beispiele.

Meine Damen und Herren, zur Infrastruktur gehört auch der Wohnungsbau. Dazu haben Sie sich geäußert. Wir investieren nicht weniger, sondern wir investieren so viel wie noch nie. Sie dürfen nicht nur einzelne Haushaltstitel vergleichen, Sie müssen den Gesamthaushalt betrachten. Im Gesamthaushalt ist unstreitig festzustellen: Noch nie wurde

so viel Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wie heute.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nancy Faeser (SPD): Sie geben so viel aus wie nie, aber nicht in der Position!)

Im Übrigen: Wir arbeiten in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften an vielfältigen Lösungen für sozial verträgliche Mieten, z. B. durch den Ankauf von Belegungsrechten, durch Verzicht auf Mieterhöhungen und manches andere mehr.

(Nancy Faeser (SPD): Das haben Sie 20 Jahre in Kauf genommen!)

Zum anderen, Frau Kollegin: Der Große Frankfurter Bogen des Kollegen Al-Wazir ist doch ein zukunftsweisender Vorschlag.

(Nancy Faeser (SPD): Ein Lieblingsthema!)

Niemand glaubt doch im Ernst, dass die Probleme eines Ballungsraums in den engen Grenzen der jeweiligen zentralen Stadt gelöst werden können.

(Nancy Faeser (SPD): Das habe ich auch nicht gesagt! Da sind wir uns einig!)

Wenn wir uns darüber einig sind, kann man doch diesen Vorschlag nur begrüßen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist die Kooperationsbereitschaft der Kommunen. Die wollen wir unterstützen mit zusätzlichen Mitteln aus dem kommunalen Ausgleichsfonds, und dazu haben wir auch bereits eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Ich weiß um die gelegentlich sehr gegensätzlichen Positionen. Trotzdem scheint mir dies eine sehr vernünftige Grundlage zu sein.

Frau Kollegin, Sie haben angemahnt, dass wir bei den Verkehrsverbänden und Ähnlichem viel mehr tun müssten. Ich darf einmal zu Protokoll feststellen: Noch nie gab es für die Verkehrsverbände so hohe Zahlungen des Bundes und des Landes wie heute. Wir tun das aus Überzeugung, und wir ertragen es sogar, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister mit unseren Leistungen auf den Plakaten in der Öffentlichkeit erscheint.

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer lebenswerten Zukunft gehört auch eine lebenswerte Umwelt. Diese ist durch den Klimawandel bedroht. Der Klimawandel ist kein Hirngespinnst, er ist Realität. Deshalb ist die Landesregierung entschlossen, auch landespolitisch gegenzusteuern. Mit unserem integrierten Klimaschutzplan, den wir kontinuierlich weiterentwickeln wollen, leisten wir dazu unseren Beitrag. Der Klimawandel ist global, aber das entbindet uns nicht, unseren Beitrag zur Bekämpfung zu leisten. Dabei gilt für diese Landesregierung ein Dreiklang: Alles, was wir machen, muss ökologisch wirksam, ökonomisch sinnvoll und sozial vertretbar sein.

Genau an diesen drei Elementen haben wir auch das Klimapakete der Bundesregierung gemessen. Nachdem im Bundesrat durch massiven Einfluss der Länder die Veränderungen so stattgefunden haben, dass wir glauben, dass diese drei Elemente in einer vernünftigen Form zusammen-

geführt wurden, haben wir auch, wie viele andere, diesem Paket zugestimmt.

Meine Damen und Herren, es ist das Thema, das wie kein anderes die Öffentlichkeit und vielleicht auch die Bevölkerung bewegt. Es kann nicht darum gehen, einzelne Teile der Bevölkerung besonders zu belasten, damit andere sich besser fühlen. Es kann schon gar nicht darum gehen, ideologische Feldzüge gegen das Auto oder das Flugzeug zu führen. Beide sind in einer Welt, die individuelle Mobilität als Teil der individuellen Freiheit versteht, nicht wegzudenken. Überdies werden unsere Anstrengungen zur notwendigen Veränderung nur dann erfolgreich sein, wenn sie in der Bevölkerung auch Akzeptanz finden. Dies kann nur gelingen, wenn wir trotz notwendiger Veränderungen unsere Arbeitsplätze und unseren wirtschaftlichen Wohlstand erhalten. Es ist deshalb notwendig, dass wir bei allem, was wir tun, zur Reduktion der CO₂-Belastung kommen und gleichzeitig diesen wirtschaftlichen Wohlstand erhalten. Nur wenn uns das gelingt, werden uns andere Länder folgen. Denn für das Klima ist insgesamt wenig gewonnen, wenn nur wir etwas tun. Andere müssen uns folgen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb setzen wir nicht auf Ideologie oder Zwang, sondern auf Anreize, moderne Technologie und Wissenschaft. Deshalb haben wir bereits in diesem Januar das Kompetenzzentrum für Klima- und Lärmschutz im Luftverkehr in Frankfurt gestartet. Dort wollen wir, bisher einmalig, möglichst mit Unterstützung des Bundes, eine Pilotanlage zur Herstellung strombasierter synthetischer Kerosins, eine sogenannte Power-to-Liquid-Anlage, bauen.

Wir sind uns doch einig: Die großen Herausforderungen werden wir nicht dadurch lösen, dass wir den Menschen etwas verbieten oder unrealistische Vorschläge machen. Synthetische Kraftstoffe sind der Schlüssel für Klimaschutz im wettbewerbsfähigen Luftverkehr, und gerade Hessen als Luftverkehrsdrehscheibe ist hier besonders engagiert. Ich hoffe auf die Unterstützung des Hauses, dass wir im Wettbewerb mit anderen Ländern hier den Zuschlag des Bundes bekommen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine besondere Herausforderung beim Klimaschutz stellt die Landwirtschaft dar. Auch hier muss gelten: nicht Ideologie, sondern Maß und Mitte. Die Landwirte gehören nicht auf die Anklagebank, sondern verdienen unseren Respekt und unsere Hilfe.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gilt für die Landesregierung: Nicht gegen, sondern mit der Landwirtschaft müssen wir diese Herausforderung angehen.

(Nancy Faeser (SPD): Tun Sie das!)

Der bundesweit einzigartige Zukunftspakt hessische Landwirtschaft ist deshalb das richtige Forum, um diese Herausforderung gemeinsam zu meistern.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erfolgreiche Zukunftsgestaltung bedeutet auch sehr gute Startbedingungen für unsere Kinder. Frau Kollegin, dazu haben Sie sich geäußert. Wir sind hier unterschiedlicher Auffassung; das wird nicht weiter wundern. Ich glaube, wir sind vorbildlich. Wir haben in der

vergangenen Wahlperiode für die Drei- bis Sechsjährigen sechs Stunden beitragsfrei gestellt.

(Nancy Faeser (SPD): Warum?)

Wir investieren nun in die Qualität der Kitas, und wir helfen in diesem Jahr den Kommunen als Trägern der Kinderbetreuung mit über 1 Milliarde €. Das ist in wenigen Jahren eine Verdoppelung der Anstrengungen. Wenn Sie vielleicht gestatten, einmal daran zu erinnern: Als Sie noch die Verantwortung trugen

(Nancy Faeser (SPD): Ich nicht, ich war noch nicht im Landtag!)

– nicht Sie, die Sozialdemokraten –,

(Nancy Faeser (SPD): Schon lange her!)

hat das Land weit unter 100 Millionen bezahlt, und zwar D-Mark.

(Holger Bellino (CDU): Ach nee! Hört, hört!)

Wenn Sie jetzt gerade sagen, das ist lange her, und das hat mit Ihnen nichts zu tun, dann akzeptiere ich das.

(Holger Bellino (CDU): Wo waren da die Visionen?)

Sie haben Ihren Redebeitrag begonnen mit einer Würdigung von Georg August Zinn. Das unterstreiche ich. Georg August Zinn ist 1969 aus dem Amt geschieden; das ist noch länger her.

(Heiterkeit CDU)

Sie sprachen über die Sozialdemokratische Partei. Dann müssen Sie sich schon einmal den Hinweis gefallen lassen: Wenn wir die Anstrengungen des Landes heute und in den zurückliegenden Jahren anschauen und sie mit Ihrer früheren Regierungszeit vergleichen, dann müssen wir uns nicht verstecken, dann sind wir vorbildlich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit auch das klar ist: Natürlich hilft hier das Geld des Bundes. Aber das Gute-Kita-Gesetz läuft 2022 aus. Vielleicht können wir das gemeinsam hinbekommen; wir haben ja in Berlin eine Große Koalition. Bis jetzt fehlt noch jeder Ansatz des Bundes, dass über 2022 hinaus vom Bund weiter gezahlt wird.

(Nancy Faeser (SPD): Ja, aber immerhin wird gezahlt!)

Wenn das so ist, stellt sich doch die Frage: Was passiert eigentlich nach 2022? Fahren wir dann die Qualität wieder herunter, oder lassen wir es allein an den Kommunen als Trägern der Kita-Versorgung hängen?

(Nancy Faeser (SPD): Wenn es nach uns geht, nicht!)

Unsere Antwort ist klar,

(Nancy Faeser (SPD): Unsere auch!)

und sie ist die einzige, die es in Deutschland dazu bisher gibt. Außer uns hat es nämlich niemand beschlossen. Wir haben beschlossen, wenn der Bund ab 2022 nichts mehr bezahlt, genau das bis 2025 aus Landesmitteln zu bezahlen, damit eben nicht die Qualität zurückgeführt wird, damit nicht die Kommunen allein auf der Sache sitzen bleiben. Das ist eine klare Positionierung, und das ist ein klares Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gute Zukunft bedeutet auch erfolgreiche Bildungspolitik in der Zukunft. Wir halten in den Grundlagen an unserer Bildungspolitik fest, und wir bauen sie weiter aus. Schauen Sie: Die Schülerzahlen sind weitgehend gleichgeblieben. Trotzdem haben wir über 600 zusätzliche Lehrstellen geschaffen. Zur Gewinnung von Lehrkräften erhöhen wir die Zahl der Studienplätze für die Grundschullehrer und die Förderschullehrer. Wir tun etwas, damit wir zukünftig mehr ausgebildete Lehrer, gerade Grundschullehrer, haben. Wir stellen über 200 Referendarstellen zur Verfügung. Wir erhöhen die Zahl der sonderpädagogischen Fachkräfte noch einmal um 140 Stellen. Das sind Leistungen. Wo gibt es die anderenorts?

Sie sprachen vom Digitalpakt, das fand ich sehr spannend. Vielleicht sollten wir einmal daran erinnern: Den Digitalpakt haben wir aus Landesmitteln auf rund eine halbe Milliarde Euro erhöht. Das unterscheidet uns von vielen anderen Ländern. Diese teilen das Geld nur weiter aus, das sie vom Bund bekommen. Wir haben eigenes Geld dazugegeben, weil wir dies für notwendig und richtig halten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nancy Faeser (SPD): Haben Sie sich angeschaut, was die Schulen in anderen Bundesländern für die Digitalisierung kriegen?)

Ich freue mich, dass die ersten Förderungen mittlerweile an den Schulen ankommen – z. B. in der Stadt Offenbach, aber eben nicht nur.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist ein super Beispiel!)

– Ja, das ist ein super Beispiel. Genau dafür bin ich Ihnen dankbar; ich war nämlich dort.

(Nancy Faeser (SPD): Sie haben sich gefreut, dass es WLAN in den Klassenzimmern gibt, und hatten den stellvertretenden Ministerpräsidenten dabei unterstützt! Es ist wirklich großartig, das als Erfolg zu verkaufen!)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Ich wäre ganz dankbar, wenn der Ministerpräsident trotzdem ausführen dürfte.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Frau Kollegin, ich habe den Vorteil, wie auch mein Kollege und Stellvertreter, Herr Al-Wazir, dass ich dabei war. Und ich muss Ihnen sagen: Ich habe dreimal nachgefragt; ich war mir nicht sicher. Wissen Sie, was uns gesagt wurde: Wir fühlen uns optimal betreut durch das Land. – Das bekommt man nicht allzu häufig gesagt, aber dann darf man es auch einmal sagen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen Nancy Faeser (SPD) – Zuruf Holger Bellino (CDU))

Auch das muss man einmal erwähnen: Wir haben einen neuen Einstieg gewählt – auch und gerade, um den Schulen sehr konkret zu helfen. So gibt es zum ersten Mal eine Unterstützung der Schulleitungen durch die Finanzierung zusätzlicher Verwaltungskräfte. Das hat es bisher auch nie gegeben.

Generell halten wir an unseren bildungspolitischen Zielsetzungen fest: Wir bauen unser Ganztagsangebot an Schulen konsequent aus. Zu unseren Überzeugungen gehört auch – ich glaube, das hat vielleicht die Chance, Ihre Zustimmung zu finden –, dass eine erfolgreiche Schullaufbahn nur gelingen kann, wenn die Schülerinnen und Schüler gut Deutsch sprechen können. Deshalb wollen wir mit einer besonderen Anstrengung für die Bildungssprache Deutsch in den Grund- und Förderschulen 180 Stellen zusätzlich für den Deutschunterricht zur Verfügung stellen. Ich finde, das ist mehr als sinnvoll. Das sind Marksteine einer Bildungspolitik, die dem Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler sehr konkret nützen und sie befähigen, ihre Zukunft erfolgreich zu gestalten.

Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine gute Zukunft eines Landes bedeutet immer auch eine sichere Zukunft. Deshalb bleibt die innere Sicherheit Schwerpunkt unserer Arbeit. Diese Arbeit war und ist erfolgreich. Hessen ist ein sicheres Land und belegt unter den Bundesländern Platz 3. Die Kriminalitätsbelastung ist heute so niedrig wie seit 40 Jahren nicht mehr, und die Aufklärungsquote mit einem Spitzenwert von 64,2 % zeigt dies deutlich. Übrigens, zur Erinnerung: Als Sie noch die Verantwortung trugen, war man weit unter 50 %.

(Nancy Faeser (SPD): Ach du liebe Güte! Ich kann Ihnen auch aufzählen, was Sie seit 20 Jahren nicht gemacht haben!)

Das sind objektive Erfolge, die man nicht wegdiskutieren sollte. Sie sind auch und gerade die Erfolge unseres Innenministers Peter Beuth.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn unsere Sicherheitspolitik nachweislich sehr erfolgreich ist, bleibt die Sicherheit vielfältig bedroht. Da sind wir uns einig. Es bedarf deshalb weiterer Anstrengungen. Deshalb haben wir nochmals rund 400 Stellen für die Polizei zur Verfügung gestellt.

(Nancy Faeser (SPD): Da haben wir mitgestimmt!)

Nach Ausbildungsende bedeutet dies, dass wir so viele Polizeibeamtinnen und -beamte haben werden wie noch nie. Das ist eine bewusste und richtige Entscheidung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch ganz bewusst – nicht nur, weil wir gestern, wie ich fand, hier im Hause eine sehr würdige Veranstaltung hatten – auf die 30 neuen Stellen für die Anpassung der Schutzmaßnahmen für die jüdischen Liegenschaften hinweisen. Sie werden über einen interfraktionellen Änderungsantrag eingebracht; und ich freue mich, dass wir hierüber Einigkeit erzielt haben. Meine Damen und Herren, das ist ein bewusstes Signal gegen den Antisemitismus und für die jüdischen Mitbürger. Es muss – jenseits des Tagesstreits – unser gemeinsames Anliegen sein, dass die jüdischen Mitbürger ohne Angst in diesem Lande leben können.

(Allgemeiner Beifall)

Auch für die Justiz führen wir unser Aufbauprogramm mit rund 280 zusätzlichen Stellen fort. Hier sollen z. B. der Opferschutz, die Prävention, aber auch der Strafvollzug nachhaltig gestärkt werden. Einen besonderen Stellenwert messen wir den Anstrengungen für die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität beim Generalstaatsanwalt bei. Dort geht es, wie Sie wissen, insbesondere

auch darum, dass wir gegen Hass und Gewalt im Netz antreten. Wir stellen dafür 30 neue Richterstellen und zusätzlich 23 Stellen bei der Staatsanwaltschaft zur Verfügung. Ich will die Gelegenheit ausdrücklich wahrnehmen, mich bei denjenigen herzlich zu bedanken, die dort diese Arbeit leisten. Das, was diese dort täglich sehen, geht an die Grenzen dessen, was man gelegentlich ertragen kann. Diese Arbeit ist sehr erfolgreich, und ich bedanke mich sehr für diese Arbeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verfolgung von Straftaten ist ein zwingendes Gebot des Rechtsstaats. Nicht minder bedeutsam ist es aber auch, Straftaten nach Möglichkeit zu verhindern. Deshalb erhöhen wir unsere Anstrengungen zur Prävention und wollen mit rund 7 Millionen € zusätzlich unter anderem für das Beratungsnetzwerk Hessen oder das Demokratiezentrum Hessen an der Universität Marburg insbesondere auch die Entwicklung des Rechtsextremismus bekämpfen. Hierzu gehört auch die Stiftung des Walter-Lübcke-Preises für Demokratie. Mit diesem Preis wollen wir nicht nur das Andenken an Walter Lübcke wahren, wir wollen damit auch Menschen und Initiativen würdigen, die sich beispielhaft gegen Hass, gegen Hetze, gegen Extremismus und Gewalt sowie für unsere demokratische Ordnung einsetzen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Anstrengungen werden auf Dauer aber nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, in einer breiten gesellschaftlichen Anstrengung möglichst viele Bürger zu erreichen. Diesem Ziel dient unter anderem die vor wenigen Tagen in Betrieb gegangene Plattform „hessengegenhetze.de“. Bei dieser Plattform kann sich jeder Bürger melden, seine Beobachtungen im Netz angeben und diese weitergeben, damit sie von den Experten von Polizei und Justiz geprüft werden. Meine Damen und Herren, das ist ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, das es so in keinem anderen Bundesland gibt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einem sicheren Land gehört auch in Zukunft, dass sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, in der Not qualifizierte Hilfe zu erhalten. Das geschieht bei uns durch die Feuerwehr, den Katastrophenschutz und die Hilfsdienste. Ihre Arbeit ist unverzichtbar, und sie wird ganz überwiegend ehrenamtlich geleistet. Deshalb will ich dies heute bewusst nicht auslassen: Meine Damen und Herren, ich finde es nicht nur befremdlich, ich finde es eigentlich schändlich, wenn solche Hilfskräfte bei ihrer Arbeit auch noch angegriffen, beleidigt oder gar verletzt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Diese Entwicklung ist nicht hinnehmbar und schon gar nicht ein Verständnis für die Gewalttäter. Im Gegenteil: Es ist doch eine pure Selbstverständlichkeit, dass Demokraten hinter denen stehen, die unter Umständen ihr Leben einsetzen, um uns zu helfen.

Zu einer sicheren Zukunft und Zukunftsfähigkeit gehört auch, in der Finanzpolitik Kurs zu halten. Wir investieren massiv in Zukunftsaufgaben, stärken unser Personal deutlich, machen aber keine Schulden. Im Gegenteil: Wir zahlen auch 2020 zurück.

Nun verlangt insbesondere die Opposition bei jeder Gelegenheit, dass mehr Geld ausgegeben werden müsse, zu-

meist ohne dass genau gesagt würde, was wir dafür streichen sollten, wenn man einmal von einigen Bonbons absieht. In der Regel kommt dann die sogenannte „globale Minderausgabe“. Das habe ich gesehen. Das ist bei den meisten so. Ich will das nicht kritisieren; ich will aber eine sehr grundsätzliche Position deutlich machen: Wenn man nicht klar sagt, was man streichen will, dann bleibt am Ende, früher oder später, nur das Schuldenmachen. Das ist sogar die Empfehlung mancher Ökonomen, frei nach dem Motto: „Durch die Nullzinspolitik kostet es doch nichts“.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Und der Industrie!)

Ich halte das, obwohl es verlockend ist, für den falschen Weg, nicht nur wegen des Zinsrisikos – denn was machen wir eigentlich, wenn die Zinsen wieder steigen? –, sondern weil ich überzeugt bin, dass es auch zukünftig keine größere Bereitschaft geben wird, Geld zu sparen, um Schulden zurückzuzahlen. Ist nämlich Geld da, wird es immer etwas geben, wofür es dringend ausgegeben werden muss.

Deshalb bleiben die Schulden von heute die Steuererhöhungen von morgen, und sie bleiben vor allem die Mitgift in des Wortes wahrster Bedeutung für die Generation, die uns folgt. Deshalb, meine Damen und Herren, halte ich das für den falschen Weg.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bundespolitisch eine ähnliche Debatte. Deshalb will ich darauf hinweisen: Die Probleme liegen eigentlich völlig woanders. Mangelnde Investitionen scheitern häufig nicht am Geld. Wir haben Milliardenprogramme des Bundes, die nicht abgerufen werden. Warum werden sie nicht abgerufen? Wegen zu langer, zu komplizierter Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren. Eine Vereinfachung im Planungs- und Genehmigungsrecht oder zwei anstelle von drei Verwaltungsgerichtsverfahren wären ein guter Anfang.

Weil das so ist, wird Hessen die angekündigten Schritte des Bundes intensiv unterstützen. Ich bin sehr gespannt, wann da etwas kommt und was da kommt. Aber es kann sich niemand ernsthaft damit zufriedengeben, dass wir für Strukturmaßnahmen 20 oder 30 Jahre brauchen. Wenn wir den Menschen ständig erklären, es wird irgendetwas notwendigerweise gemacht, und es geschieht anschließend nicht, fragen sie uns zu Recht: Warum ist nichts geschehen? – Wenn wir darauf hinweisen, dass es immer wieder ein neues Problem gibt, dann werden sie das Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit nicht verstärkt wahrnehmen, sondern sie werden uns dieses Vertrauen in Zukunft entziehen. Deshalb ist dieser Punkt wichtiger als das eine oder andere Investitionsprogramm.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterm Strich will ich allerdings deutlich machen: Eine Politik, die es sich jetzt bequem macht und die Lasten alleine der Zukunft aufbürdet, ist nicht gerecht, weil sie der Generationengerechtigkeit widerspricht. Sie ist auch nicht nachhaltig. Deshalb ist sie aus unserer Sicht abzulehnen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über gute Zukunft reden – da bin ich auch bei Ihnen –, dann kann ein Land eine gute Zukunft nur haben, wenn Land und Kommunen erfolgreich zusammenarbeiten. Ein starkes Land braucht starke Kommunen.

(Zustimmung Nancy Faeser (SPD))

Da ist Hessen ein verlässlicher Partner der Kommunen. In mancherlei Hinsicht sind wir sogar vorbildlich. Der Kommunale Finanzausgleich nimmt nun mit 6 Milliarden € einen neuen Rekordwert ein. Das heißt, die für die Finanzierung der Kommunen so wichtige Säule trägt zukünftig noch stärker als bisher. Das ist gut, und das wollen wir so.

Bei einer anderen Einnahmequelle der Kommunen, die wir jetzt auch regeln müssen, der Grundsteuer, wollen wir den Hessen und den Kommunen einen gemeinsamen Weg vorschlagen. Dabei gilt, egal welche Lösung man wählt: Sie muss für die Kommunen möglichst aufkommensneutral, möglichst unbürokratisch und sozial verträglich sein. Diese Voraussetzungen halten wir bei dem Bundesmodell für höchst zweifelhaft, da es aus unserer Sicht zu kompliziert und in seinen Auswirkungen in den einzelnen Gemeinden höchst problematisch ist.

Wir wollen deshalb im Sinne der Kommunen einen möglichst einfachen Weg vorschlagen, der orientiert am Flächenmodell die Einnahmen sichert, wenig Bürokratie erfordert und die Unterschiede in einer Gemeinde einigermaßen im Rahmen hält. Insbesondere zum letzten Gesichtspunkt kann man an eine Bandbreite der Steuererhebung nach oben oder unten denken, die die Gemeinden selbst entscheiden können. Darüber werden wir miteinander reden. Im Ergebnis wollen wir: Es soll einfacher als das Scholz-Modell, aber gerechter als ein reines Flächenmodell sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben uns aufgefordert, wir sollen endlich etwas für die Kommunen tun. Ich weiß nicht, wo Sie in letzter Zeit waren. Mit unserer Initiative zur Übernahme der Kassenkredite, der sogenannten Hessenkasse, haben wir die Kommunen um rund 5 Milliarden € entschuldet. Das ist einmalig in Deutschland und wird landauf, landab gelobt.

(Zuruf Nancy Faeser (SPD))

– Hier noch nicht. Aber deshalb darf man es noch einmal erwähnen. Es ist eine großartige Leistung, die wir hier vollbracht haben.

(Lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Was das konkret bedeutet, will ich Ihnen einmal sagen. Sie müssen nur die Feststellungen des Statistischen Bundesamts anschauen. In Hessen hat der Bürger im Durchschnitt Kassenkredite in Höhe von 62 €, in unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen 1.262 € und in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz 1.302 €. Meine Damen und Herren, das ist das 20-Fache. Wenn Sie dann sagen, wir täten nichts für die Kommunen, dann leben Sie in einem anderen Land. Ich halte dies jedenfalls für eine der wichtigsten Entscheidungen, die wir getroffen haben.

(Lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Anstrengung darf jetzt aber nicht bestraft werden,

(Nancy Faeser (SPD): Wird sie doch nicht!)

indem wir Hessen bei der Planung von Bundesminister Scholz zur Entschuldung verschiedener Städte mit Mitteln des Bundes und der Länder – so kommt er immer daher – leer ausgehen, weil wir mit der Hessenkasse schon selbst gehandelt haben.

(Nancy Faeser (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Dem werden wir auf gar keinen Fall zustimmen. Wir werden die Verhandlungen deshalb so führen, dass Hessen hier nicht übervorteilt wird. Ich denke, das ist in unserem gemeinsamen Interesse.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Überhaupt ist es dringend notwendig, das Verhältnis von Bund und Ländern neu auszurichten. Wir werden uns deshalb den Bemühungen Bayerns und Baden-Württembergs zur Reform insbesondere der Finanzverfassung anschließen. Frau Kollegin, wir sind uns doch einig: Wenn man einen Blick auf Deutschlands Geschichte wirft, kommt man immer zum gleichen Ergebnis: Wenn es föderal organisiert war, war es sehr erfolgreich.

Der Föderalismus nicht nur als horizontale und vertikale Gewaltenteilung ermöglicht zusätzliche Kontrolle, bürgernahe Verwaltung, jedenfalls bürgernäher, als wenn alles von einer zentralen Hauptstadt gemacht wird. Sie ist auch der Grund für unsere Stärke. In zentralistischen Staaten gibt es in der Regel eine starke Hauptstadt, und der Rest ist mehr oder weniger Provinz. In Deutschland haben wir eine Vielzahl von starken Wirtschafts- und Kulturregionen, die im besten Sinne im Wettbewerb stehen.

Diese föderale Struktur darf nicht weiter ausgehöhlt werden, indem der Bund zwar Geldmittel bereitstellt, die Länder das aber mit einem Verlust an Kompetenzen und neuen Abhängigkeiten vom Bund bezahlen. Damit wird – das geht hier alle an – der eigenständige Gestaltungsspielraum der Landesparlamente immer geringer. Das ist ein höchst bedeutsames Thema, und ich will es an drei Beispielen kurz erläutern.

Meine Damen und Herren, was wurde alles über den Digitalpakt Schule diskutiert. Dabei entspricht der gesamte Beitrag des Bundes zu den Bildungsausgaben 1 % der Bildungsausgaben, die wir in Hessen haben. Hier im Land schaffen wir jetzt neue Verwaltungsstrukturen und -standards, und nach Auslaufen des Programms bleiben alle Lasten allein beim Land und den Schulträgern. Genauso läuft es beim Gute-Kita-Gesetz, genauso ist es gelaufen bei dem berühmten „Pakt für den Rechtsstaat“.

Das ist ein schönes Beispiel, es wird selten darüber gesprochen. Wir haben gemeinsam 2.000 neue Stellen für die Handlungsfähigkeit der Justiz, für Richter und Staatsanwälte vereinbart. Daraus sind beim Bund 127 Stellen und bei den Ländern 1.883 Stellen geworden. Dafür gibt der Bund 220 Millionen €. Wenn Sie jetzt 80.000 € pro Richter oder Staatsanwalt rechnen und das mal 2.000 nehmen, dann reicht das gerade einmal für ein Jahr und viereinhalb Monate. Das ist der Beitrag des Bundes. Die Länder müssen diejenigen, die sie jetzt einstellen, aber lebenslang bezahlen. Genau das ist das Problem.

Meine Damen und Herren, wir wollen in all diesen Bereichen vorankommen. Aber entscheidend ist, dass die Dinge wieder ins Lot kommen.

Die nächste Geschichte, auf die wir achten müssen, ist die Beitragsfreiheit des Betreuungsanspruchs der Grundschüler. Das hat der Bund beschlossen, das wollen wir. Aber er hat bisher so viel an Finanzen angeboten, dass es nicht einmal für ein Jahr reicht. Das kann so nicht sein. Ich bin sicher, das werden nicht nur wir nicht mitmachen, das wer-

den auch die anderen Länder nicht mitmachen. Wir müssen zurück zur Grundordnung des Grundgesetzes.

(Lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Ministerpräsident, ein freundschaftlicher Hinweis auf die Redezeit der Fraktionen.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Herr Präsident, ich werde mich bemühen. – Art. 30 Grundgesetz schreibt vor, dass die Verwaltung Sache der Länder ist. Art. 104a schreibt vor, dass jeder so viel Geld aus den Steuern erhalten muss, dass er seine Aufgaben erfüllen kann. Das bedeutet ganz konkret: Entweder bestimmt der Bund mit und zahlt dauerhaft, oder er enthält sich dieser Themen, oder wir kommen dauerhaft zu einer anderen Steuerverteilung.

Gleiches gilt übrigens auch für Europa. Wir sind überzeugte Europäer und achten natürlich auf unsere Interessen. Wir werden uns sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch der EU frühzeitig für unsere Interessen einsetzen. Das gilt für die Klimapolitik, die Regelung der Finanzmärkte, die Neuregelung des mehrjährigen Finanzrahmes oder die Neufassung der für Hessen so wichtigen Regelungen zur Chemieindustrie. Aber bei aller Eigenständigkeit halten wir dabei an unseren bewährten Partnerschaften mit unseren Partnerregionen fest und wollen so unseren Beitrag zu einem einigen Europa leisten.

Meine Damen, meine Herren – Frau Kollegin, Sie haben das auch angesprochen –, eine gute Zukunft werden wir nur haben, wenn es uns gelingt, unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Die Landesregierung hat hierzu vielfache Initiativen ergriffen, insbesondere zur Bekämpfung von Hass, Hetze und Gewalt. Wir haben uns in diesem Hause mehrfach darüber ausgetauscht. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Ankündigung von Ihnen, dass Sie uns dabei unterstützen wollen.

Bei allem Streit in der Sache ist es notwendig, dass die Demokraten zusammenstehen, wenn die Demokratie bedroht ist. Das gilt heute, das muss auch in der Zukunft gelten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darauf will ich gerne eingehen: Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird auch durch die technologische Entwicklung auf die Probe gestellt werden. Zum Beispiel wird die Digitalisierung die Arbeitswelt völlig verändern. Das erleben wir. Alte Arbeitsplätze werden verschwinden, neue werden kommen. Aber nicht jeder, der bislang einen qualifizierten Arbeitsplatz hatte, wird zum Softwareentwickler werden. Deshalb ist es notwendig, dass wir das, was zunehmend viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beunruhigt, nicht nur feststellen, sondern einen Prozess entwickeln und begleiten, der wirksame Weiterbildungskonzepte anbietet. Das ist zunächst einmal die Aufgabe jedes Einzelnen. Natürlich ist das auch eine Aufgabe der Unternehmen, der Gewerkschaften und der Tarifpartner. Ich hoffe, dass von dort Vorschläge kommen.

Es ist aber auch eine Aufgabe für uns insgesamt. Deshalb strebe ich ein Expertengremium mit Personen an, die in der digitalen Welt, gerade der des Arbeitens, erfahren sind.

Das soll mit Unternehmen, den Gewerkschaften, den Kommunen, der Arbeitsverwaltung und den Fraktionen des Landtags geschehen. Ich möchte, dass wir uns zusammensetzen und darüber diskutieren. Wir sollten Konzepte entwickeln und diese Themen voranbringen. Ich würde mich freuen, wenn die Fraktionen dieses Angebot annehmen würden. Ich glaube, dass wir damit wichtige Beiträge leisten könnten.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Dieser Haushalt ist solide aufgestellt. Er wird wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Er wird ohne neue Schulden auskommen. Alte Schulden werden getilgt. Er ist damit Ausdruck einer vernünftigen und einer weitsichtigen Politik mit Maß und Mitte. Er ist gerade auch den kommenden Generationen verpflichtet. Er wird Stabilität und Ordnung mit dem notwendigen Aufbruch in die neue Zeit verbinden. Das wird der Rahmen dafür sein, dass aus einem starken Hessen ein noch stärkeres Hessen von Morgen wird. Dafür arbeiten wir, konsequent, verlässlich, ideenreich und vor allen Dingen mit viel Freude. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Ministerpräsident, vielen Dank.

(Weiterhin anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Faeser zu Wort gemeldet.

Nancy Faeser (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich mich gefreut hätte, wenn Sie auf meinen Vorschlag eingegangen wären, eine Stiftung in Erinnerung an Halit Yozgat, Enver Simsek und Dr. Walter Lübcke ins Leben zu rufen. Ich stelle fest: Sie haben den Vorschlag nicht nur nicht aufgegriffen. Sie haben auch nichts dazu gesagt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das mache ich nachher!)

Dabei wäre es so wichtig, den Bedrohungen, die im Moment von rechts und von den Vereinfachern kommen, gemeinsam etwas entgegenzusetzen und Zukunftsperspektiven für die gemeinsame politische Bildung in diesem Land zu entwickeln.

(Beifall SPD – Michael Boddenberg (CDU): Ich sage nachher etwas dazu!)

Herr Bellino, ich sage gerne noch etwas zur inneren Sicherheit in Hessen. Herr Ministerpräsident, ich sage ausdrücklich: Ich teile Ihre Bilanz, was den Innenminister betrifft, nicht. Schauen wir uns einmal an, was passiert ist: Es gab eine Affäre bei der Polizei mit vielen betroffenen Beamtinnen und Beamten. Wir erleben im Moment wieder mangelnde Aufklärung in diesem Land. Was tun Sie denn zur Aufklärung der Fragen

(Holger Bellino (CDU): Alles, was man machen kann!)

hinsichtlich des mutmaßlichen Mörders Stephan E.? Wie konnte es dazu kommen, dass die Sicherheitsbehörden wieder einmal jemanden aus den Augen verloren haben? Was passiert denn aktuell an Aufklärung in diesem Land?

(Beifall SPD, vereinzelt DIE LINKE und René Rock (Freie Demokraten))

Es geschieht nichts. Herr Bellino, was haben Sie denn aus der Sache mit dem NSU gelernt? Es gibt eine Menge Handlungsempfehlungen, was in den Sicherheitsbehörden eigentlich strukturell passieren soll.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, dazu sage ich nachher etwas!)

Was passiert denn, um das im Moment aufzuarbeiten? Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Wenn da nichts passiert, wird ein Untersuchungsausschuss in diesem Hause unumgänglich sein.

(Beifall SPD, vereinzelt DIE LINKE und René Rock (Freie Demokraten) – Manfred Pentz (CDU): Das ist unerträglich!)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Ich finde, wir sollten uns bei den Zwischenrufen ein bisschen an das Parlamentarische halten.

(Manfred Pentz (CDU): Ich finde es trotzdem unerträglich!)

– Herr Generalsekretär, wollen wir jetzt darüber diskutieren? Sie können gerne eine Sitzung des Ältestenrats beantragen.

Nancy Faeser (SPD):

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat sich sehr für das Aufstellen der Mobilfunkmasten gelobt. Ich will das aufgreifen, weil das für die Politik dieser Regierung symptomatisch ist. Da lobt man sich für etwas, was der Markt gerade regelt. Die Landesregierung hat keinen einzigen Cent hineingesteckt. Das ist genau das, was ich in meiner Rede gesagt habe.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und Jan Schalauske (DIE LINKE) – Holger Bellino (CDU): Ist das eine Kurzintervention oder eine Rede?)

Was haben Sie eigentlich 20 Jahre lang gemacht, um diesen Bereich aufzuarbeiten? Was machen Sie in den Bereichen, in denen der Markt das nicht selbst reguliert? Das sind die ländlichen Räume, in denen es diese Mobilfunkmasten noch nicht gibt. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Frau Kollegin, Sie denken an die Redezeit.

Nancy Faeser (SPD):

Ja. – Abschließend möchte ich auf den Frankfurter Bogen zu sprechen kommen. Herr Ministerpräsident, wir sind uns doch darin einig, dass eine Großstadt das nicht alleine

stemmen kann. Vielmehr geht es in diesem Zusammenhang auch um das Umland und den ländlichen Raum.

Aber ich stelle es noch einmal fest: Es ist 20 Jahre lang nichts daran gemacht worden. Jetzt soll es einen Frankfurter Bogen geben, bei dem die Kommunen ausgenommen sein sollen, von denen aus man nicht in 30 Minuten den Hauptbahnhof erreichen kann.

(Holger Bellino (CDU): Wie lange geht das denn noch?)

Dafür gibt es keinen sachlichen Grund. Sie liegen genauso im Umland von Frankfurt. Sie haben genauso das Recht auf Förderung bezahlbaren Wohnraums.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Ich bleibe dabei: Es ist schade, dass die Bewältigung der notwendigen Zukunftsaufgaben in diesem Land nicht mit Konzepten unterlegt wird. Meine Damen und Herren, wir werden Ihnen einiges vorlegen. Dem können Sie dann folgen.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein Vorbild unter den Kollegen der Vizepräsidenten. Man sollte erst einmal ein bisschen ruhig sein. Herr Kollege Bellino, man sollte zuhören. Vielleicht hat man vorhin gemerkt, dass es hier eine Diskussion gab, die der Präsident gelöst hat, indem wir das Vehikel der Kurzintervention genommen haben.

Mich wundert schon, dass mir mehrere Mitglieder der Regierungsbank heiße Tipps gegeben haben, wie ich mich zu benehmen habe. Ich glaube, das Thema ist jetzt endlich einmal durch.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

Wir können uns gerne im Ältestenrat darüber unterhalten. Aber ich möchte nicht noch einmal von der Regierungsbank – nicht von der Seite, sondern von der anderen Seite – höfliche Tipps hören, wie ich mich als Präsident oder eine Kollegin oder ein Kollege zu benehmen haben.

Zweitens. Die SPD-Fraktion hat gerade eben ihre Redezeit von 40 Minuten genutzt. Das sage ich, damit das auch klar ist. Denn es wurde dazwischengerufen, die Mitglieder der SPD hätten 40 Minuten Zeit gehabt. Sie hat die Redezeit jetzt ausgeschöpft.

Jetzt wird der Ministerpräsident reden, wie das unseren Regeln entspricht. Er wird auf die Kurzintervention sehr präzise antworten. Er hat durch die Kurzintervention auch zusätzliche Zeit bekommen.

Ich verstehe nicht ganz, warum man sich bei so einem Thema aufregen muss. Ich mache da aber gerne mit. Ich habe damit kein Problem. – Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

(Beifall SPD und vereinzelt AfD)

Der Ministerpräsident will dazu nicht mehr sprechen. Dann ist das Thema sogar richtig und ordnungsgemäß mit Einhaltung der Redezeit gemacht worden.

Das andere ist auch eine Vereinbarung gewesen. Ich rufe nun vereinbarungsgemäß den Vertreter der AfD auf. Die Kollegen werden sich die Redezeit teilen. Sie haben das dem Präsidium gemeldet. Zunächst wird der Fraktionsvorsitzende, Herr Lambrou, das Wort erhalten.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Zuschauer! Der Haushalt des Landes Hessen kann nicht getrennt von seinen Auswirkungen auf die Haushalte der Kommunen und der Städte auf der einen Seite und von seinen Verflechtungen und Abhängigkeiten mit dem Haushalt des Bundes und zunehmend auch mit dem der Europäischen Union auf der anderen Seite betrachtet werden.

Konstrukte der Umverteilung wie Kommunaler Finanzausgleich, „Starke Heimat Hessen“, Hessenkasse und der Schutzschirm führen zu einer Aushöhlung der Konnexitäts- und der Subsidiaritätsprinzipien und stehen damit einer eigenverantwortlichen Haushaltsführung im Wege.

(Beifall AfD)

Zuständigkeiten und Budgets liegen immer weniger in einer Hand, und damit ist auch die Autonomie der einzelnen kommunalen Haushalte immer weniger gewährleistet.

Für uns ist z. B. nicht nachvollziehbar, wieso die S-Bahn-Station Gateway Gardens am Frankfurter Flughafen mit EU-Mitteln subventioniert werden muss. Da wir Nettozahler der EU sind, fragen wir als AfD-Fraktion im Hessischen Landtag uns, wo und für was deutsche Steuergelder eigentlich in anderen Ländern so alles ausgegeben werden.

(Beifall AfD)

Der deutsche Steuerzahler musste im Jahr 2009 für Bund, Länder, Gemeinden und die Europäische Union 524 Milliarden € aufbringen. Im Jahr 2018, also nur neun Jahre später, waren es bereits 776 Milliarden €, eine Steigerung von 48 %. Im Jahr 2023 werden es laut einer Prognose des Bundesministeriums der Finanzen sogar 908 Milliarden € sein, also 384 Milliarden € mehr als noch 2009 oder plus 73 %.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wollen doch ohnehin raus aus der EU!)

Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt, die Basis aller Steuern, hinkt im gleichen Zeitraum von 2009 bis 2018 mit einem Zuwachs von nur 37 % deutlich hinterher.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Und die Einkommen?)

Die Steuerquote, also der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt, ist im Jahr 2019 auf einem Hoch von ca. 23 %. Bundesfinanzminister Scholz rechnet mit einem weiteren Anstieg dieser Steuerquote, was angesichts der regelmäßig verkündeten Rekordeinnahmen bei Bund und Ländern plausibel erscheint. Rekordeinnahmen freuen jeden Finanzminister, stellen aber auch schwere Belastungen für die einzelnen Bürger und für die Unternehmen da. – Wir, die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag, treten für eine deutliche Senkung dieser Steuerquote ein, also für eine spürbare Reduzierung der Steuerbelastung.

(Beifall AfD)

Die Bürger sollen wieder mehr Freiheit in ihren wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen erhalten. Um diese Freiheiten zu erhalten, ist es notwendig, die Schulden nicht weiter ausufern zu lassen. Da man diesen Zusammenhang seitens der Politik bereits vor einigen Jahren erkannt hatte, wurden in Deutschland Gesetze zur Haushaltskonsolidierung erlassen, welche allgemein unter dem Begriff der „schwarzen Null“ zusammengefasst werden.

Die Schulden des Landes Hessen haben sich in den letzten 20 Jahren auf 42 Milliarden € verdoppelt, meine Damen und Herren.

(Zuruf AfD: Tolle Politik!)

Unberücksichtigt ist dabei, dass Hessen eine Nachhaltigkeitslücke allein bei den Pensionslasten seiner Beamten von über 70 Milliarden € vor sich herschiebt. Hierzu kommen noch Beihilfen in Höhe von 11 Milliarden €. Das ergibt in Summe fast das Doppelte der im Haushalt ausgewiesenen offiziellen Schulden. – Die Regierung spricht nicht gerne über Konsequenzen, so auch heute nicht, Herr Ministerpräsident. Wir, die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag, sehen hier Handlungsbedarf.

(Beifall AfD)

Wir werden in unseren Befürchtungen zu dieser Entwicklung übrigens ausdrücklich vom Bund der Steuerzahler unterstützt. Die Politik der schwarzen Null wird leider zunehmend von neuen Begehrlichkeiten infrage gestellt. Anstatt die notwendigen Investitionen in die verfallende Infrastruktur mit der Reduzierung fragwürdiger Ausgaben in Hessen zu finanzieren, sollen neue Schulden gemacht werden.

Wenn man sich die Zahlen für 2019 und 2020 nämlich einmal im Detail anschaut, bleibt schon heute von der schwarzen Null – jedenfalls für Hessen – nicht viel übrig. Tatsächlich plündern wir unsere Rücklagen, zu sehen an den Nettoentnahmen in Höhe von 355 Millionen € allein im Jahr 2020. Besonders schwer nachvollziehbar ist dies angesichts der äußerst positiven konjunkturellen Rahmenbedingungen.

Hauptsächlich aufgrund der kalten Progression verbucht das Land Mehreinnahmen bei den größten Kategorien auf der Einnahmeseite, der Lohn- und Einkommensteuer. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem sehr niedrigen Niveau, die Beschäftigungsquote ist auf einem historisch hohen Niveau, mit der Folge hoher Steuereinnahmen, hoher Beiträge in die Sozialversicherungen und niedriger Sozialkosten.

Die Zinsbelastung auf die offiziell ausgewiesenen Schulden in Höhe von 42 Milliarden € ist historisch niedrig. Tatsächlich spart das Land im Jahr 2019 1,6 Milliarden €, bezogen auf das Zinsniveau des Jahres 2000. Dabei wirkt sich diese Zinspolitik bei den privaten Haushalten aus wie eine Vermögensteuer auf Geldvermögen: Die privaten Vermögen werden belastet, und der Staat wird entlastet.

(Beifall AfD)

In diesem aktuellen wirtschaftlichen Szenario der besten aller Welten einen Schuldenabbau von lediglich 100 Millionen € pro Jahr in den nächsten Jahren zu planen, ist sträflich falsch und unverantwortlich, Herr Ministerpräsident.

(Beifall AfD)

Besser wird es nicht mehr. Was muss eigentlich noch eintreten, damit wir in Hessen signifikant anfangen, den Schuldenberg abzutragen? Glauben Sie eigentlich wirklich, dass wir in Deutschland bald chinesische Wachstumszahlen in der Wirtschaft sehen werden? Revolutionäre Reduzierungen der Kosten bei Energie und Rohstoffen? Bahnbrechende Erfindungen? Es sieht nicht danach aus, dass es besser wird. Es sieht nicht danach aus, dass die Einnahmen noch weiter steigen werden, und es sieht nicht danach aus, dass die Ausgaben wesentlich sinken werden.

Diesen Haushalt muss man leider so interpretieren, dass die schwarz-grüne Landesregierung sich damit abgefunden hat – selbst in einer Hochphase der Konjunktur –, dass die Schulden nicht mehr zu tilgen sind. Diese Regierung hat sich damit abgefunden: Schulden sind praktisch nicht mehr zu tilgen. – Es ist ein politisches Armutszeugnis.

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen eben zugehört. Sie haben gesagt, die Regierung sei handlungsfähig, Sie ruhten sich nicht aus; das haben Sie mehrmals betont. Es tut mir leid, aber bei mir bleibt dennoch das Wort „ausruhen“ hängen. Die Frage ist auch, wer diese Regierung eigentlich führt: Die CDU oder die GRÜNEN? Aus unserer Sicht erkennt man nicht nur an dem hier vorliegenden Haushaltsentwurf eine de facto von den GRÜNEN geführte Landesregierung und eine politisch zunehmend entkernte CDU.

(Beifall AfD – Lachen Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wie zufrieden die hessischen Bürger mit der CDU sind, hat man am Wahlergebnis der CDU bei der Landtagswahl am 28. Oktober 2018 gesehen. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist da vermutlich keine Wende für die CDU. Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung Anfang 2019 war noch von diesem und jenem Pakt die Rede, und jetzt geht es schon nicht mehr in erster Linie um Pakte, jetzt müssen schon Visionen erhalten, einmal abgesehen von dem inflationären Selbstlob in Ihrer Rede. Diese Landesregierung wirkt zunehmend entrückt und politisch nach links abdriftend.

(Beifall AfD)

Die Risiken der vor uns liegenden Dekade sind groß, meine Damen und Herren. Die Kosten aus dem Verlust industrieller Strukturen infolge der ideologischen und unnötig forcierten Energieumstellung werden dramatisch groß werden. Ebenso ist die erzwungene Neuausrichtung unserer bisher bei den Verbrennungsmotoren weltweit führenden Automobilindustrie auf die unausgelegene Batterietechnologie ein wirtschaftliches Debakel.

(Beifall AfD)

Frau Faeser, Fraktionsvorsitzende der SPD, hat in ihrer Rede den Jobabbau von 4.000 Stellen bei Opel in Rüsselsheim beklagt. Dieser Jobabbau kommt aber auch aufgrund von Daumenschrauben der Bundesregierung – da sitzt übrigens auch die SPD drin, und auch die CDU.

(Beifall AfD)

Es sind SPD und CDU, die auf vielen Ebenen diese Entwicklung mit ausgelöst haben: E-Mobilität kostet in Deutschland aktuell kräftig Arbeitsplätze, auch in Hessen.

(Beifall AfD)

Viele der Dinge, die hier beklagt werden, haben die beiden ehemaligen Volksparteien SPD und CDU selbst – nicht zuletzt auf Bundesebene – mit verursacht.

Frau Faeser hat hier am Rednerpult das Dreierbündnis in Brandenburg gelobt, das Vorbild für Hessen sein könnte. Liebe Frau Faeser, die AfD wird bei den nächsten Wahlen in Hessen gerne so stark wie in Brandenburg, damit auch hier in Hessen lediglich Dreierbündnisse eingegangen werden können.

(Beifall AfD)

Infolge der überstürzten Stilllegung von hoch rentablen Kraftwerken und des Ausbaus der Netze und Speicherkapazitäten wird Deutschland international schwere Nachteile erleiden. Energieintensive Unternehmen werden abwandern. Die Steuereinnahmen aus den Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken, z. B. Biblis und Staudinger, fallen schon jetzt und zukünftig noch erheblich stärker im Ausland an und nicht in Hessen, nicht in Deutschland.

Zudem werden wir in 10, spätestens 15 Jahren aufgrund des demografischen Wandels noch nicht absehbare tief greifende Veränderungen zu meistern haben. Das hat nicht nur dramatische Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der Sozialsysteme, sondern wird aufgrund der Geschwindigkeit der Veränderungen auch zu einem großen Kompetenzverlust führen. Zudem wird der Wissenstransfer zwischen den Generationen geschwächt werden oder sogar ganz abreißen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns intensiv mit Ihrem Haushaltsentwurf beschäftigt. Sehr merkwürdig fanden wir, dass die gesamte Diskussion – auch während der kursorischen Lesungen – auf rein verwaltungstechnische, eher buchhalterische Kriterien fokussiert wurde. Gar nicht oder sehr selten wurde auf die Strategie der Regierung eingegangen, also die Begründung für die Ausgaben, die Sie geplant haben.

Wir, die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag, konnten Positionen in einer Höhe von 455 Millionen € identifizieren, die wir für überflüssig, ja, sogar schädlich für eine gesunde Entwicklung unseres schönen Hessenlandes erachten.

(Beifall AfD)

Wir haben dazu entsprechende Änderungsanträge gestellt.

Im Koalitionsvertrag der ersten schwarz-grünen Landesregierung in Hessen vor sechs Jahren war auch noch die Rede von ähnlich notwendigen Reduzierungen der Kosten mit dem Ziel einer Einsparung nicht notwendiger Ausgaben. Davon ist im Haushalt 2020 nichts mehr zu sehen.

(Beifall AfD)

Den von uns identifizierten Betrag in Höhe von 455 Millionen € können wir aber leider nicht für die Reduzierung der Schulden einstellen. Denn in den Bereichen Inneres, Polizei, Justiz, Bildung, Familie müssen unumgängliche Investitionen getätigt werden, um die negativen Auswirkungen politischer Fehlentscheidungen der letzten Jahre, insbesondere nach dem Herbst 2015, zu entschärfen.

(Beifall AfD)

Themengebiet Inneres: Wir können die Akzeptanz unserer Rechtsordnung bei unseren Bürgern nur aufrechterhalten, wenn sie sich in ihrem Vertrauen auf den Rechtsstaat und

seine Organe nicht getäuscht sehen. Die Absicherung der nationalen Grenzen ist de facto auf die EU – über die Sicherung der EU-Außengrenzen – übertragen worden. Die EU wurde dieser Aufgabe aber nicht gerecht, mit der Folge einer unkontrollierten Einwanderung von bisher ca. 2 Millionen Menschen, durchaus politisch Verfolgten sowie Kriegsflüchtlingen, aber zum größten Teil eben Wirtschaftsflüchtlingen.

(Beifall AfD)

Das Land, die Kommunen und die Städte sahen sich unvermittelt riesigen Herausforderungen gegenüber. Um die bis heute existierenden Probleme einer Lösung zuführen zu können, werden massive Investitionen unausweichlich, deren Funktionalität durch die Masseneinwanderung nach wie vor massiv beeinträchtigt ist. Eine Priorität sehen wir dabei bei der Polizei, den Gerichten, Richtern und Staatsanwälten, sowohl personell als auch in der Sachausstattung.

Der rechtliche Status der betroffenen Menschen muss gründlich und wesentlich schneller als heute untersucht und festgestellt werden. Wir denken da in Wochen und Monaten, auf keinen Fall in Jahren.

(Beifall AfD)

Die als notwendig erachtete Einrichtung von Abschiebehaftanstalten – ein auch von uns sehr kritisch betrachteter Bereich – ist die direkte und leider notwendige Folge der Missachtung unserer Rechtsprechung durch Menschen, denen hier nach einem sauberen und sorgfältigen Rechtsverfahren kein Anspruch auf ein Bleiberecht zugesprochen werden konnte.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wenn Urteile nicht mehr durchgesetzt werden, verliert der Rechtsstaat seine Glaubwürdigkeit.

Themengebiet Bildung: Wir stimmen vermutlich darin überein, dass die Situation an unseren Schulen kritisch gesehen werden muss, vor allem an den Grundschulen. Einer der Gründe dürfte die zunehmend heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft in den Klassenzimmern sein.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Privatschulen können sicher in Teilen eine positive Bereicherung darstellen, aber die aktuelle Entwicklung trägt bereits Anzeichen einer Flucht vieler Eltern, die es sich finanziell leisten können, aus dem staatlichen Bildungswesen. Die Gründe dieses Verhaltens und die Folgen müssen sorgfältig hinterfragt werden. Die Zerfaserung des Bildungssystems muss aufgehalten werden.

Zusätzliche Mittel müssen aufgewendet werden für das dreigliedrige Schulsystem, die berufsqualifizierende Ausbildung, die Förderschulen, die notwendig gewordene Unterstützung und Begleitung der Schüler und Lehrer durch mehr Psychologen. Eine auch im internationalen Vergleich gute schulische und berufsbegleitende Ausbildung, eine hervorragende akademische Bildung unserer Menschen sind der beste Garant für den Erhalt des Wohlstands und des sozialen Friedens unseres Landes in einer globalisierten und durch Wettbewerb geprägten Welt.

(Beifall AfD)

Die Investitionen in Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen dieser Priorisierung entsprechen. Die Erfüllung von Genderquoten darf kein bestimmendes Kriterium für die Mittelzuweisung an den Universitäten sein.

(Beifall AfD)

Geschlechtsspezifische Förderung an den Universitäten lehnen wir ab. Die Auswahl, die Unterstützung und Förderung von Studenten muss in Abhängigkeit von Qualifikation, Eignung und Leistung erfolgen.

Innerhalb der AfD-Fraktion pflegen wir eine enge und arbeitsteilige Zusammenarbeit. In diesem Sinne und mit Ihrer Zustimmung, Herr Präsident, übergebe ich jetzt für die weitere Rede an den haushaltspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag, Herrn Erich Heidkamp. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. Wir hatten diese Regel so besprochen, deshalb darf Herr Heidkamp nunmehr weiterreden. – 22:49 Minuten können Sie ausschöpfen.

Erich Heidkamp (AfD):

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren der CDU, die folgenden Sätze sollten Ihnen in den Ohren klingen; denn sie dürften Ihnen bekannt sein:

Ich möchte, dass „Made in Germany“ dafür steht, dass wir, ein Land, das eines der stärksten und wichtigsten in der Welt ist, uns auch um die Welt kümmern. Wir wollen von hier aus Lösungen anbieten, um Probleme auf dieser Welt zu lösen.

Ich will, dass wir in einem Land leben, in dem die Steuerlast reduziert ist und in dem es einfacher ist, die Steuern anzumelden. Ich will, dass wir staatliche Dienstleistungen mit einem Klick auf dem Smartphone haben.

Die Dame ist nicht da.

Ich möchte, dass wir Europameister werden ... insbesondere für das Bauen. Ich habe die Nase voll davon, dass wir immer die Langsamsten in Europa sind. Wir müssen an die Spitze der Genehmigungen kommen. Wir müssen mehr bauen als andere.

(Beifall AfD)

Ich möchte, dass Kinder in den eigenen vier Wänden ihrer Familie aufwachsen können – mehr Kinder in mehr eigenen vier Wänden.

(Beifall AfD)

Ich möchte, dass wir und diejenigen, die nach uns kommen, in zehn Jahren in einem Deutschland leben, das agil ist, das wach ist. Ich möchte, dass wir Wohlstand für alle im Sinne von Ludwig Erhard erreichen – nicht trotz Digitalisierung, sondern mit Digitalisierung.

Ich will, dass wir PISA-Sieger werden.

Ich möchte, dass wir in den nächsten Jahren sagen können: Wir haben in Deutschland ein gemeinsam abgestimmtes Bildungsprogramm, das für jede Altersstufe, vom Kindergarten bis zum Abitur, und für jedes Fach genau festlegt, ...

(Beifall AfD)

Jetzt kommt etwas Nettes:

Ich will meine Sicherheit nicht von anderen Staaten in der Welt abhängig machen. Ich will, dass wir selbst in der Lage sind, uns zu schützen, und deswegen müssen wir da alle Kraft in diesen Bereich hineingeben.

Ich sage Ihnen jetzt, warum ich das Wort „ich“ so oft verwendet habe. Meine lieben Kollegen, diese programmatischen Aussagen stammen nicht von der AfD. Wir könnten uns das aber gut vorstellen. Darüber sollten Sie vielleicht einmal nachdenken. Das sind wörtliche Zitate aus der Rede der Parteivorsitzenden Frau Annegret Kramp-Karrenbauer auf dem 32. Bundesparteitag der CDU. Sie ist immerhin Parteichefin der CDU, Verteidigungsministerin und aussichtsreiche Kanzlerkandidatin, also keine Hinterbänklerin.

Die Rede wurde mir dankenswerterweise schriftlich von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Ich kann Ihnen gerne Auszüge daraus zuschicken.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

In Fortführung der Bemerkungen von Herrn Lambrou zu der ansteigenden Steuerlast und -quote, und um Ihnen die Logik meiner weiteren Ausführungen näherzubringen, bitte ich Sie, sich einen Repräsentanten der privilegierten 10 % der insgesamt 40 Millionen Einkommen- und Lohnsteuerzahler vorzustellen. Ja, von dieser Sorte gibt es 4 Millionen in Deutschland, bei denen der Staat es als richtig erachtet, von jedem zusätzlich verdienten Euro 47,5 % einzubehalten – bei 1.000 € sind das also 475 €. Wenn er dann von den verbleibenden 525 € etwas einkaufen geht, was ja der eigentliche Sinn der Sache ist, fallen noch einmal 19 % oder weitere 100 € an. Es verbleiben ihm von den 1.000 € also nur noch 425 €. Die grausige Einsicht, dass in seinem Einkauf noch einmal Einkommensteuern, Gewerbesteuern, Sozialversicherungsbeiträge, Gebühren und Abgaben aller Art stecken, wird ihn davon abhalten, die Rechnung fortzuführen, um sich seinen Abend nicht zu versauen.

(Beifall AfD)

Frau Faeser, das dürfte Sie interessieren. Sie haben die andere Seite beleuchtet. Ich möchte einmal die Seite der Zahler beleuchten.

Bei dem nächsten Gehaltsgespräch wird dieser Leistungsträger mehr Freizeit anstatt einer weiteren Gehaltserhöhung fordern oder über seine Auswanderung nachdenken.

(Michael Boddenberg (CDU): Wenn jemand auswandert, dann wahrscheinlich wegen Ihnen!)

– Herr Boddenberg, danke schön. – Mit diesen Zahlen vor Augen betrachtete er als neuer Abgeordneter den hessischen Haushalt und nahm an den kursorischen Lesungen teil. Er ist also Teil des Landtags und darf jetzt endlich auch über die von ihm einbehaltenen ca. 70 % des zu versteuernden Anteils seines Einkommens mitbestimmen, soweit die Regierung ihm das als Mitglied einer Oppositionspartei gestattet.

Sie ahnen es: Er ist enttäuscht, ernüchtert. Unser Staat hat den Anspruch, fast drei Viertel seines über diesem Sockelbetrag liegenden Einkommens besser anlegen, verwalten, investieren zu können als er selbst. Bürger, die die Folgen und Konsequenzen des Panaschierens und Kumulierens bei den Wahlen schon nicht so recht nachvollziehen können, sollten sich unbedingt einmal darüber informieren, wie die Verteilungsmechanismen der verschiedenen Haushalte im Bund, in den Ländern, Kommunen und Städten organisiert sind und wie sie wirken.

Nur über eine klare Zuordnung von Ausgaben und eigenen Erlösen im Rahmen jährlich aufgestellter Haushalte sind eine Kontrolle und das Konzept der Verantwortlichkeit möglich. In der Theorie soll das über die Prinzipien der Konnexität und der Subsidiarität sichergestellt werden. In der Realität verwässern Programme wie Länder- und Kommunaler Finanzausgleich, Hessenkasse, „Starke Heimat Hessen“ usw. die Zahlungsströme bis ins Unkenntliche. – Kein Wunder, dass sich die Politiker nicht zu Einsparungen aufraffen mögen. Es besteht ja kein Handlungsdruck.

Ein Champion der undurchsichtigen Umverteilung ist die EU. Das wird Sie sicherlich nicht wundern. Nach Hessen als Teil des ewigen Nettozahlers Deutschland fließen in der Periode 2014 bis 2020 mehr als 2 Milliarden € aus den EU-Fördertöpfen wieder zurück über den teuren Umweg Brüssel. Darunter sind 684 Millionen € mit so flockigen Titeln wie ESF – Europäischer Sozialfonds –, EFRE – Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung –, ELER – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Darunter kann sich kein Wähler in Hessen etwas vorstellen.

Darüber hinaus erhalten die hessischen Bauern jährlich 1,3 Milliarden € aus dem EAGFL – Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft. Es ist ja nicht so, dass wir den Bauern dieses Geld nicht gönnen würden. Warum allerdings seit Jahrzehnten fast die Hälfte des EU-Haushalts hier als Umverteilungsmasse eingesetzt wird, können wir nicht verstehen.

(Beifall AfD)

Wenn es da ein Problem gibt – das Problem sehen wir ja auf unseren Straßen –, dann sollten die Regierungen bitte jetzt einmal anfangen, darüber nachzudenken.

Warum sprechen wir diese Zahlungen an? – Hier wird deutsches, hier wird hessisches Geld umverteilt, ohne auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts aufzutreten. Unsere Bürgermeister pilgern schon regelrecht nach Brüssel, wenn ihnen die eigenen Mittel nicht genügen. Die einzelnen Projekte füllen ganze Ordner, allein für Hessen.

Leider ist es für manche Unternehmer inzwischen erfolgversprechender, einen Spezialisten für die Anträge auf Subventionen aus Brüssel einzustellen, als eigene Produkte zu entwickeln. Nur mit Mutwilligkeit kann man negieren, dass die Europolitik der EZB keine staatsfinanzierte – von z. B. italienischen Steuerschulden zulasten privater deutscher Guthaben – ist.

Die Relevanz einzelner kritischer Haushaltspositionen wird gerne vor dem Hintergrund des Gesamthaushalts von 38 Milliarden € kaschiert. Dies führt leider zu falschen, oft relativierenden Schlussfolgerungen. – Herr Schäfer, wir lassen uns bei den Summen gerne belehren.

(Michael Boddenberg (CDU): Er ist schon hinausgegangen! – Gegenruf Robert Lambrou (AfD): Respektlosigkeit!)

– Es ist schade. Er hätte etwas sagen können.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich verstehe das! Ich war auch kurz draußen!)

– Herr Boddenberg, ich wiederhole es jetzt, danke schön. – Wir lassen uns bei den Summen gerne belehren, aber die Mittel, die jährlich für politische Entscheidungen verbleiben, limitieren sich voraussichtlich auf höchstens 5 bis 6 Milliarden € pro Jahr. Nur dabei entscheiden wir über unsere Zukunft. Der Rest ist schon entschieden und festgelegt.

Da der überwiegende Teil des Haushalts durch Gesetze, abgeschlossene langfristig wirksame Verträge, verpflichtende Zusagen verbindlich festgelegt ist, können wir uns die kursorischen Lesungen und die Haushaltsdebatten zu diesen Positionen eigentlich ersparen.

(Beifall AfD)

Angesichts der immensen Herausforderungen der nächsten 10 bis 15 Jahre, die Herr Lambrou auch schon angesprochen hat, denen wir uns stellen müssen, um international mithalten zu können, sollten wir diese limitierten Mittel sehr überlegt einsetzen. Die Frage ist: Was sind die richtigen Stellschrauben? – Dazu habe ich in den kursorischen Lesungen nichts gehört.

(Beifall AfD)

Wo können wir mit derart bescheidenen Mittel die größte Hebelwirkung in die richtige Richtung entwickeln? – Wir haben im Haushalt 2020 jedenfalls 455 Millionen € identifiziert, welche ganz sicher nicht diesen Anforderungen entsprechen.

(Beifall AfD)

Das ist eine ganz andere Haltung als das, was Herr Bouffier hier angesprochen hat, nämlich dass alle Parteien nur darauf ausgerichtet seien, weitere Ausgaben fordern zu wollen, ohne zu wissen, wie sie das finanzieren können.

(Beifall AfD)

Diese 455 Millionen € entsprechen fast der gesamten Summe in der Haushaltsplanung für die Schuldentilgung in den nächsten fünf Jahren. Das war wirklich nicht sehr ambitiös.

(Beifall AfD)

Wir hätten diese 455 Millionen € 2020 gerne für die Reduzierung der Schulden vorgeschlagen. Auch für wirkliche Investitionen in die Zukunft, insbesondere in die Umkehr der demografischen Entwicklung, wären wir offen.

Es geht leider nicht. Fast der gesamte eigentlich einzusparende Betrag muss leider in die Korrektur von Fehlentwicklungen der Vergangenheit, besonders nach dem Herbst 2015, investiert werden.

(Beifall AfD)

Schwerpunkte sind dabei die Sachausstattung und das Personal des Inneren, der Polizei, der Justiz, der Richter und Staatsanwälte. Nur ein funktionierender Rechtsstaat wird von den Bürgern auf die Dauer akzeptiert.

(Beifall AfD)

Herr Boddenberg, das wird Ihnen jetzt gefallen.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich kann mir nicht vorstellen, dass mir irgendetwas von Ihnen gefällt! – Gegenruf Robert Lambrou (AfD))

Die Alternative für Deutschland ist für die auch für uns als äußerst problematisch, sogar gefährlich zu beurteilenden extremistischen Entwicklungen in Teilbereichen der Gesellschaft nicht verantwortlich zu machen.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja, natürlich haben Sie etwas falsch gemacht!)

– Herr Boddenberg, wir sind erst ein Jahr in diesem Landtag. Bisher wurden alle unsere Anträge abgelehnt.

(Michael Boddenberg (CDU): Zu Recht!)

Wir können also noch nichts falsch gemacht haben.

(Beifall AfD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben alles richtig gemacht!)

– Ja, wunderbar. Das sehe ich an den 70 Milliarden €, die Sie vor sich hertragen.

(Beifall AfD – Fortgesetzte Zurufe Michael Boddenberg (CDU) und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein weiteres heikles Kapitel sind insbesondere die unhaltbaren Zustände an vielen Grundschulen. – Ich weiß es nicht: Lesen Sie Zeitungen? Hören Sie Radio? Gehen Sie auch einmal in die Schulen? – Wenn Sie nur glauben, was hier erzählt wird, ist das nicht die richtige Welt.

(Beifall AfD – Michael Boddenberg (CDU): Sie leben doch in einer Blase!)

– Wenn Sie bei mir von Blasen sprechen, dann sind das weltweite Blasen.

Da ist Hessen weit entfernt vom ersten Platz auf der Pisa-Liste, den Frau Kramp-Karrenbauer für ganz Deutschland einfordert. Das liegt ganz sicher nicht an den hessischen Kindern und Schülern. Die Notwendigkeit der Einstellung von mindestens 641 zusätzlichen Psychologen für Schüler und Lehrer spricht ja wohl Bände. In meiner Zeit gab es das nicht.

(Beifall AfD – Michael Boddenberg (CDU): Das merkt man auch, dass Sie von früher sind! Sie leben in der Vergangenheit, das ist das Problem! Sie leben in der Vergangenheit!)

– Mit 71 Jahren hat man eine gewisse Vergangenheit, Herr Boddenberg, aber auch eine gewisse Erfahrung.

(Beifall AfD)

Zu guter Letzt drei Bemerkungen zu der Fremdbestimmung, der wir uns in Deutschland zunehmend unterwerfen – diese Entwicklungen gehören leider, da wir ihren Folgen hilflos ausgesetzt sind, in diese Haushaltsdebatte –: Unsere international anerkannte, bisher prosperierende deutsche Automobilindustrie und ihre Zulieferer werden durch eine einzige Zahl gefährdet, deren Entstehung und deren Rechtfertigung eher nebulös ist. Sie kommt aber aus Brüssel, und damit ist sie sakrosankt, egal was es kostet – wie so vieles andere. Dieser Wert ist 95 g CO₂ pro Kilometer.

(Beifall AfD)

Das ist mit Verbrennungsmotoren in der Flotte nicht erreichbar. Unterhalten Sie sich einmal mit den Ingenieuren von Volkswagen, Audi, BMW und Mercedes.

(Beifall AfD)

Wäre bei 150 g bis 180 g CO₂ pro Kilometer, wie es in vielen Ländern auf dieser Welt gültig ist, die Welt wirklich untergegangen? Unsere Werke hätten dann aber keine Mitarbeiter entlassen und keine Kurzarbeit beantragen müssen. Wir hätten dann die Mittel, mit denen wirkliche Lösungen hätten gefunden und entwickelt werden können.

(Beifall AfD)

Wir sind dabei, den gleichen Fehler wie bei der Umstellung der Energieproduktion zu machen. Wer könnte etwas dagegen haben, liebe GRÜNE, liebe LINKE, wenn wir unsere Versorgung mit elektrischer Energie ohne jegliche Belastung der Umwelt sicherstellen könnten? Das Problem ist: Diese revolutionäre Technik gibt es nicht.

(Beifall AfD – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

Ich will Ihnen das erzählen. Herr Hofreiter war im Fernsehen. Ein junger Ingenieur sagte: Zurzeit werden 60 % der Elektrizität um 11 Uhr nachts mit Kohle, Gas und Kernbrennstoffen produziert. Wie stellen Sie sich vor, dass das in Zukunft sein wird? – Herr Hofreiter sagte: mit Fotovoltaik. – Um 11 Uhr nachts.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Das können Sie bei „Anne Will“ nachsehen.

Wenn wir bis zum Jahr 2038 – uns bleiben nur noch 18 Jahre – nicht die sauberen Kraftwerke bauen, stehen uns düstere wirtschaftliche, industriepolitische, soziale und politische Entwicklungen bevor, zumal unsere Konkurrenten auf den Weltmärkten und sogar innerhalb der EU unseren Weg nicht gehen werden.

(Beifall AfD)

Wir plädieren dafür, unsere hoch rentablen Kern-, Kohle-, Öl- und Gaskraftwerke, die zu den saubersten und sichersten auf der Welt zählen, weiterlaufen zu lassen und die damit erwirtschafteten Mittel – das ist unternehmerisches Denken, meine Damen und Herren – in die Erforschung und Entwicklung der wunderbaren neuen und sauberen Welt zu investieren. Sollte das bis 2038 trotzdem nicht gelingen, würden wir dann wenigstens nicht im Dunkeln stehen.

(Beifall AfD – Zuruf SPD: Das werden Sie nicht mehr erleben!)

Sehr geehrte Frau Faeser, Sie machen es sich zu leicht.

(Nancy Faeser (SPD) schüttelt den Kopf.)

Am Ende der Verkündung großspuriger Ideen, manchmal auch netter Ideen, kommt immer der fatale Satz: Das muss mit Steuern finanziert werden.

(Nancy Faeser (SPD): Das stimmt nicht!)

Bisher höre ich das eigentlich immer von Frau Merkel. Wenn sie international Erfolge feiert, warte ich immer zwei Tage, bis wir wissen, was es gekostet hat.

(Beifall AfD)

Mir fallen da spontan folgende Schwerpunkte ein: 40 Milliarden € für den Kohleausstieg, 4.000 € bis 5.000 € pro E-Auto, das niemand will, 50.000 € für neue Heizungen, obwohl die alten noch wunderbar funktionieren, milliardenschwerer Ausbau der Ladestationen, Milliarden an Kosten für die Umstellung in Garagen, Tiefgaragen und Tankstellen. Dazu fehlen uns die Beträge. Frau Faeser, wir haben kein Rentenproblem, sondern wir haben ein Problem der zu niedrigen Einkommen.

(Beifall AfD)

Wie sind denn Ihre Ideen und Rezepte dazu?

Drittens. Bei offenen Grenzen, dem weiteren unkontrollierten Zuzug von Millionen Menschen haben das zu harte Frühstücksei von Herrn Erdogan oder die Erregungen einiger korrupter Heißsporne im Nahen Osten oder in Afrika die Folge, dass wir in Deutschland unsere Zukunft gefährden.

(Beifall AfD)

Damit wäre den Menschen, die unbedingt zu uns kommen sollen, nicht geholfen. Wenn die EU es nicht schafft, unsere Grenzen zu schützen, müssen wir es selbst tun.

(Beifall AfD)

Die Rechnungen für die merkelsche Politik sind schon geschrieben. Sie stecken schon in den Umschlägen. Daran können wir in Hessen mit den begrenzten Freiheiten in unserem Haushalt leider nicht mehr viel ändern. Unsere Kinder werden für die gemachten Fehler geradestehen; sie werden zahlen müssen, außer, es finden sich die richtigen Mehrheiten.

(Beifall AfD)

Meine Kollegen werden in den folgenden Tagen im Detail unsere Ideen zu den Einzelplänen darlegen. Sie werden sie natürlich ablehnen.

(Zuruf: Stimmt!)

Wir haben im Haushaltsausschuss guten Ansätzen unsere Stimmen gegeben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Heidkamp. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich ihr Vorsitzender, Matthias Wagner, zu Wort gemeldet.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich lade Sie herzlich ein, zum Landeshaushalt 2020 zurückzukehren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich lade Sie herzlich ein, aus den Antworten von gestern zu den Herausforderungen von heute und den Antworten für morgen zu kommen; denn darum geht es in einer Haushaltsdebatte.

(Zuruf: Richtig!)

Wir beraten den Haushalt 2020, und die Jahreszahl 2020 gibt einen Hinweis darauf: Das ist der erste Haushalt eines neuen Jahrzehnts. Deshalb ist es gut, richtig und notwendig, in einer Haushaltsdebatte auf die Herausforderungen dieses Jahrzehnts zu schauen; denn in den zehn Jahren, die vor uns liegen, werden wir viele wichtige Weichen zu stellen haben: Weichen in Europa, Weichen in Deutschland, aber selbstverständlich auch Weichen in und für unser Bundesland.

In den zehn Jahren wird es darauf ankommen, einen ökologischen Aufbruch zu gestalten. Es muss uns in den Zwanzigerjahren dieses Jahrhunderts gelingen, die ökologischen Herausforderungen dieses Planeten zu lösen. Es muss uns gelingen, da, wo wir Verantwortung tragen, unseren Beitrag dazu auch hier in Hessen zu leisten und mit dem Finger eben nicht immer auf andere zu zeigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es geht darum, in diesen Zwanzigerjahren das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft mit neuem Leben zu erfüllen. Das Versprechen ist die soziale Marktwirtschaft, nicht die Marktwirtschaft und nicht der ungebremste Kapitalismus, sondern eine Gesellschaft in einer Wirtschaftsordnung, in der alle Chancen haben, in der alle mitgenommen werden und in der sich alle entfalten können. Auch hierfür können wir in einem Bundesland eine ganze Menge tun. Darüber werde ich später in meiner Rede sprechen.

Die Herausforderung in den Zwanzigerjahren dieses Jahrhunderts besteht darin, dass sie sich, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt angeht, nicht wie die Zwanzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts entwickeln,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren, dass diese Gesellschaft beieinander bleibt, dass es demokratisch bleibt und dass wir vernünftig miteinander umgehen. Das sind drei der großen Herausforderungen, vor denen wir in diesem Jahrzehnt stehen und derer wir uns in konkreter Politik und in konkreter Gestaltung mit diesem Landeshaushalt annehmen.

Frau Kollegin Faeser, es hat mich ein bisschen gewundert, dass Sie in Ihrer Haushaltsrede sehr wenig über die Perspektiven, über die Visionen für Hessen gesprochen haben. Im Prinzip habe ich gehört, dass Ihre Vision von Hessen nach wie vor der Hessenplan von Georg August Zinn aus den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ist. Ich glaube, das ist ein bisschen zu wenig, Frau Kollegin Faeser.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Zuhören!)

Sie haben in Ihrer Rede viel über Einzelmaßnahmen gesprochen.

(Torsten Warnecke (SPD): Machen Sie ja genauso!)

Ich glaube, es gab keine Interessengruppe, keine Forderung an die Landespolitik, die Sie nicht erwähnt haben und nicht damit beantwortet haben,

(Nancy Faeser (SPD): Jede Menge!)

dass die Sozialdemokratie selbstverständlich mehr Geld bereitstellt und alle Forderungen erfüllt.

(Manfred Pentz (CDU): Wie wahr!)

Frau Kollegin Faeser, wer allen alles verspricht, der verspricht in Wahrheit niemandem etwas. Hier stehen Sie absolut und 1 : 1 in der Tradition Ihres Vorgängers Thorsten Schäfer-Gümbel. Sie haben mit Ihrer Rede da weitergemacht, wo er aufgehört hat. Der Politikansatz ist dadurch aber nicht richtiger geworden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Nancy Faeser (SPD): Jeder so, wie er möchte!)

Es ist schon ein Stück weit bezeichnend, dass eine Regierung und die sie tragenden Fraktionen in der Gestaltung der konkreten Politik genauer sind, präziser sind, Programme haben, auch mehr gestalten können, auch mit der Unterstützung der Ministerien. Das ist nicht ungewöhnlich. Das würde ich einer Opposition niemals vorwerfen. Für die Opposition sehr ungewöhnlich ist es allerdings, dass sie keine langfristige Perspektive hat, keine klareren und präziseren Vorstellungen davon hat, wohin wir unser Land entwickeln wollen. Sie ist in den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts stehen geblieben, will aber nicht die Zwanzigerjahre dieses Jahrhunderts gestalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sie sprechen davon, dieser Haushalt sei ein Schönwetterhaushalt.

(Zuruf SPD: Ja, klar!)

– Jetzt wird auch noch dazwischengerufen: „Ja, klar!“

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Zunächst einmal halte ich fest: Die allermeisten Menschen – vielleicht außerhalb der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Land – finden schönes Wetter gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vielleicht fange ich einmal damit an. Die allermeisten Menschen finden schönes Wetter gut.

(Robert Lambrou (AfD): Sind wir beim Haushalt oder beim Wetterbericht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr Vergleich hinkt jedoch, weil wir das Wetter nicht beeinflussen können. Bei aller Notwendigkeit für die Klimadebatte, aber das Wetter können wir nicht beeinflussen.

(Robert Lambrou (AfD): Der Diplom-Meteorologe sitzt in der AfD-Fraktion!)

Wir können aber die Daten eines Haushalts beeinflussen. Deshalb hinkt Ihr Vergleich zum Schönwetterhaushalt. Wir sind nämlich in dieser guten Haushaltssituation in Hessen aufgrund von harter Arbeit, aufgrund von seriöser Finanzpolitik,

(Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

aufgrund dessen, dass wir nicht allen alles versprechen, sondern das Geld erst dann ausgeben, wenn wir es tatsächlich und auch verlässlich haben. Das ist der Unterschied zwischen der Haushaltspolitik dieser Koalition und der Haushaltspolitik der Opposition, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Um es in Ihrem Bild zu sagen: Schönwetter mit der Koalition, die Leute im Regen stehen lassen mit der Opposition. Noch einmal: Wer allen alles verspricht, verspricht in Wahrheit niemandem etwas.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Nancy Faeser (SPD): Haben wir nicht getan! Das wissen Sie auch! Wir haben Ihnen sogar Finanzierungsvorschläge gemacht!)

Wir freuen uns auch sehr über das große, zwar verdeckt ausgedrückte, aber durchaus vorhandene Kompliment von Ihnen, Frau Kollegin Faeser. Sie haben uns ein großes Kompliment ausgesprochen. Wir haben uns Ihre Haushaltsanträge angeschaut.

(Zuruf SPD: Das glaube ich nicht!)

– Doch, haben wir. Auf der Ausgabenseite wollen Sie 0,1 %,

(Nancy Faeser (SPD): Seid mal froh! Aber wir würden allen alles versprechen!)

also ein Zehntausendstel, unserer Ausgaben ändern. Dann können wir das so schlecht nicht gemacht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, es geht um Klarheit in der Vision bei dem, wohin man will. Es geht um die Herausforderungen. Außerdem geht es darum, im Hier und Heute zu handeln. Genau das tun wir mit diesem Landeshaushalt im Bereich des ökologischen Aufbruchs.

Wir haben uns vorgenommen, in dieser Legislaturperiode 900 Millionen € in den Klimaschutz zu investieren, weil wir nicht auf die anderen warten, weil wir nicht mit dem Finger auf andere zeigen, weil wir nicht sagen: Wenn die Bundesregierung die Klimaschutzziele verfehlt, dann lehnen wir uns zurück. – Nein, dann strengen wir uns hier in Hessen erst richtig an.

(Robert Lambrou (AfD): Sie wollen die Welt retten!)

– Ja, Herr Kollege Lambrou, wir wollen die Welt retten. Wollen Sie das nicht? Wollen Sie die Welt im Elend versinken lassen? Das mag Ihnen vielleicht passen, aber das ist nicht der Ansatz der Mehrheit in diesem Hause.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Unruhe)

Weltretten mit der Koalition, Elend mit Herrn Lambrou. Vielen Dank für diesen Zwischenruf.

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Deshalb investieren wir in die klimaneutrale Landesverwaltung. Deshalb haben wir die Klimaschutzziele weiter verschärft. Außerdem haben wir uns vorgenommen, dass die Nassauische Heimstätte, also die Wohnungsbaugesellschaft des Landes, die Erste bundesweit ist, die klimaneutral arbeitet. Das ist konkretes Handeln für ein großes Ziel, nämlich dafür, den Klimawandel zu bekämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Robert Lambrou (AfD): Das zahlen die Mieter!)

Wir wollen die Vielfalt unserer Natur und der Arten an Pflanzen und an Tieren erhalten.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Biodiversität ist der Begriff. Auch hier handeln wir konkret, und zwar mit dem Programm „100 Wilde Bäche für Hessen“, das mit diesem Haushalt finanziert wird, mit unseren Maßnahmen für den Insektenschutz und mit der Aus-

weitung der Naturwälder. Auch dies ist eine große Idee und konkretes Handeln im Hier und Heute.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, Hessen kann Energiewende. Wir haben es in den vergangenen sechs Jahren geschafft, den Anteil der erneuerbaren Energien zu verdoppeln und um fast 25 % des Stromverbrauchs zu steigern.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Und wer zahlt das?)

Die installierte Leistung an Windkraft ist in Hessen in den vergangenen sechs Jahren um 90 % gestiegen. Die Zahl der Anlagen hat sich fast verdoppelt. Hessen kann Energiewende, aber der Bund muss uns auch endlich wieder lassen, und auch daran arbeiten wir, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Hessen gehört zur Spitzengruppe beim ökologischen Landbau. Auch hierfür schaffen wir mit diesem Haushalt weitere Voraussetzungen.

(Robert Lambrou (AfD): Es ist ein grüner Haushalt, kein schwarz-grüner Haushalt!)

Angesichts der aktuellen Debatten ist es besonders wichtig, dass wir diese Politik gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern verfolgen, aber nicht gegen sie, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – René Rock (Freie Demokraten): Das merken sie aber nicht! – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das ist ja ein Witz!)

Frau Faeser, Sie haben die Verkehrspolitik angesprochen. Ich darf Sie daran erinnern: Hessen ist das Bundesland der günstigen Flattratetickets für Busse und Bahnen. Das hat uns bislang niemand in der gesamten Bundesrepublik nachgemacht. Wir sind das Land der günstigen Flattratetickets für Busse und Bahnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Das ist nur ein Beispiel für die Verkehrswende, die in Hessen ganz konkret stattfindet, Frau Kollegin Faeser. Wir kümmern uns um die Verkehrsprojekte. Sie haben gefragt, was denn ganz konkret passiert. Gateway Gardens ist eröffnet worden. Über die Regionaltangente West ist über viele Jahre hinweg nur geredet worden. Jetzt endlich befindet sie sich in der konkreten Planung. 24 % zusätzliche Mittel für die hessischen Verkehrsverbände. Der Nordhessische Verkehrsverbund arbeitet an einem Stundentakt im ländlichen Raum. Ausweitung des Angebots im RMV. Schülertickets, Seniorentickets, Landstickets für die Bediensteten. Daran arbeiten wir mit Blick auf die Verkehrswende sehr konkret, Frau Kollegin Faeser.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Darüber hinaus kümmern wir uns um die soziale Erneuerung in unserem Land. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie Chancen haben, dass sie ihre Talente entfalten können, dass ihnen aber auch geholfen wird, wenn sie in einer schwierigen Lebenssituation sind.

Deshalb entwickeln wir und bauen wir das hessische Sozialbudget kontinuierlich aus, und zwar erneut mit diesem

Landeshaushalt und ebenso mit allen folgenden Haushalten in dieser Wahlperiode.

Wir kümmern uns um die Gemeinwesenarbeit in sozial schwierigen Stadtteilen, um die Hilfe zu den Menschen zu bringen. Es reicht uns nicht, immer bessere Förderprogramme aufzulegen. Wir wollen mit dieser Gemeinwesenarbeit auch dazu beitragen, dass dies bei den Menschen ankommt und dass den Menschen tatsächlich geholfen wird.

Mit der Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in sozialen Berufen, über die wir diese Woche noch diskutieren werden, schaffen wir einen weiteren Baustein, um die Menschen zu unterstützen, um die Menschen zu fördern, die sich jeden Tag um andere Menschen kümmern; denn diesen Menschen gebühren unser Respekt und unsere besondere Wertschätzung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Nancy Faeser (SPD): Das war ein SPD-Vorschlag!)

Wir bauen die Antidiskriminierungsstelle des Landes und auch die Antidiskriminierungsmaßnahmen weiter aus; denn in Hessen soll jeder so leben können, wie er oder sie es für richtig hält – frei von Anfeindungen, frei von schrägen Blicken, frei von blöden Sprüchen oder gar von Gewalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wenn wir über sozialen Zusammenhalt und über Chancen reden, ist ein Bereich ganz zentral, nämlich die Bildung – Bildung ab den Kitas über die Schule, über die berufliche Ausbildung bis zur Hochschule. Wir haben uns vorgenommen, in dieser Wahlperiode die Ausgaben für Bildung um 700 Millionen € zu steigern. Ich wiederhole – das ist kein zusammengezahlter Wert, kein errechneter Wert über mehrere Jahre –: Unser Ziel ist es, dass am Ende dieser Wahlperiode für die Kitas, für die Schulen und für die Hochschulen 700 Millionen € mehr ausgegeben werden als zu Beginn dieser Wahlperiode.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das ist gut investiertes Geld. Schauen wir uns an, was wir schon im Jahre 2020 an Verbesserungen, beispielsweise für die Kitas, auf den Weg bringen: Wir erhöhen die Grundpauschale für die Träger der Kitas. Wir verbessern die Förderung der Inklusion in den Kitas. Wir verbessern die Förderung für Kitas, die besonders viele sozial benachteiligte Kinder betreuen. Wir bringen eine Fachkräfteoffensive auf den Weg, und wir verbessern die Fachkräfteausbildung. Wir wollen eine stärker dualisierte und auch bezahlte Ausbildung im Bereich der Kinderbetreuung auf den Weg bringen. Wir erhöhen die Personalmindeststandards in unseren Kitas, damit sich mehr Erzieherinnen und Erzieher um eine qualitativ gute Förderung in den Kitas kümmern können.

Wir belassen es aber nicht dabei, sondern bringen als Land noch ein eigenes Investitionsprogramm für unsere Kitas auf den Weg: das Gute-Kita-Paket. Das ist für Hessen gut investiertes Geld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

In den Schulen stellen wir uns selbstverständlich der schwierigen Lage des bundesweiten Mangels an Lehrkräften. Selbstverständlich wird das eine der Herausforderungen für unsere Schulen bleiben. Aber auch hierauf geben wir mit diesem Landeshaushalt Antworten.

Ich möchte, wenn es um die Schulpolitik geht, das Augenmerk auch einmal auf zwei große strukturelle Veränderungen legen, die aus meiner Sicht mindestens genauso bedeutsam sind. Wir haben begonnen, dafür zu sorgen, dass neben den Lehrerinnen und Lehrern, die selbstverständlich unverzichtbar sind, auch Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Förderpädagoginnen und -pädagogen und – in Zukunft mit dem neuen Haushalt verstärkt – Gesundheitskräfte an die Schulen kommen. Wir sorgen dafür, dass Verwaltungskräfte an die Schulen kommen, damit sich die Lehrerinnen und Lehrer auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. An unseren Schulen findet eine strukturelle Veränderung statt, weil wir der Überzeugung sind, dass wir Teams brauchen, dass wir unterschiedliche Berufe, unterschiedliche Kompetenzen brauchen, um alle Schülerinnen und Schüler optimal fördern zu können. Dieser Prozess findet in Hessen statt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Robert Lambrou (AfD): Sie überfordern die Lehrer massiv! – Dr. Frank Grobe (AfD): Das ist Sozialpädagogisierung!)

Bezüglich der Digitalisierung – auch das hat Frau Kollegin Faeser angesprochen – belassen wir es eben nicht dabei, Technik und neue Geräte in die Schulen zu bringen, sondern wir stellen die Frage in den Mittelpunkt: Was kann man mit diesen Geräten pädagogisch machen? – Auch das ist ein Wandel, den wir hier in Hessen aktiv gestalten und der uns in diesem Jahrzehnt beschäftigen wird; denn die Digitalisierung bietet Chancen, die Schülerinnen und Schüler besser zu fördern. Deshalb gilt für uns bei der Digitalisierung nicht die Faszination der Technik, sondern das Primat der Pädagogik: Wie kann die Technik dazu beitragen, Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Für die Hochschulen bringen wir in diesem Jahr den neuen hessischen Hochschulpakt auf den Weg – der Haushalt wird die Grundlage dafür bilden –, mit dem Ziel, die Grundfinanzierung der Hochschulen um 4 % zu steigern – nicht einmalig um 4 %, sondern jedes Jahr um 4 %. Auch das ist ein Weg, ein Statement für Wissenschaft, für Forschung und für Lehre, um das uns andere Bundesländer beneiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir tun das, weil wir wissen, dass wir angesichts der Lehrenden-Studierenden-Relation noch besser werden müssen. Wir tun das, um Forschung und Lehre tatsächlich voranzubringen. Wir machen es aber auch aus einem anderen Grund – und das aus tiefster Überzeugung –: Es sind unsere Hochschulen – das gilt übrigens auch für Kunst und Kultur –, die ein Garant dafür sind, dass das Zeitalter der Fake News, der Engstirnigkeit und der Einfalt in unserem Land nicht ausbricht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Gerade am Bereich Bildung kann man wunderbar zeigen, was die SPD-Opposition fordert und was sie dort tut, wo sie regiert. Nehmen wir den auf Bundesebene proklamierten, von der SPD zu Recht gefeierten Rechtsanspruch auf Betreuung der Grundschulkinder. Die SPD kann sich zu Recht dafür feiern, dass sie diesen Anspruch in den Koalitionsvertrag auf der Bundesebene schreiben ließ; denn das ist eine gute Maßnahme. Nur: Für diese gute Maßnahme ist vom Bund bis heute kein einziger Euro an die Länder ge-

flossen. Jetzt müssen Sie mir eines erklären: Wenn Sie sich auf der Bundesebene zu Recht für die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung der Grundschul Kinder feiern, warum kritisieren Sie dann in Hessen, wenn wir mit dem Pakt für den Ganztags eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschul Kinder umsetzen? Sie fordern, liefern aber nichts, wir hingegen setzen um, aber Sie sagen: Das, was Hessen tut, ist falsch. – Sie müssen mir einmal erklären, wo da die Logik ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das Gleiche geschieht beim Gute-Kita-Gesetz. Das Lob für Frau Giffey von der SPD für ihr Gute-Kita-Gesetz kennt keine Grenzen. Ja, sie hat sich Verdienste erworben; das werden wir nicht infrage stellen. Was ich aber nicht verstehe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion: Wenn Sie das Gute-Kita-Gesetz feiern, das bis 2022 befristet gilt und nur eine Einmalzahlung vorsieht, warum kritisieren Sie uns hier in Hessen, wenn wir dauerhaft Verbesserungen für die Kitas auf den Weg bringen, wenn wir auf die Förderungen aus dem Gute-Kita-Gesetz noch Landesgeld drauflegen

(Nancy Faeser (SPD): Das haben Sie nicht gemacht! Das ist kommunales Geld!)

und wenn wir das auslaufende Bundesprogramm für die Investitionsförderung aus Landesmitteln fortsetzen? Warum ist das Gute-Kita-Gesetz von Frau Giffey richtig, aber das Gute-Kita-Paket, das wir hier in Hessen machen, falsch und unzureichend? – Sie müssten mir einmal erklären, wo da die Logik ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe SPD)

Im Übrigen: Frau Giffey war hier

(Nancy Faeser (SPD): Ja!)

und hat das Gute-Kita-Gesetz gemeinsam mit dem Sozialminister unterschrieben.

(Nancy Faeser (SPD): Ja, und sie hat das Geld mitgebracht!)

Frau Kollegin Faeser, man stelle sich einmal vor, ein Minister oder eine Ministerin dieser Regierung hätte sich bei der Vorstellung so verhalten wie Frau Giffey. Frau Giffey hat als amtierende Bundesministerin vor der versammelten Landespresse auf die Fragen „Wie geht es nach 2022 weiter mit den Bundesmitteln für die Kitas? Gibt es eine Anschlussfinanzierung? Können wir uns in Hessen darauf verlassen, dass weiter Geld fließt?“, geantwortet: Wenn Sie das wollen, müssen Sie SPD wählen.

(Nancy Faeser (SPD): Ich finde, Sie sollten nicht in diesem Stil über diejenigen reden, die Geld für dieses Kita-Gesetz gegeben haben!)

Wir stellen uns einmal vor, das wäre in Hessen passiert. Ich kann förmlich sehen, wie der Kollege Günter Rudolph von seinem Platz aufgesprungen wäre, wie er an dieses Rednerpult gegangen wäre, wie er von der Arroganz der Macht gesprochen und gesagt hätte, dass es so überhaupt nicht geht.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Messen Sie nicht mit unterschiedlichen Maßstäben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Robert Lambrou (AfD): Sind Sie noch beim Haushalt? – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Abg. Wagner, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielleicht gleich. – Einen Satz habe ich noch zur Seriosität.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Robert Lambrou (AfD): Können Sie vielleicht mal zum Haushalt zurückkommen!)

Ich kann auch gern noch einmal über die Arroganz reden, wenn Sie das wollen. Ich kann das gern noch einmal machen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Robert Lambrou (AfD): Ist das noch eine Haushaltsdebatte?)

Ich möchte noch etwas zu den Haushaltsvorschlägen der SPD und zur Seriosität derselben sagen; denn wir haben sie sehr genau gelesen. Zu den Vorschlägen der SPD zur Kinderbetreuung: Ich habe eben darüber gesprochen, wie es bei der Kinderbetreuung aussieht, wenn die SPD im Bund regiert: befristete Gelder, unklare Zukunftsperspektive und arrogante Äußerungen der Bundesministerin.

(Nancy Faeser (SPD): Wir geben wenigstens Geld im Vergleich zum Land Hessen! Das muss man einmal sagen: Sie nehmen kommunales Geld dafür und keinen einzigen Cent Landesgeld!)

Aber die Vorschläge in dem Antrag, den Sie hier zur Kinderbetreuung eingebracht haben, kosten 196 Millionen €. Ihre Vorschläge zur Kinderbetreuung verursachen Kosten in Höhe von 196 Millionen €.

(Nancy Faeser (SPD): Keinen einzigen Cent geben Sie!)

Dann liest man sich die Begründung des Antrags durch. Dort steht, dass diese 196 Millionen € nur für vier Monate vorgesehen sind. Das lasse ich jetzt einmal so stehen; denn Sie sagen, Sie wollen das im Haushalt 2020 nur für das neue Kindergartenjahr nehmen. So weit bin ich einverstanden. Aber zur Wahrheit gehört dazu, dass das, was Sie hier fordern und von dem Sie den Eindruck erwecken, es sei alles überhaupt kein Problem, in Wahrheit 600 Millionen € jährlich kostet. Dazu schweigen Sie – natürlich aus gutem Grund; denn dann wüssten Sie nicht, wie Sie es finanzieren können. Frau Faeser, einmal mehr gilt: Wer allen alles verspricht, verspricht in Wahrheit niemandem etwas.

(Nancy Faeser (SPD): Tun wir nicht!)

– Da Sie jetzt dazwischenrufen: In der Kinderbetreuung gibt es selbstverständlich Landesgeld.

(Nancy Faeser (SPD): Im neuen Kita-Gesetz sind 100 Millionen € vorgesehen!)

Frau Kollegin Faeser, die Weiterfinanzierung über das Jahr 2022 hinaus – ein uneingelöstes Versprechen von Frau Giffey – finanzieren wir aus Landesgeld.

(Nancy Faeser (SPD): Erst 2022!)

Das vom Bund und von Frau Giffey aufgelegte Investitionsförderprogramm für die Kitas finanzieren wir in Hessen weiter aus Landesgeld.

(Robert Lambrou (AfD): Nein, das ist Steuergeld! Das zahlen die Bürger! – Nancy Faeser (SPD): Im Moment zahlen Sie gar nichts!)

Wenn Sie über die Finanzausstattung der Kommunen reden wollen, machen wir das einmal.

(Nancy Faeser (SPD): Sie haben 2,3 Milliarden € aus dem Kommunalen Finanzausgleich genommen!)

In den letzten zehn Jahren ist der Kommunale Finanzausgleich von 3 Milliarden € auf 6 Milliarden € angestiegen – in zehn Jahren eine Verdoppelung des Kommunalen Finanzausgleichs.

(Nancy Faeser (SPD): Ja, wegen hoher Steuereinnahmen!)

In den vergangenen Jahren haben wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen und durch die Landespolitik die Kommunen von den Altschulden entlastet. Wir haben sie von den Kassenkrediten entlastet, und wir haben milliarden-schwere Investitionsprogramme auf den Weg gebracht.

(Zuruf Nancy Faeser (SPD): Die Schulden sind doch noch da!)

Natürlich kann man immer noch mehr machen. Aber erzählen Sie bitte nicht, wir würden nichts für die Kommunen tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Wir werden auch bei dem Thema Wohnen unserer sozialen Verantwortung gerecht. Der Ansatz des Großen Frankfurter Bogens ist doch genau richtig.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Da empfehle ich übrigens – da Sie ihn sonst so gern erwähnen, ich auch – ein Gespräch mit dem Frankfurter Oberbürgermeister, der genau das für den richtigen Ansatz hält: dass wir versuchen, die Wohnungsprobleme in unseren Ballungsräumen nicht gegeneinander, sondern miteinander zu lösen.

(Zurufe SPD)

Frau Kollegin Faeser, was ist falsch daran, dass wir mit dem Großen Frankfurter Bogen das Potenzial von 200.000 Wohnungen, die wir im Ballungsraum haben, zu heben versuchen? Was ist daran eigentlich falsch? Wieso müssen Sie auch das wieder kritisieren? Ich begreife es wirklich nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wer „Ballungsraum“ sagt, muss auch „ländlicher Raum“ sagen. Beides gehört zusammen. Wir haben in beiden Teilen des Landes völlig unterschiedliche Voraussetzungen. Auch diese Voraussetzungen im ländlichen Raum wollen wir schaffen.

Wir haben im Haushalt Mittel für das Aktionsprogramm für den ländlichen Raum vorgesehen; denn es geht uns um Folgendes: Wir wollen im ländlichen Raum gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir wollen, dass man sich auch im

ländlichen Raum auf eine funktionierende und lebenswerte Infrastruktur verlassen kann. Wir wollen auch die Spirale, die wir teilweise im ländlichen Raum haben, endlich durchbrechen. Wie geht die Spirale? Das Angebot – die Infrastruktur – im ländlichen Raum nimmt ab. Junge Leute sehen das, empfinden das Leben dort als weniger attraktiv und wandern ab. Die Konsequenz ist: weniger Bevölkerung, noch weniger Infrastruktur.

Genau diese Spirale wollen wir durchbrechen, und genau das werden wir mit dem Aktionsprogramm für den ländlichen Raum angehen: dass man sich im ländlichen Raum darauf verlassen kann, dass es ein Mindestmaß an Infrastruktur und ein Mindestmaß an Daseinsvorsorge gibt, dass der ländliche Raum lebenswert bleibt oder dort, wo er es nicht ist, lebenswert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir kümmern uns auch um die Digitalisierung. Es ist klar, da müssen wir über Technik reden; das tun wir auch. Es ist auch wichtig, Lücken in der Versorgung zu schließen sowie über Mobilfunkmasten und deren Bau zu reden. Wir alle wissen, wo die Fehler gemacht wurden: dass man auf der Bundesebene den Netzbetreibern nur eine Abdeckung von 98 % vorgegeben hat. Alles andere könne der Staat finanzieren. Das ist keine sehr kluge Politik. Es ist im Übrigen auch eine zutiefst föderalfeindliche Politik; denn der Bund erzielt hohe Erlöse bei der Versteigerung der Mobilfunklizenzen, und sie sind umso höher, je weniger Auflagen er den Mobilfunkbetreibern macht. Wir bezahlen dann mit Landesgeld das Beseitigen der weißen Flecken. Wir machen es trotzdem.

Aber es muss bei der Digitalisierung auch um die gesellschaftlichen Fragen gehen. Es muss auch um sicherheitsrelevante und um ethische Fragen der Digitalisierung gehen. Deshalb ist es richtig, dass wir uns all dieser Fragen komplett, umfassend und gebündelt mithilfe einer eigenen Ministerin für diesen Bereich annehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Letzter Bereich: gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ich hätte vor vier bis fünf Jahren nicht gedacht, dass das ein so starkes Thema in Deutschland und also auch in Hessen werden würde. Ich finde, es lohnt sich für uns, innezuhalten und uns zu fragen: Wie weit ist es in Deutschland – und damit auch in Hessen – eigentlich schon gekommen? Beschimpfungen, Drohungen und Gewalt von Rechtsextremen sind an der Tagesordnung. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden bedroht und beschimpft; einige haben schon auf ihr Amt oder auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Wir haben in unserem Bundesland den ersten rechtsextremistisch motivierten Mord an einem Politiker – an unserem Kollegen Walter Lübcke – erleben müssen.

Es war nicht der erste Mord von Rechtsextremen in Deutschland nach dem Krieg. Wir erinnern uns an die NSU-Morde und andere Gewalt- und Mordtaten von Rechtsextremen in unserem Land. Dann haben wir in Halle Ende vergangenen Jahres erlebt – 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz –, dass jemand einen Massenmord an jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern begehen will. Wie weit ist es eigentlich schon gekommen?

Deshalb ist es richtig, dass wir in aller Entschiedenheit diesem Rechtsextremismus entgegentreten, in aller Entschiedenheit mit unseren Sicherheitsbehörden entgegentreten, in

aller Entschiedenheit entgegnetreten, wo immer uns rechts-extreme Äußerungen begegnen,

(Beifall Nancy Faeser (SPD))

in aller Entschiedenheit mit präventiven Maßnahmen entgegnetreten, und in aller Entschiedenheit entgegnetreten, indem wir unsere Demokratie fördern, feiern und hochhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Deshalb haben wir die Mittel für das hessische Landesprogramm für Demokratie und gegen Extremismus gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Opposition in diesem Jahr fast verdoppelt. Deshalb haben wir das Onlinemeldeportal gegen Hass und Hetze auf den Weg gebracht. Deshalb verstärken wir die Anstrengungen unserer Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Meine Damen und Herren, Rechtsextremismus beginnt aber nicht bei der Gewalttat. Rechtsextremismus ist immer auch eine Frage des gesellschaftlichen Nährbodens, auf dem er stattfinden kann. Das schleichende Gift von Populismus, von Egoismus, von Hass und Hetze ist schon sehr weit vorgedrungen in unserer Gesellschaft, und auch das, finde ich, sollten wir uns bewusst machen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden, in Krankenhäusern, selbst von den Rettungsdiensten werden angegriffen. Polizistinnen und Polizisten als diejenigen, die das Gewaltmonopol des Staates für uns alle ausüben, werden angegriffen. Die Debattenkultur verroht nicht nur im Internet, sondern auch real. Es gibt für immer mehr Menschen nur noch schwarz oder weiß, immer nur „ich“ und nicht mehr „wir“, nicht mehr die Suche nach einem Kompromiss, nicht mehr das Verständnis für den anderen, sondern nur noch Egoismus. Auch das ist ein Nährboden, auf dem Rechtsextremismus gedeihen kann; denn aus Gedanken werden Worte, und aus Worten können Taten werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns deshalb alle gemeinsam daran arbeiten, keinen Millimeter nach rechts nachzugeben. Lassen Sie uns überall – hier im Hessischen Landtag, im Sportverein, beim Feierabendbier, im Gespräch in den Familien, einfach überall – Hass und Hetze im Anfang entgegnetreten. Lassen Sie uns die Gesellschaft vertreten, für die wir in Hessen und Deutschland stehen. Das ist eine Gesellschaft, die sich durch Freundlichkeit und Mitgefühl auszeichnet. Das ist die beste Antwort, die wir den Hetzern und den Populisten entgegenhalten können.

Freundlichkeit und Mitgefühl: Das ist der Beitrag, den wir alle leisten können, hier im Parlament und in der Gesellschaft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Wagner. – Für die Freien Demokraten hat sich ihr Fraktionsvorsitzender René Rock zu Wort gemeldet.

René Rock (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ein Jahr Schwarz-Grün liegt hinter uns, ein Jahr voller Skandalchen und schlimmer Skandale, ein Jahr Skandale im Hessischen Landtag, ein Jahr Skandale in der hessischen Landespolitik. Das ist ein unerhörter Vorgang, und den müssen wir aufklären. Dem wird auch das kommende Jahr dienen. Diese Skandale werden von uns aufgeklärt werden.

(Beifall Freie Demokraten – Michael Boddenberg (CDU): Wovon reden Sie gerade? – Manfred Pentz (CDU): Von was reden Sie?)

Ich bin überrascht über den Wortbeitrag des Kollegen Wagner im Hinblick auf die Aufklärung rechter Umtriebe in unserem Land. Wir wissen seit dem NSU-Untersuchungsausschuss, dass wir in Nordhessen ein strukturelles Problem mit rechter Gewalt und der Verfestigung von rechter Gewalt haben. Das ist im NSU-Untersuchungsausschuss herausgearbeitet worden. Sie als GRÜNE haben sich dort nicht so aktiv an der Aufklärung beteiligt, wie man das nach Ihren Reden hätte glauben können. Wo waren Sie da, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN?

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schüttelt den Kopf.)

Schöne Reden halten und handeln, das sind zwei Welten, und dafür steht diese Landesregierung. Wir werden der Sache nachgehen. Unser Kollege Walter Lübcke ist tot. Der Regierungspräsident in Nordhessen ist tot, und wir werden herausfinden müssen: Hätte man das verhindern können? Wir werden herausfinden müssen: War die Hessische Landesregierung und waren die Sicherheitsapparate tatsächlich gut aufgestellt? Dem werden wir uns nächstes Jahr widmen. Das werden Sie erleben. Dann werden wir sehen, wie Sie sich verhalten.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Manfred Pentz (CDU): Was wollen Sie damit sagen? Jetzt wird es niveaulos!)

Lassen Sie nicht Worte, sondern Taten sprechen. Darauf kommt es an, Herr Wagner. Werden Sie am Ende dem Beschluss zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zustimmen oder nicht? Hier im Hessischen Landtag werden wir sehen, ob Sie zu dem stehen, was Sie hier wohlfeil behauptet haben.

(Beifall Freie Demokraten, Günter Rudolph (SPD) und Jan Schalauske (DIE LINKE) – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überlegen Sie einmal, was Sie gerade gesagt haben! – Manfred Pentz (CDU): Jetzt wird es niveaulos!)

Was war denn der zweite Skandal? Da bin ich wieder bei den Kollegen von den GRÜNEN. Sie haben in 40 Minuten keinen Ton zum Verbraucherschutz in Hessen gesagt. Ist Ihnen das entgangen, Herr Wagner? Haben Sie das nicht festgestellt?

(Beifall Freie Demokraten und AfD)

Drei Tote, von denen wir wissen, und zwei Dutzend Verletzte. Wir haben, obwohl wir es hätten verhindern können, verseuchte Nahrung, Gammelfleisch an Altersheime – das hätten wir verhindern können – zu Menschen geliefert, die dieses Fleisch vielleicht zum letzten Mal gegessen haben.

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

Wir wissen vielleicht nicht einmal, ob sie gesundheitliche Schäden haben oder nicht, weil wir natürlich keinen kompletten Überblick haben. Dazu haben Sie nicht ein Wort gesagt.

(Manfred Pentz (CDU): Jetzt wird es aber!)

Skandalchen und Skandale dieser Landesregierung, ohne dass Sie es wahrnehmen, Herr Wagner.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie wissen doch ganz genau: Diese Verbraucherschutzministerin wäre doch gar nicht mehr im Amt, wenn Sie nicht nur eine einzige Stimme Mehrheit im Parlament hätten. Sonst wäre sie doch längst nicht mehr im Amt. Das ist doch der Grund, warum Sie sie im Amt halten.

(Beifall Freie Demokraten, AfD und Günter Rudolph (SPD))

Von daher: Skandalchen und Skandale. Wenn ich mir die Regierungsbilanz dieses letzten Jahres anschau: Sie haben schon wieder ein Fünftel Ihrer Regierungszeit herum. Ein Jahr ist schon herum. Was haben Sie denn auf den Weg gebracht? Ich erinnere mich an die Debatte hier – das werden wir diese Woche erfahren –: Gibt es bei der IAA einen Fraxit? Haben Sie es endlich geschafft, die IAA aus Hessen zu vertreiben, oder haben wir noch eine Chance, sie mit Steuergeldern und kommunalen Mitteln aus Frankfurt zurückzukaufen? Die IAA hätte Frankfurt nie verlassen, wenn Sie als Landesregierung nicht so eine autofeindliche und IAA-feindliche Politik gemacht hätten. Nie wäre sie gegangen.

(Beifall Freie Demokraten und Dirk Gaw (AfD))

Platz 10 im Bildungsmonitor kann doch nicht der Anspruch Hessens sein. 120.000 km – dreimal um den Erdball – stehen die Hessen jedes Jahr im Stau. Hessens ÖPNV hat, bezogen auf die Pünktlichkeit, die schlechtesten Bewertungen – also, wenn er überhaupt fährt; er fällt oft genug aus. Das ist Ihre Regierungsbilanz. Die können Sie sich einmal anschauen, und da ist Handlungsbedarf, sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und Nancy Faeser (SPD) – Manfred Pentz (CDU): Wo leben Sie eigentlich?)

Mein Lieblingsfan, der Kultusminister, ist nicht da. Diese Aussagen des Kultusministers zur Digitalisierung –

(Nancy Faeser (SPD): Der Hammer, oder?)

– Nein, nein, das ist ja noch viel besser. – Die hessischen Lehrer werden im 21. Jahrhundert bald eine E-Mail-Adresse haben. Eine E-Mail-Adresse.

(Heiterkeit – Beifall Freie Demokraten, SPD, AfD und DIE LINKE)

Für die jungen Menschen ist E-Mail schon von gestern, aber in der hessischen Kultusverwaltung ist sie noch nicht angekommen, und im Verbraucherschutzministerium werden sie nicht gelesen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und DIE LINKE)

Bekommen Sie zunächst die E-Mails in den Griff, bevor Sie über Digitalisierung reden. Das ist nicht lustig gemeint, das ist sehr ernst.

Herr Wagner, ich will Ihnen noch etwas zur Vertrauenskrise sagen. Die GRÜNEN reden dauernd von Vertrauenskrise.

se. Bertelsmann hat uns gesagt, das Zutrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie ist noch hoch, aber es sinkt. Das Problem ist, dass das Zutrauen in die Institutionen der Demokratie massiv abgenommen hat.

Hessen ist Schlusslicht, wenn es darum geht: Haben die Bürgerinnen und Bürger in uns als Hessischer Landtag oder in die Hessische Landesregierung wirklich noch Vertrauen? Wenn ich das hier erlebe, auch wenn ich diese Reden zum Haushalt höre, muss ich sagen: Was sollen Bürgerinnen und Bürger eigentlich noch glauben, wenn sie jeden Tag ins gleiche Funkloch fahren? Jeden Tag fahre ich auf der A 3 in das gleiche Funkloch; das verschwindet nicht. Aber Sie erzählen uns, sie würden verschwinden. Nein, sie verschwinden nicht. Sie sind noch genau da, wo sie waren. Wenn ich im Vogelsberg lebe, habe ich keinen Empfang; und Sie erzählen, das gäbe es nicht. Doch, das gibt es.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Sie haben vor der Wahl 50 Millionen € für ein Funklochprogramm angekündigt. Jetzt stehen noch 600.000 € im Haushalt. Aus den 50 Millionen € wurden für nächstes Jahr 600.000 €, mit denen Sie drei – in Summe: drei – Funkmasten bauen wollen. Das kann man im Haushalt nachlesen. Das ist doch Realsatire und keine Zukunftspolitik, und das erschüttert das Vertrauen.

(Beifall Freie Demokraten, Nancy Faeser (SPD) und Arno Enners (AfD))

Wenn ich den Wirtschaftsminister immer zu Elektromobilität höre, frage ich: Was macht denn die Landesregierung? Sie hat über 2, 3, 4 Millionen € im Haushalt stehen gehabt, um Elektrotankstellen zu fördern. Jetzt stehen noch ein paar Hunderttausend Euro drin. Sie streichen die Mittel für die Infrastruktur der Elektromobilität zusammen, und dann schreiben Sie darunter, das wird Berlin wahrscheinlich schon regeln. Das ist Ihre Art von Politik. Die Kernaufgaben, die Sie sich selbst zugeschrieben haben, erfüllen Sie nicht, im Haushalt nachlesbar. Das sind Fake News, und daran werden Sie sich messen lassen müssen.

(Beifall Freie Demokraten)

Das gilt ganz besonders für die soziale Frage Wohnraum und Wohnungsbau. Da höre ich vom Großen Frankfurter Bogen, da höre ich von Millionen, von Milliarden, und was ich alles höre.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man muss sich auch damit beschäftigen!)

Wenn Sie sich die Baugenehmigungen ansehen, die reale Welt in Hessen, wenn Sie sich einmal an den Fakten in Hessen messen lassen, dann sehen Sie, die Baugenehmigungen stagnieren. Damit lösen Sie das Problem nicht, sondern jeden Tag und jedes Jahr wird das Problem der Wohnungsnachfrage in Hessen schlimmer. Ihre Instrumente greifen nicht. Darüber müssten Sie einmal nachdenken.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Das wäre doch eigentlich genug: Skandale, die wir nächstes Jahr aufarbeiten müssen, schlechtes Regierungshandeln,

(Holger Bellino (CDU): Warum nächstes Jahr?)

die Vertrauenskrise, der Sie Vorschub leisten. Das müsste doch eigentlich genug sein. Aber nein, Sie leisten sich auch noch einen mehr oder minder öffentlichen Machtkampf in

dieser Koalition, wer Koch oder Kellner ist. Öffentlich erklären Sie: „Es ist alles toll bei uns“, aber beim Haushalt kämpfen Sie mit den Ellenbogen um Zuweisungen. Tarek Al-Wazir hat schon einmal auf dem Sessel des Ministerpräsidenten Probe gegessen, ohne jegliches Störgefühl. Das sind doch die Probleme, die Sie intern in Ihrer Regierung haben. Deshalb geht nichts voran: weil Sie sich nicht mehr einig sind und sich darüber streiten, wer das Sagen in dieser Koalition hat. Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall Freie Demokraten)

Aber bevor ich mich jetzt zu sehr aufrege,

(Robert Lambrou (AfD): Zu spät!)

sollten wir einmal sagen: Was könnten wir in Hessen eigentlich besser machen? Was hat Hessen nötig, und was fehlt diesem Haushalt, was er haben müsste? Was ist die Voraussetzung für ein Chancenjahrzehnt in Hessen? Was ist die Voraussetzung dafür, dass wir Hessen voranbringen? Das ist eine wichtige Frage.

Jetzt müssten wir einfach einmal mit dem Klein-Klein aufhören. Lassen Sie uns doch einmal groß denken, lassen Sie uns einmal mutig sein, lassen Sie uns neuen politischen Realismus gegen den Populismus stellen. Lassen Sie uns alle Antipopulisten sein, indem wir eine Politik machen, die der Bürger nachvollziehen kann, die der Bürger als wirksam erlebt und zu der der Bürger sagen kann: „Das finde ich gut“, statt immer Dinge zu versprechen, die dann nicht eintreten. Lassen Sie uns Antipopulisten sein, lassen Sie uns politische Realisten sein. Folgen Sie unserer Idee des Chancenjahrzehnts.

Was ist wichtig für das Chancenjahrzehnt? Die Menschen, die Steuern zahlen, die jeden Tag arbeiten und kaum noch die Zeit zur politischen Partizipation haben, weil sie jede Minute unterwegs sind, damit sie ihr Häuschen abzahlen können, damit sie ihre zwei Kinder gut durchbringen – es ist heute auch nicht mehr so einfach, das alles in der Schule gemanagt zu bekommen –, diese progressive arbeitende Mitte in unserer Gesellschaft, die Steuern zahlt, die sich jeden Morgen auf den Weg macht, die wählen geht, die für die Demokratie und den Rechtsstaat eintritt, diese Menschen müssen wieder in den Fokus unserer Politik kommen. Wir Freie Demokraten wollen die Stimme für diese Menschen sein, damit die progressive Mitte wieder eine Stimme hat, und zwar die der Freien Demokraten.

(Beifall Freie Demokraten)

Natürlich hat Hessen beste Voraussetzungen für ein Chancenjahrzehnt. Wir müssen allerdings ein paar Dinge verändern, wenn ich mir den Haushalt ansehe. Das Wichtigste, um Chancen zu gewinnen, sind Investitionen. Wenn ich mir diesen Haushalt der Landesregierung und die mittelfristige Finanzplanung ansehe, stelle ich fest, wir sind bei 7,5 % Investitionsquote angekommen. 7,5 %, das ist unfassbar wenig. Bayern investiert 15 %, die investieren das Doppelte in die Zukunft ihres Landes wie wir. Das müssen wir ändern. Lassen Sie uns für das Chancenjahrzehnt auf die Fahne schreiben: Wir wollen jedes Jahr mehr investieren, und am Ende der zehn Jahre wollen wir vor Bayern stehen. Wir wollen mehr investieren als Bayern. Wir wollen das Land sein, das am meisten in seine Zukunft investiert. Lassen Sie uns das als Vorgabe für das Chancenjahrzehnt nehmen: mehr Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall Freie Demokraten)

Aber dieses Investitionsverhinderungsprogramm der Landesregierung hat noch einen Pferdefuß. Das ist noch viel schlimmer, als man denkt. Durch den Gammelfleischskandal in Hessen habe ich mich viel mit der Frage der Bewertung von Lebensmitteln, auch mit Foodwatch, auseinandergesetzt. Die haben einen tollen Negativpreis, der heißt „Der Goldene Windbeutel“. Wissen Sie, wofür man von Foodwatch den „Goldenen Windbeutel“ bekommt? Den bekommt man dafür, dass etwas anderes drin ist, als man draußen beschreibt. In der Regel ist viel weniger drin, als man draußen behauptet.

Wenn ich mir diesen Investitionshaushalt anschau, dann ist die Lebenserfahrung der letzten Jahre so gewesen, dass wir 2016 noch 200 Millionen € gar nicht ausgeben konnten. Da lagen von den geringen Investitionen noch 200 Millionen € herum, weil die Landesregierung es nicht geschafft hat, diese 200 Millionen € auszugeben. 2018 waren es schon 400 Millionen €, die man zwar den Menschen versprochen hat, aber die einfach im Haushalt liegen geblieben sind und dann wieder vereinnahmt worden sind. Sie haben noch nicht einmal das ausgegeben, was Sie versprochen haben zu investieren, was unfassbar wenig ist. Der Finanzminister ist leider nicht da, vielleicht sagt es ihm jemand weiter.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Doch!)

– Ah. – Ich würde ihn jedenfalls gern für den „Goldenen Windbeutel“ vorschlagen. Mit diesem Haushalt hätte er bestimmt gute Chancen, zu gewinnen.

(Beifall Freie Demokraten)

Besonders interessant ist natürlich, wenn man sich diesen Haushalt anschaut: Die Einnahmen steigen immer, immer, immer weiter: mehr als 6 % mehr Geld im Haushalt in einem Jahr. Jetzt hat es die Landesregierung doch tatsächlich geschafft, 7 % mehr auszugeben.

(Robert Lambrou (AfD): Wie wird das erst in der Rezession sein?)

Trotz 6 % Wachstum 7 % mehr ausgegeben – wie hat man es finanziert? Man hat in die Rücklage gegriffen und hat es von der Tilgung genommen. Man hat die Schuldentilgung jetzt so reduziert, dass wir über 400 Jahre brauchen würden, um unsere Schulden zu tilgen.

Ich sage Ihnen: Nehmen wir uns doch vor, dass wir die Schuldentilgung wieder auf den alten Stand heben, dass wir jedes Jahr ein bisschen mehr Schulden tilgen. Das wäre doch ein Ansatz, und das wäre gerecht gegenüber den jungen Menschen in unserem Land. Das wäre Teil des Chancenjahrzehnts: jedes Jahr ein bisschen mehr tilgen, statt 400 Jahre die Schulden vor uns herzuschieben. Das wäre doch ein Vorschlag.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Dann fragt man sich natürlich: Wo ist denn das ganze Geld hingeflossen? Diese Landesregierung hat in sechs Jahren im Haushalt dafür gesorgt, dass wir im Stellenplan 15.000 Stellen mehr finden.

(Robert Lambrou (AfD): Hört, hört! Und wie viele davon haben ein Parteibuch?)

In sechs Jahren sind 15.000 Stellen mehr im Stellenplan, davon allein 600 Stellen im ministerialen Bereich, also oben im Wasserkopf. In sechs Jahren 600 Stellen mehr in den Ministerien – das kann doch nicht richtig sein. Es ist

doch nicht zukunftsweisend, wenn man die Verwaltung dermaßen aufstockt. Darum wollen wir, dass genau in diesem Bereich des Wasserkopfs 200 Stellen gestrichen werden. Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht, und das muss uns gelingen für das Chancenjahrzehnt. Wir brauchen mehr Ressourcen, wir brauchen Zukunft. Da können wir uns eine solche Aufblähung der Wasserköpfe in den Ministerien nicht mehr erlauben. Da muss man dagegenhalten.

(Beifall Freie Demokraten, AfD und Nancy Faeser (SPD))

Überlegen Sie einmal: Unsere Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag arbeiten gehen, die womöglich nahe am Spitzensteuersatz sind, werden, wenn man die Mehrwertsteuer mit einrechnet, auf jeden Fall die Hälfte ihres Geldes zum Staat tragen.

(Zuruf AfD: Mehr als die Hälfte!)

Aber diese Menschen möchten auch das können, was unsere Eltern konnten, wenn sie zum Arbeiten gegangen sind: Diese möchten für ihre Familien Eigentum erwerben können. Eine Immobilie ist nicht nur Eigentum, sondern auch soziale Vorsorge. Der beste Schutz vor Altersarmut, den man sich vorstellen kann, ist Eigentum. Warum machen wir es diesen Menschen dann so schwer, Eigentum zu erwerben? Warum machen wir solch eine restriktive Flächenpolitik, sodass die Preise für die Böden so hoch sind, sodass sich das keiner mehr leisten kann? Warum machen wir die Steuerlasten so hoch, dass es sich keiner unserer Bürger mehr leisten kann, Eigentum zu schaffen? – Vielleicht ist dahinter ja eine politische Idee, aber mittlerweile sind in Deutschland weniger Menschen Eigentümer als Mieter. 49 % der Menschen in unserem Land sind Eigentümer. In Spanien und in Italien ist fast jeder Eigentümer.

(Dirk Gaw (AfD): Ja, richtig!)

Bei uns ist das allerdings nicht so, und darum regt sich auch kaum noch einer auf, wenn irgendeiner über „Verstaatlichung“ redet, wie über die tollen Ideen unseres Wirtschaftsministers. Darüber regt sich kaum noch einer auf; denn die Mehrheit in unserem Land hat gar kein Wohneigentum. Und das müssen wir ändern. Wir müssen wieder dafür sorgen, dass sich jeder für sich und seine Familie, die Mitte der Gesellschaft, Wohneigentum leisten kann. Darum muss die Grunderwerbsteuer gesenkt werden. Das ist unser Vorschlag: 150 Millionen € für Eigentum in unserem Land. Das ist unsere Zukunftsvision.

(Beifall Freie Demokraten)

Dann kommen wir natürlich zu dem Thema Wohnungsbau. Es ist klar: Wir brauchen bezahlbare Mieten. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Diesen gewinnen wir aber nicht mit bürokratischer Gängelei; diesen bekommen wir auch nicht mit mehr Auflagen; diesen bekommen wir auch nicht damit hin, dass wir Landesentwicklungspläne beschließen, die die Flächenausweisung im Ballungsraum begrenzen. Das bekommen wir nicht hin, wenn wir die besprochene Förderung an die Kommunen auf den Frankfurter Bogen begrenzen, nicht aber an alle zahlen, die bereit sind, Wohnraum zu schaffen.

Wenn wir die Kommunen damit alleinlassen, dass durch die unterfinanzierte Kinderbetreuung jede Familie, die neu in eine Kommune zieht, eine finanzielle Belastung ist, wenn wir das nicht ändern, dann wird das nie etwas. Wenn Sie an diese Stellschrauben nicht herangehen, wenn Sie

sich nicht von ideologischen Projekten wie dem „Mieten-deckel“, der „Mietpreisbremse“ und der „Fehlbelegungsabgabe“ verabschieden, die nur Bürokratie, aber keine einzige neue Wohnung bringen, wenn Sie nicht stattdessen Wohnungen bauen, damit sich die Menschen wieder Wohnraum leisten können, werden Sie dieses soziale Problem nie lösen können. Wir sind da auf einem ganz anderen Weg: Wir wollen Wohnungen und weniger Bürokratie.

(Beifall Freie Demokraten)

Über Wirtschaftspolitik ist heute wenig geredet worden – sehr wenig, wie ich finde. Wo soll denn künftig der Wohlstand in unserem Lande erwirtschaftet werden? Die Industrie ist zu energieintensiv; diese will man eigentlich gar nicht mehr, die Automobilindustrie schon gar nicht. Woher soll es dann kommen? Vom Flughafen? – Na ja, es wäre schon schön, wenn weniger Flugzeuge flögen. Es gibt in der Landesregierung einige, die sich über jedes Flugzeug freuen, welches nicht fliegt. Aber wo soll es herkommen? Sollen es die Banken bezahlen? Bei einer Finanztransaktionssteuer ist die Landesregierung wahrscheinlich auch im Boot. Es scheint mehr oder minder alles beschlossen zu sein. Wo soll es also herkommen? Wo sollen die Menschen denn arbeiten gehen? Wo sollen sie das Geld für ihre Familien erwirtschaften? Wo sollen denn die guten Jobs sein?

(Dirk Gaw (AfD): Windräder!)

Sollen diese etwa bei den Gründern sein? Wollen wir, dass die Gründer und Start-ups diese Jobs schaffen? – Das wäre super. Das wäre eine tolle Idee. Aber es werden in Deutschland nur 6 Milliarden € pro Jahr für Projekte der Gründer verausgabt. Da sind wir nicht vor Berlin; Berlin ist da ganz vorne. Wir sind aber auch nicht Zweiter. Wir sind auch nicht vor München. Wir sind ganz abgeschlagen. Wir befinden uns hinter Sachsen.

(Günter Rudolph (SPD): Was? Unglaublich!)

– Ja, wir sind beim Thema „Finanzierung der Gründer“ hinter Sachsen.

Sie haben jetzt zwar etwas vorgeschlagen, aber es kommt viel zu spät. Mal schauen, ob es greift, wie Sie es umsetzen. Das werden wir dann alles konkret sehen. Wir brauchen aber natürlich auch so etwas wie „Empathie für Gründungen“. Wir müssen in den Schulen darauf hinweisen, dass das Unternehmergeist etwas Tolles, etwas Kreatives ist, dass man Arbeitsplätze schafft, dass man vielleicht tolle Ideen hat, die nachhaltig sind und unser Land voranbringen.

Wir brauchen einen Gründergeist an unseren Schulen – vielleicht auch Respekt vor dem Scheitern, dass man eine zweite Chance bekommt, dass es normal ist, dass man, wenn man aus der Schule kommt, mal etwas ausprobiert, ohne gleich stigmatisiert zu sein. Wir brauchen in unserem Land einen Gründergeist; und wir brauchen Ideen. Wir brauchen Chancen; diese Ideen müssen auch umgesetzt werden können. Dazu gehört viel mehr als Geld. Dazu gehört auch, dass wir hinter den Menschen stehen, die dies tun. An dieser Stelle sehe ich noch großen Handlungsbedarf.

Ich würde mir ein Land wünschen mit einer Gründermentalität, mit einem klaren Bekenntnis zum Flughafen, mit einer Wasserstoffstrategie für unsere Industrie, mit fairen Wettbewerbschancen für die Automobilindustrie. Das heißt, man könnte auch Tesla hierherholen. Klar, das kann ein Konkurrent sein. Wir wollen aber auch, dass syntheti-

sche Kraftstoffe eine Alternative sind. Darum ist es für unsere Industrie, für die Wirtschaft wichtig, dass wir uns für sie einsetzen – auch dann, wenn keiner mehr für die Wirtschaft spricht, werden wir Liberale dies noch tun –, damit die Menschen zukünftig auch noch Geld verdienen und all die Steuern bezahlen können, die Sie hier mit vollen Händen ausgeben.

(Beifall Freie Demokraten)

Dann kommen wir zum Thema „ländlicher Raum“. Als der Kollege Wagner gesagt hat, er sei an der Seite der Bauern, habe ich meinen Ohren nicht getraut.

(Robert Lambrou (AfD): Wissen die das? – Heiterkeit)

Herr Wagner, das empfinden die Bauern als Drohung. Ich kann Ihnen versprechen, wenn Sie an der Seite der Bauern sind, dann empfinden diese das als Drohung.

(Beifall Freie Demokraten und einzeln SPD – Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich weiß nicht, ob Sie mit diesen Leuten sprechen. Ich sage Ihnen: Das Grüne sind Traktoren. Traktoren sind zwar oftmals grün, aber das sind keine Wahlkampffahrzeuge der GRÜNEN, sondern diese kommen mit Forderungen in Bezug auf Ihre Ideologie. Die Bauern wollen Respekt und einen fairen Umgang. Wenn ich hier für den ländlichen Raum spreche, dann legen Sie einmal Ihre urbane Arroganz ab. Legen Sie ab, nur Politik für den Ballungsraum zu machen. In der Großstadt ist der ÖPNV kostenlos, doch im ländlichen Raum ist es nur die Mitfahrerbank, wo dann wohl die Oma sitzen und darauf warten soll, dass vielleicht irgendwann einer vorbeikommt. Das ist Ihre Politik, nichts anderes.

(Beifall Freie Demokraten und einzeln SPD)

Jetzt könnte ich einmal schauen, was vom 1,2-Milliarden-€-Programm für den ländlichen Raum angekommen ist, das kurz vor der Wahl aufgelegt wurde. Ich würde gern feststellen: Die fühlen sich total gut aufgehoben; da ist richtig viel angekommen. – Schön wäre es. Nein, es ist nichts angekommen. Die Proteste sind nach Ihrem Milliardenprogramm sogar größer, nicht kleiner geworden.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Es muss doch das Ziel sein, dass wir mit der Digitalisierung die Möglichkeit schaffen, sozusagen in einem „urbanen“ Dorf zu leben. Was meine ich mit dem „urbanen“ Dorf? Ich meine damit ein Dorf, in dem es alle wichtigen Möglichkeiten der Bildung und der Versorgung gibt, die ich brauche, um auch im ländlichen Raum gut leben zu können. Lassen Sie uns daher als Zukunftsvision für den ländlichen Raum zwei Dinge festhalten:

Erstens. Für uns muss der ländliche Raum auch Heimat der Zukunft sein. Zweitens. Wir wollen „urbane“ Dörfer fördern, damit es Spaß macht, im ländlichen Raum zu leben. Dort muss es Chancen geben, damit man auch als Familie im ländlichen Raum gut leben kann.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir haben von den Kollegen der GRÜNEN auch etwas zum Thema Klimaschutz gehört. Manchmal wundere ich mich, was für Zahlen Sie hervorzaubern und wie Sie diese statistisch verschwurbeln, sodass statistisch, zumindest aus

Ihrer Sicht, irgendwie ein Plus hinten herauskommt. Die realen Zahlen Ihres eigenen Energieberichts, die Sie im Januar wieder veröffentlicht haben, sprechen jedoch eine ganz andere Sprache. Die „grüne ökologische Erneuerung des Landes Hessen“ – oder wie nennen Sie dies immer? – ist faktisch definitiv gescheitert.

Sie regieren dieses Land seit sechs Jahren, doch der CO₂-Ausstoß ist um 2 Millionen t höher als vor sechs Jahren. Ich gebe Ihnen das einmal mit; damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, was 2 Millionen t sind: 2 Millionen t sind annähernd das, was alle Flugzeuge im Inlandsflugverkehr in Deutschland ausstoßen. Das haben Sie, seitdem Sie regieren, draufgelegt, nichts anderes. Ihre Politik ist krachend gescheitert. Denken Sie endlich um.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Jubelparolen immer bekommen. Sie geben in den nächsten Jahren 900 Millionen € für den Klimaschutz aus. Ich habe Sie gefragt: Können Sie diese Maßnahmen mit dem zu erwartenden CO₂-Einsparpotenzial hinterlegen? Können Sie das? – Nein, Sie können dazu nichts sagen. Sie geben 900 Millionen € für den Klimaschutz aus und können nicht zu einer einzigen Maßnahme sagen, wie viel CO₂ Sie einsparen werden – nicht zu einer einzigen Maßnahme. Das ist doch ein Skandal.

(Beifall Freie Demokraten und Dirk Gaw (AfD))

Ich muss in einer Abteilung in einem Ministerium auf irgendetwas, was ich schon jahrelang haben wollte, doch nur „Klima“ schreiben, dann bekomme ich es offenbar. Aber das hat doch nichts mit Klimaschutz zu tun. Wenn ich mir Ihre 140 Millionen € für den bereits beschlossenen Klimaschutzplan anschau – die haben Sie mit hineingerechnet, damit die Zahl groß wird –: Was haben Sie damit an CO₂ eingespart? Das können Sie auch nicht sagen. Ist das Klimaschutz? Nein, der Großteil des Geldes ist in kostenlose Fahrkarten gegangen, vor der Wahl.

(Zustimmung Nancy Faeser (SPD))

Sie haben nicht Klimaschutz gemacht, Sie haben Wahlgeschenke verteilt und das als Klimaschutz getarnt. Wahlgeschenke, mehr ist es nicht.

(Beifall Freie Demokraten und einzeln SPD)

Im ländlichen Raum kommt es nicht an, und wenn man im Ballungsraum ein bisschen in der Peripherie ist, dann fällt der Zug einmal aus, dann ist er voll oder verspätet. Das ist doch keine realistische Alternative. Im Kernbereich, wo man eine S-Bahn oder eine U-Bahn hat, da bringt es sicherlich etwas. Da haben Sie ein tolles Wahlgeschenk platziert. Das ist Ihnen super gelungen. Da kann man nur sagen: Respekt. Aber mit Klimaschutzpolitik haben diese 140 Millionen € und auch die 900 Millionen € in diesem Haushalt nichts zu tun.

Jetzt gibt es einen neuen Begriff, der auf unserem Neujahrsempfang von Herrn Horx, dem Zukunftsforscher, dargestellt wurde: Es gibt die blaue Ökologie. Die musste man erfinden, damit man ein Gegenbild zu dem ideologisch verschwurbelten grünen Umweltschutz und Klimaschutz bekommt. Denn wenn man etwas für Klimaschutz tun will, aber nicht Ihren ideologischen Ideen folgen will, dann wird man stigmatisiert.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Wir wollen Klimaschutz machen, und wir haben auch gute Ideen. Wir wissen auch, warum der CO₂-Ausstoß in Deutschland jetzt ein bisschen gesenkt worden ist: weil mehr Gaskraftwerke liefen. – Herr Al-Wazir, das wäre doch clever für den Klimaschutz. In Staudinger stehen ein Gaskraftwerk und ein Kohlekraftwerk. Herr Al-Wazir, Sie wissen, welches läuft. Das Kohlekraftwerk läuft, und das Gaskraftwerk ist stillgelegt. Darüber müssten Sie doch einmal nachdenken bei Ihrer Energiebilanz, was Sie an CO₂ einsparen könnten, wenn es andersherum wäre.

(Beifall Freie Demokraten)

Aber ich will es einfacher machen. Was bedeutet blaue Ökologie? Das bedeutet, dass ich innovativ bin, dass ich Forschern vertraue, dass ich investiere. Das bedeutet, um es ein bisschen herunterzubrechen: LED statt Glühbirnenverbot. Das bedeutet Wasserstoff für die Industrie statt Verdrängen nach China. Das bedeutet vielleicht Tesla statt Hass auf Autos und individuelle Mobilität.

(Manfred Pentz (CDU): Schleichwerbung!)

Es gibt Alternativen. Das bedeutet vielleicht synthetischen Treibstoff, statt Motoren zu verbieten. Es gibt Alternativen zu dem, was Sie tun. Denn das, was Sie tun, wirkt einfach nicht.

Darum kann ich nur sagen: Wir müssen mehr für die blaue Ökologie tun, weil dort genau der richtige Weg für den Klimaschutz ist. Von Ihrer Ideologie müssen wir Abstand gewinnen.

(Beifall Freie Demokraten)

Bei dem Thema Klimaschutz muss ich mich jetzt echt zusammenreißen; denn sonst würde ich hier noch mehr Ausführungen machen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte!)

Aber es ist bei Ihnen hoffnungslos. Ich habe es schon so oft gemacht. Sie leben in Ihrer eigenen Welt und sind gar nicht in der Lage, Fakten und Realität anzuerkennen. Sie fordern von anderen immer: Wir müssen über Fakten reden. – Fakt ist, Hessen stößt heute mehr CO₂ aus als vor sechs Jahren. Das ist ein Fakt, den Sie nicht bestreiten können. Wenn Ihre Politik gescheitert ist, dann müssen Sie akzeptieren, dass andere vielleicht auch eine richtige Idee haben, dass sie vielleicht auch recht haben. Selbst im Agora-Bericht Ihrer Parteifreunde war nachzulesen, dass Gas statt Kohle eine super Idee ist. Ich weiß nicht, wie oft ich das hier schon erzählt habe.

Denken Sie einfach einmal um, kommen Sie von Ihrem Windradgedöns herunter, und machen Sie wieder richtig gute Klimapolitik, die auch bezahlbar ist. Denn am Ende werden die Menschen nur so lange mitmachen, wie sie es noch ertragen und tragen können.

Ich kann Ihnen nur raten: Nehmen Sie nicht auf die leichte Schulter, wie groß der Widerstand vor Ort gegen Ihre Politik schon ist.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Ich würde mir auch wünschen, dass wir in Hessen die schönsten und besten Schulen in Deutschland hätten. Eigentlich würde ich mir wünschen, dass wir die schönsten und besten Schulen auf der ganzen Welt hätten.

(Manfred Pentz (CDU): Das haben wir doch! – Gegenrufe Freie Demokraten: Oh!)

Ich will Ihnen sagen: Dorthin haben wir noch einen kleinen Weg. Wenn Sie öfter einmal in einer Schule wären, dann würden Sie sagen: Da ist viel zu tun.

Aber ich möchte bezüglich des Bildungswegs bei der frühkindlichen Bildung anfangen. Ich habe Ihnen an dieser Stelle schon oft erklärt, für wie wichtig ich frühkindliche Bildung halte. Wenn Sie heute im Ballungsraum in eine Kita gehen, müssen Sie keine Statistik lesen, sondern Sie sehen, wie herausfordernd die Arbeit sein kann. Sie sehen, wie hoch der Anteil der Menschen ist, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, und wie groß die Herausforderung ist, diesen Menschen gute Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

(Manfred Pentz (CDU): Herr Rock, Sie hätten auch Lehrer werden können!)

Das ist aus meiner Sicht etwas ganz Wichtiges. Das ist auch nicht zum Lachen. Denn die Kinder in diesem Kindergarten sollen in zwölf Jahren irgendwo studieren, Ingenieur, Polizist oder Facharbeiter sein.

(Manfred Pentz (CDU): Oder Erzieher!)

Aber wie soll das gehen, wenn sie keine fairen Startchancen in unseren Schulen bekommen? Wie soll das funktionieren? Dass wir jetzt Sozialarbeiter in unseren Schulen brauchen, ist doch eher ein Indikator für das, was vorher schiefgelaufen ist, und keine große bildungspolitische Innovation. Das ist vielmehr eine Operation am offenen Herzen. Ich sage nicht, dass wir das nicht brauchen. Aber hätten wir ordentlich in die frühkindliche Bildung investiert, bräuchten wir an unseren weiterführenden Schulen oder den Grundschulen keine Sozialarbeiter. Das ist doch ganz klar.

Daher lassen Sie uns einen großen Fokus auf das Thema frühkindliche Bildung legen. Dort liegt die Zukunft Hessens. Dort sind die größten Zukunftschancen, und dort können sich dieser Landtag und die Gesellschaft am meisten an jungen Menschen vergehen, wenn wir das nicht ernst nehmen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Entscheidend für all das, was wir in den Kitas brauchen, ist, ob wir gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte überhaupt gewinnen können. Darum ist die Fachkraftgewinnung die wichtigste und absolut vorrangigste Aufgabe, wenn ich der frühkindlichen Bildung etwas Gutes tun möchte. Darum ist es natürlich mit der Förderung von 100 Ausbildungsplätzen im dualen System längst nicht getan. Da muss eine intensive Förderung geschehen. Am Ende muss eine Ausbildungsvergütung für alle Erzieherinnen und Erzieher stehen, damit wir mehr Menschen für diesen Beruf gewinnen und diese auch schneller in die Kitas bekommen.

Wenn sie in den Kitas sind, dann müssen die Kitas auch so sein, dass sie dort bleiben und nicht ein Drittel derer aufhört, die die Ausbildung gemacht haben, die gar nicht im Beruf arbeiten, die verschwinden, weil das zu hart für sie ist oder weil sie unzufrieden sind mit den Umständen in der Kita. – Das ist die Herausforderung. Wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher in unserem Land, und da müssen wir investieren. Aber da macht die Landesregierung eindeutig zu wenig. Hier wollen wir einen drauflegen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Beim Thema Schule ist man als Vater immer ein bisschen voreingenommen. Aber bei der Vision des Ministerpräsidenten, wie es in hessischen Schulen aussieht, war ich ein bisschen desorientiert, weil das nichts mit meiner Lebensrealität zu tun hat und auch nichts mit der Lebensrealität an allen hessischen Schulen.

Ich erinnere mich an den Hessentag. Dort waren wir in einer Berufsschule. Als wir aus der Berufsschule herausgelaufen sind, standen dort sechs Overheadprojektoren. Es sind jetzt keine jungen Leute mehr da; die wissen vielleicht gar nicht genau, was das ist: Das sind diese Glühbirnen mit einem Spiegel und einer Plastikfolie, die man drüberleiern kann.

Die standen dort. Ich dachte, sie werden hoffentlich ausgerangiert und verschwinden jetzt irgendwo. Dann habe ich gelesen, dass die Verbände und die IHKs ein Investitionsprogramm für die Berufsschulen fordern, damit sie digitaltauglich gemacht werden. Da habe ich gedacht: Oh, die standen vielleicht nicht zufällig da, sondern sie werden womöglich noch benutzt. Seitdem bin ich ein totaler Fan der Forderung der IHKs und der Handwerkskammern. Natürlich brauchen wir ein Investitionsprogramm für unsere beruflichen Schulen, damit sie auch in der Digitalisierung ankommen. Herr Ministerpräsident, da ist viel zu tun. Da ist bei Weitem nicht alles in Ordnung.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Jetzt kann ich Ihnen sagen, dass die Overheadprojektoren einen verfolgen. Bei der Einschulung saß ich in einem Atrium und fragte mich: Das ist doch kein Overheadprojektor, der in der Mitte steht? – Doch, es war einer. Im 21. Jahrhundert ist in einer hessischen Schule der Overheadprojektor benutzt worden. Da wird eine Folie drübergeleiert.

Ich dachte mir: Na gut, hier in der Aula mag es in Ordnung sein. Wenn es eine Glühbirne ist, dann ist der CO₂-Ausstoß des Gerätes wahrscheinlich auch nicht optimal. Aber es wurde benutzt in der Aula. Ich dachte: Gut, vielleicht sind die technischen Voraussetzungen schlecht. Im Klassenraum wird es schon anders sein.

Dann kam der Elternabend. Ich kam in den Klassenraum, und da stand schon wieder so ein Overheadprojektor. Das erfinde ich nicht, das ist wirklich so. Dort wurde dann auch geleiert. – Ich würde sagen, es ist gut, dass der Bund Hessen jetzt zwingt, in die Schulen zu investieren.

Es ist nicht gut, dass Hessen kein eigenes Geld in die Hand nimmt. Es ist umso besser, dass wir Liberale sagen: Es muss noch viel mehr Geld sein; denn unsere Schulen brauchen dieses Geld, um sich zu modernisieren.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und Jan Schalauske (DIE LINKE))

Es geht um die Kindergärten, die Schulen und die Berufsschulen. Zu den Universitäten hat Herr Wagner auch etwas gesagt. Es ist nicht alles falsch, was die Landesregierung macht. Aber ich will noch einmal eines fragen: Warum machen wir unsere Hochschulen nicht zu den Wissensmarktplätzen der Welt? – Wir wissen alle, dass die Millionäre unter den Chinesen nach Amerika gehen. Dort kostet der Besuch der Universität Geld.

Bei uns kostet der Besuch der Universität kein Geld. Das heißt, die ganzen klugen Menschen auf der Welt, die ehr-

geizig sind und etwas erreichen wollen, aber keine Studiengebühren zahlen können, die könnten wir für uns gewinnen. Wir könnten sie nach Deutschland locken. Wir könnten sie nach Hessen locken. Vielleicht würden sie hierbleiben. Sie könnten dazu beitragen, dass wir die genialsten und tollsten Universitäten hätten. Warum sollten wir nicht wieder einmal einen Nobelpreisträger aus Hessen haben? Das wäre ein Ziel für das Chancenjahrzehnt: einen hessischen Nobelpreisträger an einer hessischen Hochschule. Das wäre doch ein toller Ansatz.

(Beifall Freie Demokraten – Manfred Pentz (CDU): Das können wir gleich beschließen!)

– Lieber Kollege, das ist nicht wie im Sozialismus. So etwas kann man im Parlament nicht beschließen. Im Sozialismus haben sie Wachstumsraten im Parlament beschlossen. Das hat nicht geklappt. Vielmehr muss man dafür etwas tun. Man muss den Menschen ein Angebot machen. Dann werden sie gerne nach Deutschland kommen. Möglicherweise bleiben sie hier und würden unsere Gesellschaft bereichern. Das wäre ein guter Ansatz für die Zukunft unseres Landes.

Ich komme zu dem „wunderbaren“ Thema Digitalisierung.

(Robert Lambrou (AfD): Jetzt geht es los!)

Ich habe nur noch 3 Minuten Redezeit. Das muss schnell gehen. Es wird schnell gehen; denn das Digitalisierungsministerium ist bisher zweimal aufgefallen. Zum einen gab es einen kleinen Reiseskandal der Ministerin. Das war ein Miniskandal. Er konnte mit ein paar Hundert Euro ausgebügelt werden. Im Vergleich zu anderen war das überschaubar. Die Ministerin hat ein bisschen herumgedingt und gesagt: Das war doch alles rechtens. – Dann hat die Staatskanzlei gesagt: Jetzt zahlen Sie das Geld, dann ist Ruhe. – Es war also ein kleiner Skandal. Das lässt sich in der Zeitung gut lesen. Damit war sie schon einmal in der Presse.

Das Zweite ist natürlich die Luxusunterbringung des Digitalisierungsministeriums. Wenn Sie einmal in die Räume der Fraktion der Freien Demokraten kommen würden, dann würden Sie sehen, wie eine voll digitalisierte Fraktion arbeitet. Wir haben nur 50 % des normalen Raumbedarfs. Wir haben nämlich keine feste Arbeitsplatzzuweisung. Bei uns haben der Fraktionsvorsitzende und die Abgeordneten keine festen Büros. Sie teilen sie sich mit den Mitarbeitern, die übrigens viel häufiger als wir da sind. Schon reicht bei einer modernen Verwaltung die Hälfte des Raums. Damit kann man eine Menge Geld bei der Miete sparen.

Sie legen aber richtig oben noch etwas drauf. Das ist ein „toller“ Weg. Ich glaube, Sie sind als Digitalisierungsministerium dabei, in Hessen Geschichte zu schreiben, aber nur mit Skandalen und Skandalchen und nicht mit Errungenschaften und Fortschritten.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir bräuchten eine Open-Source- und eine Open-Data-Strategie des Landes und eine Zentralisierung des Onlinezugangsgesetzes. Wir bräuchten die HZD im gesamten Digitalisierungsbereich. In dem Haushalt wird eine Menge Geld sein. Geben Sie den Menschen Gutscheine, damit sie sich einen schnellen Internetanschluss leisten können. Fördern Sie nicht die Konzerne. Fördern Sie die Bürgerinnen und Bürger, die bei der Digitalisierung mitmachen wollen. Das wäre der richtige Weg.

Bringen Sie das Land mit dem vielen Geld voran. Dann können Sie etwas erreichen, dann bekommen Sie von uns Applaus. Wir müssen dann nicht nur an Ihnen herumkritisieren. Denn hinsichtlich des Themas Digitalisierung messen wir das fast so wie beim CO₂-Ausstoß. Momentan liegt der Papierverbrauch der hessischen Ministerien bei 1.800 t.

(Robert Lambrou (AfD): Hört, hört!)

1.800 t, das kostet viele Bäume das Leben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Anfrage produziert auch Papier!)

Wir werden das wieder abfragen. Dann werden wir die Fortschritte des Digitalisierungsministeriums hinsichtlich einer papierlosen Verwaltung sehen. Damit werden wir Sie stellen. Wir werden dann sehen, ob das Ministerium nicht noch ein paar Tonnen Papier obendrauf gelegt hat. Wir würden dementsprechend reagieren und das öffentlich machen. Wir werden sehen, wie effizient dieses Ministerium ist.

Für uns ist klar: Die Demokratie wird durch die Digitalisierung herausgefordert. Die Menschen können genau schauen, was in diesem Land passiert. Sie können ihnen nicht irgendeinen Quatsch erzählen. Sie können mit einem YouTube-Video schauen, ob da ein Funkmast steht. Sie können schauen, ob die Versprechungen eingehalten wurden.

Trump kann nicht sagen: Am Amazonas brennt es nicht so stark. – Die Leute können sehen, dass es brennt. Sie können auch sehen, dass es in Australien gebrannt hat. Sie können auch sehen, ob es bei ihnen vorangeht oder nicht. Deshalb ist die Digitalisierung für die Bürger ein riesiges Transparenzangebot. Wir müssen als Politik eine Antwort darauf finden. Die CDU ist schon einmal in die Falle getappt. Es gab von Rezo das Video „Die Zerstörung der CDU“. Sie haben mit dem Einsatz der Faxgeräte reagiert. Wenn es die Politik nicht lernt, auf die Digitalisierung, die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger, auf den Wunsch nach Bürgernähe und Transparenz einzugehen, werden die Institutionen unseres Landes noch größere Probleme bekommen.

Daher lautet mein Fazit: Traut den Bürgern mehr zu. Lasst uns das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft erneuern. Lasst uns Leistungsgerechtigkeit wieder als Schlagwort und nicht als Schimpfwort gebrauchen. Wer mehr arbeitet, kann auch ruhig mehr haben. Wer sich einsetzt, soll etwas davon haben. Wir geben genug Geld in die allgemeine Verteilung, damit wir eine gerechte Gesellschaft haben. Leistung muss sich aber lohnen. Der Aufstieg muss möglich sein. Traut den Bürgern etwas zu, das ist das liberale Programm für die progressive Mitte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Boddenberg, zu Wort gemeldet.

Michael Boddenberg (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rock, ich habe mich zu dieser Kurzintervention zu Wort gemeldet, weil Sie heute zum wiederholten Mal einen Sachverhalt dargestellt und Zusammenhänge hergestellt haben, gegen die wir uns schlichtweg verwarren. Sie haben heute gesagt – vor wenigen Tagen haben Sie das in einer Presseerklärung mitgeteilt –, dass diese Landesregierung, die von den Fraktionen der CDU und der GRÜNEN getragen wird, hinsichtlich des Rechtsextremismus nicht hart genug und konsequent vorgegangen sei. Somit wäre der Mord an Walter Lübcke möglich geworden.

Herr Kollege Rock, bei aller Auseinandersetzung, die wir mit aller Härte im Hessischen Landtag seit vielen Jahren pflegen, finde ich, dass Sie mit dieser Aussage, mit der Herstellung dieses Zusammenhangs und mit dem Kontext, den Sie da aufgeschrieben und heute wiederholt haben, die Grenze des parlamentarischen Miteinanders überschritten haben.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Walter Lübcke war mit vielen von uns befreundet. Das gilt natürlich insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, aber auch darüber hinaus. Walter Lübcke war mit dem Ministerpräsidenten befreundet. Er war es mit dem Innenminister, auch mit mir und vielen, die hier sitzen. Wir haben bis heute regelmäßig Kontakt mit seiner Witwe und seiner Familie. Wir werden das auch in Zukunft haben. Die Familie weiß, dass sie sich auf uns verlassen kann.

Ich habe vor wenigen Monaten im Wohnzimmer der Familie Lübcke gesessen und auf die Terrasse geschaut. Ich habe Frau Lübcke gesagt, dass ich befürchte, dass es möglich sein könnte, dass im Hessischen Landtag Stimmen laut werden, die am Ende erklären, dass Walters Parteifreunde für seinen Tod mitverantwortlich sind. Ich gebe zu, ich habe damit durchaus gerechnet. Aber ich habe nicht damit gerechnet, dass das von einem Liberalen dieses Hauses kommt.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Rock, Sie wissen das nicht erst seit dem Mord an Walter Lübcke. Sie wissen das natürlich erst recht nach den Ereignissen des NSU. Ich habe die 700 Seiten des Berichts dieses Untersuchungsausschusses komplett gelesen.

(René Rock (Freie Demokraten): Ich war dabei!)

Andere haben das möglicherweise auch. Bei Ihnen bin ich mir da nicht sicher. Sie wissen, dass wir die Zahl der Köpfe im Verfassungsschutz während unserer Regierungsverantwortung verdoppelt haben. Sie wissen, dass wir das Violence Prevention Network und dass wir dort ganz viele private und zivile, aber natürlich auch von uns unterstützte Initiativen haben. Sie wissen, was wir hinsichtlich der Prävention machen. Sie wissen, dass dieser Innenminister im Bundesrat dafür gesorgt hat, dass es leichter wird, Extremisten zu entwapfen. Ich könnte das Aufzählen der Maßnahmen, die dieser Innenminister, diese Landesregierung und dieser Ministerpräsident gegen rechts unternommen haben, beliebig fortsetzen.

(Manfred Pentz (CDU): So ist es!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Boddenberg, Sie müssen zum Schluss kommen. Das ist eine Kurzintervention.

Michael Boddenberg (CDU):

Das geschah übrigens mit dem Ergebnis, dass Hessen das Bundesland ist, in dem die zweitgeringste Zahl an rechtsmotivierten Straftaten stattfindet. Wir sind auf Platz 2, das ist uns immer noch nicht genug, jede Tat ist eine zu viel.

Aber das, was Sie heute hier getan haben, den Zusammenhang, den Sie hergestellt haben – ich habe es schon einmal „unanständig“ genannt –, ist der FDP, einer hessischen FDP, absolut unwürdig, Herr Kollege.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Zur Erwidmung erteile ich René Rock, dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, das Wort.

René Rock (Freie Demokraten):

Lieber Herr Boddenberg, Sie müssen besser zuhören. Wenn das für Sie eine Übertragungsleistung ist, kann ich nichts dafür, Herr Boddenberg.

(Zurufe)

Aber es ist eindeutig so. Lesen Sie doch einfach den Text meiner Rede durch.

(Manfred Pentz (CDU): Jetzt wird es wirklich unterirdisch! – Weitere Zurufe)

Lesen Sie die Presseerklärung, lesen Sie den Text meiner Rede durch, machen Sie das nur.

(Glockenzeichen)

Ich habe gesagt, wir werden untersuchen, ob es so war. Etwas anderes habe ich nicht gesagt. Wenn Sie hier andere Dinge behaupten, dann lesen Sie die Rede durch, und dann überprüfen wir das gemeinsam.

(Beifall Freie Demokraten – Manfred Pentz (CDU): Sie haben gesagt, Walter Lübcke hätte noch leben können! Das ist unanständig! – Ismail Tipi (CDU): Unterste Schublade! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, als Nächster hat sich Herr Schalauske für DIE LINKE zu Wort gemeldet.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die heutige Debatte zum Landeshaushalt 2020 fällt zeitlich ziemlich genau mit einem Jahr Schwarz-Grün an der Regierung in Hessen zusammen – eigentlich müsste man sagen: mit sechs Jahren Schwarz-Grün an der Regierung in Hessen.

War es in der ersten Amtszeit noch so, dass sich einige Kommentatoren etwas wunderten ob dieser neuen Farbkombination, und wie überraschend geräuschlos diese re-

gieren würde – so hieß es von außen –, so muss man heute feststellen, dass diese Überraschung mittlerweile einer gewissen Ernüchterung gewichen ist – einer Ernüchterung vor allem, wenn man sich die Rolle der GRÜNEN anschaut.

Herr Ministerpräsident, weil Sie es angesprochen haben: Schockiert sind wir als LINKE weniger über das tiefe Bedürfnis der CDU nach Stabilität – von Ihnen haben wir nichts anderes erwartet –,

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Immerhin!)

schockiert sind wir vielmehr über die Bereitschaft der GRÜNEN, für ein Bündnis mit der hessischen CDU einen gewichtigen Teil ihrer Überzeugungen über Bord zu werfen. Das ist allerdings schockierend.

(Beifall DIE LINKE)

Im Übrigen, um noch einmal die Rede des Ministerpräsidenten aufzugreifen: Statt von der weltbesten künstlichen Intelligenz in der Zukunft zu träumen – obwohl wir als LINKE es mit Visionen und Utopien durchaus haben –, fänden wir es deutlich besser, sich einmal mehr damit zu beschäftigen, wie die Lage der Menschen in diesem Land ist. Dafür braucht es keine künstliche Intelligenz, sondern eine ordentliche, eine soziale, eine gerechte und eine ökologischere Politik.

(Beifall DIE LINKE)

Im Wahlkampf vor über einem Jahr hieß es von den GRÜNEN nach fünf Jahren Schwarz-Grün: „So grün war Hessen noch nie“. Zugegeben, die GRÜNEN haben ein respektables Wahlergebnis eingefahren, sie haben gleich zwei Ministerien mehr erhalten, und man sollte meinen, das würde man nun endlich auch an der Landespolitik merken. Leider müssen wir feststellen: Man merkt es nicht wirklich.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von der Bewältigung der drängenden sozialen und ökologischen Probleme in Hessen sind wir nach wie vor meilenweit entfernt. Und über die Lobgesänge, die hier im Hessischen Landtag von den Vertretern der Regierungskoalition immer und immer wieder angestimmt werden, können viele Menschen in Hessen nicht wirklich lachen.

Natürlich, es gibt einige Menschen in Hessen, denen es ganz schön gut geht – z. B. die wachsende Zahl der Einkommensmillionäre. 2016, die letzte Zahl, waren es 1.665 Menschen, die zusammen mehr als 2 Milliarden € im Jahr verdient haben. Dabei stehen diese statistisch noch vergleichsweise gut erfassten Einkommensmillionäre ja nur für einen klitzekleinen Teil des privaten Reichtums. Große Vermögen, wie sie in Hessen zweifelsohne auch zu finden sind, sind an dieser Stelle noch gar nicht erfasst. Das ist die eine Seite, das ist der Teil in Hessen, dem es gut geht.

Die andere Seite: Immer mehr Menschen sind vom Wohlstand abgehängt oder haben Sorge, vom Wohlstand abgehängt zu werden. Viele müssen immer mehr strampeln, um ihren Kopf über Wasser zu halten. Viele Menschen im Land sind arm trotz Arbeit, viele haben Zweitjobs neben Vollzeitjobs, wie letzte Woche auch auf Anfrage der LINKE im Bundestag bekannt wurde.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat erst im Dezember 2019 festgestellt, dass die Armut in Hessen wächst und die Ungleichheit zunimmt. Hessen liegt bei der Armutsquote

mittlerweile über dem Bundesdurchschnitt. Mittelhessen gehört zu den zwölf ärmsten Regionen Deutschlands. Bei der Einkommensreichumsquote hingegen belegt Hessen im Bundesvergleich den zweiten Platz. Gleichzeitig wächst jeder fünfte unter 20-jährige im Land in Armut auf.

(Michael Boddenberg (CDU): Was soll denn das für eine Statistik sein?)

– Lesen Sie die Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

Lassen wir einmal die Zahlen: Es geht um jeden Einzelnen. Jeder Einzelne, der in Armut lebt, der weniger gesellschaftliche Teilhabe am sozialen und am kulturellen Leben hat, der weniger Chancen im Leben hat, ist einer zu viel. So droht, dass sich Armut vererbt und sich Ungleichheit verfestigt.

Wachsende Armut in einem reichen Bundesland wie Hessen ist nicht nur das bittere Ergebnis von 15 Jahren Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, sondern auch von mittlerweile 20 Jahren hessischer CDU und sechs Jahren GRÜNEN an der Landesregierung. Armutsbekämpfung findet bei Schwarz-Grün einfach nicht statt, und das ist ein Armutszeugnis in einem reichen Land wie Hessen.

(Beifall DIE LINKE)

Sie könnten als Landesregierung durchaus etwas tun. Eines der Werkzeuge wäre ein wirksames Vergabegesetz. Öffentliche Aufträge nur noch an diejenigen Unternehmen zu vergeben, die fair zahlen und nachhaltig handeln, das sollte doch eigentlich selbstverständlich sein.

(Beifall DIE LINKE und Bijan Kaffenberger (SPD))

Hier könnte die öffentliche Hand ihre Marktmacht einsetzen und das Leben vieler Menschen direkt und indirekt verbessern, Standards für Menschen und Umwelt nach oben setzen statt in einem Unterbietungswettbewerb immer weiter nach unten. Leider ist das schwarz-grüne Vergabe- und Tariftreuegesetz aus der letzten Legislaturperiode ein zahnloser Tiger: zu weiche Regelungen, praktisch keine Kontrolle. Hier lohnt sich ein Blick nach Berlin: Dort wird der Landesmindestlohn für alle, die im öffentlichen Auftrag arbeiten, auf 12,50 € erhöht. Auch Bremen geht einen solchen Weg, dort profitieren Tausende studentische Hilfskräfte. Die SPD fordert jetzt einen tariflichen Landesmindestlohn von 13 € für Hessen – das freut uns. Vor einiger Zeit wurde ja unsere Forderung nach 12 € Landesmindestlohn noch abgelehnt.

(Torsten Warnecke (SPD): War ja auch zu wenig!)

– Ja, ich schaue noch einmal nach, ob das damals die Begründung gewesen ist. Ich glaube aber, nicht. – Das Problem: im Koalitionsvertrag kein Wort davon. Im Gegenteil, das Vergabegesetz soll mit dem Ziel der Vereinfachung und Beschleunigung von Vergabeverfahren modernisiert werden; das steht dort. Das lässt eben keine Verbesserungen erhoffen, im Gegenteil.

Was wir brauchen, ist ein Vergabegesetz, das richtige Regelungen wie den Mindestlohn enthält. Das können Sie in Hessen umsetzen; Sie brauchen uns nicht zu erzählen, das sei nicht möglich. Sie können sich hier in Hessen ganz konkret für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Umweltschutz einsetzen. Wir fordern Sie auf: Machen Sie das endlich.

(Beifall DIE LINKE und Nancy Faeser (SPD))

Die Themen Armut und Sorgen um die Zukunft hängen auch eng mit der ausgewachsenen Krise auf dem Wohnungsmarkt zusammen. Die Lage wird hier immer angespannter. Menschen machen sich Gedanken, ob sie ihre Wohnung noch halten können, auf wie viel sie dafür verzichten müssen; und wer eine größere Wohnung braucht – etwa bei einer Familiengründung –, der kommt in ernsthaften Probleme.

Eine Kleine Anfrage von uns hat vor Kurzem noch einmal die dramatischen Zahlen ans Licht gebracht: In Fulda z. B. sind die Angebotsmieten in den letzten zehn Jahren um 70 % nach oben geschossen, hessenweit noch fast um die Hälfte. Die Mietbelastungsquote, also das, was Haushalte von ihrem Nettoeinkommen für die Miete aufbringen müssen, liegt im Schnitt bei 28,2 %. Diese dramatische Durchschnittszahl lässt erahnen, dass sehr viele Menschen deutlich mehr als das Drittel bezahlen, das viele Experten für zumutbar halten. Haushalte mit Einkommen unter 900 € müssen im Schnitt sogar fast die Hälfte davon für die Miete ausgeben. Diese Ergebnisse der Kleinen Anfrage zeigen es noch einmal schwarz auf weiß: Die Entwicklungen am Wohnungsmarkt in Hessens Städten ist und bleibt katastrophal.

Der Mietenwahnsinn bedroht die Menschen direkt in ihrem Alltag, führt zur Einschränkung von Lebensqualität, gesellschaftlicher Teilhabe, führt letztlich zu Verdrängung und auch zur Segregation.

Was macht die Landesregierung? Sie steht hilflos an der Seitenlinie und sagt: Wir können ja nicht viel machen. – Dabei ließe sich doch so einiges tun. Nur müsste man Maßnahmen endlich entschlossen angehen, etwa einen echten Mietendeckel, eine Offensive im sozialen Wohnungsbau und ein Verbot von Wohnraumzweckentfremdung. Das wären wirksame Maßnahmen, um die Wohnungsnot in unserem Land zu bekämpfen.

(Beifall DIE LINKE)

Doch unter Schwarz-Grün kommt es bestenfalls zu zaghaften Korrekturen statt zu wirkungsvollen Maßnahmen. Kleine Veränderungen in Sachen Mietpreisbremse, Kappungsgrenze, Kündigungssperrfrist oder Umwandlungsverordnung, aber – gegen die Position vieler Kommunen, Mietervereine, Mieterinitiativen und Gewerkschaften – kein Gesetz gegen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung

(Beifall Nancy Faeser (SPD))

und vor allem keinerlei Initiative für einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild, der als eine echte Verdrängungsbremse wirken könnte. Der Mieterschutz bleibt unter Schwarz-Grün eine riesige Baustelle.

(Beifall DIE LINKE)

Sie verteilen zwar vermeintlich hohe Fördermittel, aber in der Realität kann man die Effekte kaum sehen. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt Jahr für Jahr. 2018 waren es kaum mehr als 80.000 Wohnungen. Das ist kein Wunder, wenn jedes Jahr Tausende Wohnungen aus der Sozialbindung fallen und nicht einmal 1.000 neu gebaut werden.

Auch die Zahl der Studierendenwohnungen hält bestenfalls mit dem Wachstum der Studierendenzahlen mit. Die Versorgungsquote in Hessen liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Es fehlen über 6.000 Wohnheimplätze. Auch hier wird die Landesregierung ihrer Verantwortung überhaupt nicht gerecht.

(Beifall DIE LINKE)

Dann sagen Sie, es gäbe gar keinen relevanten Leerstand. Die Menschen in Hessen wissen es besser. Fragen Sie einmal die Wohnungsämter in Frankfurt und Wiesbaden, Mieterinitiativen oder Ortsbeiräte. Weil Sie nicht gegen den Leerstand vorgehen, nehmen die Menschen es selbst in die Hand, erfassen den Leerstand und engagieren sich in dieser Frage. Bei dem so existenziellen Thema Wohnen kommen von der Landesregierung nur viel heiße Luft, tolle Programme, gewichtige Ankündigungen, faktisch aber bleibt es eine wohnungspolitische Realitätsverweigerung. Sie lassen die Mieterinnen und Mieter im Regen stehen.

(Beifall DIE LINKE – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das ist bei allen anderen Themen genauso!)

„So grün war Hessen noch nie“, hieß es am Wahlabend. Aber schauen wir uns doch einmal die Haushaltspolitik an. Die Haushaltspolitik von Schwarz-Grün ist vor allem eines, nämlich schwarz. Denn was die GRÜNEN der SPD im Bund zu Recht vorwerfen – sie würde dem Fetisch der schwarzen Null hinterherlaufen –, das machen sie in Hessen selbst.

(Torsten Warnecke (SPD): So was sagen die da?)

Das Land hat gegenwärtig eine enorme Einnahmeentwicklung. Die Steuereinnahmen sprudeln, und trotzdem schaffen Sie es nicht, die finanziellen Möglichkeiten zu nutzen, um drängende Probleme anzugehen.

Die Investitionsbremse wird nicht gelöst. Es werden noch immer nicht genug Mittel für bezahlbaren Wohnraum bereitgestellt. Bildung zu einem Recht für alle zu machen – auch da sehen wir keine maßgeblichen Initiativen. Stattdessen sparen Sie dieses Land weiter kaputt. Investitionen in die Energie- und Verkehrswende sind noch deutlich ausbaufähig.

Damit fällt Schwarz-Grün sogar hinter den Bundesverband der Deutschen Industrie, den BDI, zurück, der angesichts der Eintrübung der Konjunktur eine Überprüfung der schwarzen Null einfordert.

Eine Finanzpolitik, die symbolischen Schuldenabbau betreibt, ist – anders, als der Herr Ministerpräsident es vorhin dargestellt hat – weder zukunftssicher noch generationengerecht. Es ist auch wirklich nur symbolisch. Mit Ihren Vorgaben würde es ja lediglich schlappe 400 Jahre dauern, die Schulden des Landes abzutragen. Das Problem ist nur: Heute fehlen die Mittel für notwendige Ausgaben. Das ist alles, aber nicht generationengerecht.

(Manfred Pentz (CDU): Dann lieber noch mehr Schulden machen, wie ihr es fordert!)

– Hören Sie doch auf, das den Menschen zu erzählen, Herr Pentz.

(Beifall DIE LINKE – Manfred Pentz (CDU): Ja, was fordert ihr denn? Einfach nur mehr Schulden!)

– Dazu komme ich noch, keine Sorge. Wir haben immer wieder innovative Vorschläge zur Finanzierung.

(Zuruf Manfred Pentz (CDU))

– Die werde ich Ihnen noch sehr ausführlich darstellen.

(Zuruf: Vermögensteuer!)

Die Politik der schwarzen Null und mangelnde Investitionen verfestigen auch die soziale Ungleichheit in unserem

Land. Gerade ein Land mit so enormen sozialen Unterschieden wie Deutschland bräuchte ein sehr gut ausgestattetes Bildungssystem, welches allen Kindern die gleichen Chancen und Möglichkeiten eröffnet.

Aber wie ist es um das Schulwesen in Hessen bestellt? Wir haben einen eklatanten Lehrermangel. Immer wieder wurde beim Ministerium zum Unterrichtsausfall nachgefragt. Die Antwort war: Es gibt keinen Ausfall. Es werden gar keine Zahlen erhoben. – Das ist nicht nur widersprüchlich, sondern das ist dem Thema Unterrichtsversorgung überhaupt nicht angemessen.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt immer wieder Überlastungsanzeigen von Lehrkräften. Gleichzeitig wurde gerade vor einigen Tagen bekannt, dass jede zehnte Lehrkraft in Hessen befristet arbeitet. Überlastung hier, Befristung da – das passt einfach nicht zusammen. Oder passt es doch zusammen, und es ist ein gewollter Zustand? So geht es nicht weiter.

Immer wieder beklagen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schüler den baulichen Zustand unserer Schulen: Fenster undicht, Deckenplatten runtergefallen, Heizung defekt, Schimmel, hier und da regnet es durchs Dach, und vieles mehr. Vor nicht allzu langer Zeit mussten auch in Hessen sogar Schulen geschlossen werden. Der Investitionsstau bei maroden Schulgebäuden im Land beläuft sich mittlerweile auf mindestens einen hohen dreistelligen Millionenbetrag. Wir sagen: Hier muss das Land die Kommunen unterstützen und endlich ein wirkliches Investitionsprogramm auflegen.

(Beifall DIE LINKE und Nancy Faeser (SPD))

Sie werden einwenden, Schulsanierung sei ja Sache der Kommunen. Das Interessante ist,

(Zuruf Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg,

(Michael Boddenberg (CDU): Wir helfen ein bisschen!)

das Thema „kommunale Selbstverwaltung“ fällt Ihnen immer dann ein, wenn das Land selbst keine oder nur ungenügende Mittel zur Verfügung stellen will. Gerade beim Thema Schulsanierung helfen eben Kleckerprogramme, die überwiegend mit Mitteln des Bundes finanziert wurden, nicht weiter. Der Sanierungsstau in den Schulen, in unseren Kommunen ist auch das Ergebnis einer Politik des Landes, die die Kommunen finanziell kurzhält und sie jahrelang unterfinanziert hat.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das sind die gestiegenen Steuereinnahmen, das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Um Milliarden gestiegen!))

Ansonsten verteilen Sie die Gelder ja auch lieber nach Gutsherrenart, so wie Sie es bei der „Starken Heimat“ gemacht haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf 6 Milliarden € gestiegen!)

Ein partnerschaftlicher Umgang mit Kommunen sieht anders aus, Herr Frömmrich, und eine am Bedarf der Kom-

munen orientierte Finanzierung auch. Aber das werden Ihnen die Kommunalen Spitzenverbände immer wieder sagen, bis Sie es hoffentlich endlich verstanden haben.

(Beifall DIE LINKE)

Dabei ist die kommunale Infrastruktur doch das, was uns alle täglich umgibt: Straßen, Kitas, Kultur-, Sporteinrichtungen. Wenn Kommunen verarmen, dann verarmt auch die Lebensqualität. Das merken die Menschen in ihrem Alltag sofort. Sie interessieren sich nicht für die weltbeste künstliche Intelligenz oder den Fintech-Hub der Landesregierung. Sie wollen ein funktionierendes Schwimmbad oder eine funktionierende Internetverbindung in ihrem Ort, und sie wollen, dass ihnen nicht durch unsoziale Straßenausbaubeiträge in die Tasche gegriffen wird. Das kann ich gut verstehen.

(Beifall DIE LINKE)

Nehmen wir das Beispiel Krankenhäuser: Investitionszuschüsse für hessische Krankenhäuser wachsen langsam und nur auf Kosten der Kommunen. Die Landesregierung ist nicht in der Lage, eine Krankenhausplanung vorzulegen. Kleine und kommunale Krankenhäuser – ich erinnere an die Diskussion um Wolfhagen –, Geburtskliniken, Arztpraxen – meist auf dem Land – werden geschlossen und nicht ersetzt. Was ist die Konsequenz dieser Politik? Personalnotstand in der Pflege, unhaltbare Belastungen ausgerechnet für die Menschen, die sich um uns alle kümmern, und eine schlechte Gesundheitsversorgung auf dem Land. Da bleibt nur ein Fazit: Vorsicht, der schwarz-grüne Investitionsstau gefährdet auch Ihre, unser aller Gesundheit.

(Beifall DIE LINKE)

Die systematische Unterfinanzierung der Kommunen zeigt sich aber leider auch in noch drastischeren Fällen. Der gravierendste ist natürlich das Versagen der Lebensmittelkontrolle im Fall der Wilke-Wurst. Das Land Hessen muss den Kommunen die erforderlichen Mittel bereitstellen, um den Verbraucherschutz zu gewährleisten. Die Landesregierung und die kommunalen Veterinärbehörden müssen gemeinsam sicherstellen, dass die Bereiche der Lebensmittelkontrollen personell und fachlich so aufgestockt werden, dass sie ihre Aufgaben auch vollumfänglich erledigen können. Hier geht es um ureigene staatliche Kontrollaufgaben, hier geht es um die Gesundheit, hier geht es letztlich um Menschenleben. Hier muss mehr getan werden.

(Beifall DIE LINKE und Nancy Faeser (SPD))

Bei allem Streit sind die Hochschulen unzweifelhaft keine kommunale, sondern eine Landesaufgabe. Aber auch im Bereich der Hochschulen liegt weiterhin so einiges im Argen. In Ermangelung einer ausreichenden Grundfinanzierung hangeln sich viele Institute von Projektmitteln zu Projektmitteln. Das hat drastische Folgen für die Lehre und die Forschung: Es gibt keine Planbarkeit, insbesondere gibt es prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau. Sie sind nicht nur eine Randerscheinung, sondern sie sind traurige Realität – auch an hessischen Hochschulen.

Es ist ein Fortschritt, dass Sie dieses Problem im Koalitionsvertrag erkannt haben. Einen Lösungsansatz dafür erkennen wir aber auch in diesem Haushalt nicht.

Tja, dabei könnten wir eigentlich eine starke Forschung und fitten wissenschaftlichen Nachwuchs dringend gebrauchen, etwa im Kampf gegen die Klimakatastrophe. Mitte Dezember 2019 – es ging stark auf Weihnachten zu – be-

merkte die Landesregierung: Huch, die Klimaziele 2020 werden verfehlt. Bis dahin konnte man – so kurz vor Weihnachten – ja vielleicht noch auf ein spontanes Wunder hoffen.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Ja, vom Weihnachtsmann!)

Oder man hätte einmal etwas im Vorfeld machen können. – Das Ziel wurde krachend verfehlt: Nicht einmal 20 % Reduktion des Treibhausgasausstoßes seit 1990 wurden erreicht. Angestrebt waren einmal 30 %. Ob im Land, im Bund oder egal, wie man sich die Bälle zuspielt: Man fragt sich, warum diese Ziele eigentlich gesetzt werden, wenn sie dann schulterzuckend wieder eingezogen werden.

(Beifall DIE LINKE)

Die Zahl ist hier in der Debatte schon genannt worden: Ganze vier neue Windräder sind im ersten Jahr von „Schwarz-Grün 2.0“ in Hessen ans Netz gegangen. Von Schwarz-Gelb hätte man das erwarten können, aber von Schwarz-Grün? Das ist ja praktisch ein Ausbaustopp, und es ist die zweit schlechteste Bilanz aller Flächenländer – nach dem Saarland. Na ja, das kann man nicht allein mit bundespolitischen Rahmenbedingungen begründen. Wie gesagt, unter einer CDU-Regierung wäre das zu erwarten gewesen, aber als Bilanz einer grünen Regierungsbeteiligung ist das doch ziemlich dürftig.

(Beifall DIE LINKE)

Energiepolitisch ist von den einstmaligen ambitionierten Zielen der GRÜNEN kaum etwas übrig geblieben. Da hilft es nicht, vorwurfsvoll auf den Bund zu zeigen. Hessen schöpft seine Möglichkeiten weiterhin nicht aus, z. B. die pachtfreie Überlassung landeseigener Flächen an die Kommunen, um dort Windkraftanlagen zu betreiben. Auch die Hürden in der Landesplanung sind weiterhin zu hoch.

Dann gibt es auch noch CDU-Politiker, bei denen die Beteiligung an einer Demonstration nicht gleich ganz oben auf der Liste der politischen Aktionsformen steht. Diese Politiker finden sich bei diesem Thema aber weiterhin häufig in der ersten Reihe, wenn es darum geht, Windkraftanlagen vor Ort zu verhindern. – Das ist Ihr Koalitionspartner, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN.

(Beifall DIE LINKE)

Wie steht es um den hessischen Klimaschutzplan? Wo stehen wir da? – Seit der hessische Klimaschutzplan 2025 beschlossen wurde, gibt es keine Auskunft darüber, ob und wie diese Maßnahmen überhaupt geeignet sind, die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten. Die Umweltministerin kann oder will die Frage nicht beantworten, wie viele Tonnen CO₂ durch die Maßnahmen in Hessen eingespart wurden, und die Landesregierung behauptet weiter, dass die hessischen Reduktionsziele im Einklang mit den internationalen stünden. Aber es gibt keinerlei Zahlen, auf die sich das stützen könnte. Hier steht uns vermutlich das nächste kleinlauter Reißer einer Latte bevor.

Der Klimaschutzplan war von Anfang an auf das 2-Grad-Ziel ausgelegt; die Maßnahmen wurden nie auf das für viele Menschen überlebensnotwendige 1,5-Grad-Ziel angepasst. Dass es noch immer keine Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen gibt, um gegebenenfalls nachsteuern zu können, ist mit Blick auf die Klimakatastrophe grob fahrlässig.

(Beifall DIE LINKE)

Mit jedem Jahr, das vergeht, braucht es drastischere Maßnahmen, um die Klimaziele noch erreichen zu können. Für jedes hier verlorene Jahr werden wir uns vor kommenden Generationen rechtfertigen müssen, aber nicht für Kreditaufnahmen für Investitionen und für überschuldete Haushalte.

Wirksamer Klimaschutz gelingt nicht ohne eine echte Verkehrswende. Gerade hier in Hessen trägt der Verkehrssektor besonders viel zum CO₂-Ausstoß bei. Mit etwa 38 % ist der Verkehrssektor der größte CO₂-Emittent in Hessen. Klimaschutz wird zwar immer gern mit Windkraftträdern bebildet, und es wird auch darüber diskutiert, aber die Stromerzeugung liegt mit rund 22 % weit hinter dem Verkehrssektor. Der Verkehrssektor ist auch die offene Flanke in all diesen Klimaschutzbemühungen. Während sich beispielsweise im Gebäudebereich oder in der Stromerzeugung vielleicht sogar ein kleiner Trend in die richtige Richtung beobachten lässt, sind die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich seit 1990 nicht gesunken.

Die durch die Verkehrsinfrastruktur versiegelte Fläche steigt von Jahr zu Jahr. 70 % des Energieverbrauchs im Verkehr entfallen auf den Personenverkehr, so sagt es das Umweltbundesamt. Dieser Verbrauch stieg in den letzten 20 Jahren sogar noch an. Das liegt aber nicht am Eisenbahnverkehr, dessen Energieverbrauch sank. Auch der Straßenverkehr blieb in etwa konstant. Aber der Energieverbrauch des Luftverkehrs stieg seit 1995 um 70 %.

Den Konflikt um den Frankfurter Flughafen sitzen die GRÜNEN in der Regierung mittlerweile tatsächlich ziemlich geräuschlos aus – das muss man ihnen ja zugestehen. In der ersten Amtszeit von Schwarz-Grün haben sie mit Placebos nur so um sich geworfen: Lärmverschiebungen – die gerne einmal über Monate hinweg ausgefallen sind –, eine Lärmobergrenze, die ein Limit setzt, das höher liegt als die heutige Belastung und ungefähr so nutzlos ist wie ein Tempolimit von 300 km/h auf der Autobahn. Außerdem haben sie ein löchriges Nachtflugverbot auf den Weg gebracht, das de facto gerade einmal für fünf Stunden halbwegs zuverlässiger Ruhe in der Nacht sorgt.

Derweil hören wir aber immer weniger von den guten Arbeitsplätzen am Flughafen, wegen deren Erhalt man den Flughafen ja unbedingt ausbauen muss. Sie geraten immer weiter unter Druck. Billigflieger wie Ryanair werden von Fraport gezielt angelockt, mitsamt ihren Dumpingmethoden und ihrem schlechten Umgang mit dem Personal. Die Lufthansa verkauft ihr Cateringgeschäft. Bei den Bodenverkehrsdiensten haben es die Beschäftigten hinzunehmen, dass sie mehr oder weniger zur bloßen Verfügungsmasse von Ausschreibungen geworden sind. Was früher einmal die hier so gefeierte „Jobmaschine Flughafen“ genannt wurde, steht heute nur allzu oft für prekäre Beschäftigung und schlechter gewordene Arbeitsbedingungen.

(Beifall DIE LINKE)

Das wird sich nicht ändern, indem immer mehr und noch mehr Flieger landen, auch wenn manche das hier gerne immer wieder erzählen. Nein, Fraport ist immer noch mehrheitlich im öffentlichen Besitz und als öffentliche Verkehrsinfrastruktur vom Land Hessen reguliert. Das heißt, es ist eine Frage des politischen Willens, für gute Arbeitsbedingungen am Frankfurter Flughafen und für die Nachtruhe der lärmgeplagten Menschen zu sorgen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber wenn wir über die Verkehrswende reden, brauchen wir eine klare Prioritätensetzung: Bus, Bahn, Fahrrad und Fußverkehr müssen gestärkt werden. Dafür müssen Auto- und Flugverkehr im Gegenzug Stück für Stück Platz machen und ihre Privilegien abgeben.

Ein Ansatz der Verkehrswende ist ziemlich banal. Die Fahrpreise für die öffentlichen Verkehrsmittel müssen deutlich runter, und zwar aus ökologischen Gründen, um Menschen zum Umstieg vom Auto auf den ÖPNV zu bewegen, vor allem aber aus sozialer Motivation. Mobilität ist nicht weniger als die Voraussetzung für soziale Teilhabe. Mobilität muss für alle Menschen in unserer Gesellschaft gewährleistet werden.

(Beifall DIE LINKE)

In diesem Zusammenhang ist es besser als gar nichts – das richte ich jetzt an die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN –, dass Sie immer mehr Bevölkerungsgruppen privilegieren und in den Genuss vergünstigter oder sogar kostenloser Fahrkarten kommen lassen. Zu den Schülern, Studierenden, Landesbeschäftigten und -beamten, Jobticket-Inhabern und -Inhaberinnen kamen jetzt zum Jahresbeginn 2020 auch noch die Seniorinnen und Senioren.

Das ist gut für diese Gruppen und ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings entstehen durch diese Tickets neue Ungerechtigkeiten. Die Preise für die Otto Normalfahrkartenkäufer, die zum Automaten gehen, weil sie eine Fahrkarte brauchen, stiegen zum Jahreswechsel erneut um 1,5 % – wieder etwas über der allgemeinen Inflationsrate. Diese Ungerechtigkeiten sind nicht mehr lange tragbar.

Deswegen begrüßen wir es grundsätzlich, dass sich Schwarz-Grün im Koalitionsvertrag zu einem „Bürgerticket“ für alle bekannt hat, auch wenn nach wie vor unklar bleibt, was genau das eigentlich sein soll und ob auch das unter Finanzierungsvorbehalt steht, so wie Sie es mit all Ihren Projekten gemacht haben.

Aber ob Bürgerticket, 365-€-Ticket, Unternehmensabgabe, Nulltarif, Flatrateticket – uns ist wichtig, dass diese Sachen sozial ausgestaltet sind und dass sich auch eingefleischte SUV-Fahrerinnen und SUV-Fahrer an der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs beteiligen müssen. Über die Details können wir gerne streiten, der Weg geht in die richtige Richtung, aber nur, wenn er nicht nur angestrebt, sondern wirklich beschritten wird. Auch das zeichnet sich im vorliegenden Haushalt nicht völlig ab.

(Beifall DIE LINKE)

Natürlich braucht es auch einen massiven Ausbau von Bahnstrecken. Diese hat die Politik jahrzehntelang vernachlässigt. Gerade das rasant wachsende Rhein-Main-Gebiet braucht dringend eine erhebliche Kapazitätserweiterung des ÖPNV. Sein Zustand stagniert seit dem Ende der Achtzigerjahre. Die Menschen auf dem Land brauchen erst einmal ein Angebot für den öffentlichen Nahverkehr, das in irgendeiner Form für ihre Mobilitätsbedürfnisse konkurrenzfähig zum Auto ist. Da stehen wir noch am Anfang von allen notwendigen Anstrengungen, um den öffentlichen Nahverkehr auszubauen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich komme zu einem anderen Thema, das eben für eine gewisse Aufregung gesorgt hat. Wenn man sich das Kabinett und die Minister anschaut, die die Politik dieser schwarz-grünen Landesregierung verantworten, sieht man: Es gibt

eine größte Fehlbesetzung. Das ist – jetzt habe ich so viel über die GRÜNEN geschimpft – zweifelsohne ein CDU-Minister. Denn die hessische Innenpolitik kommt unter Innenminister Peter Beuth nicht aus den Negativschlagzeilen:

(Alexander Bauer (CDU): Nie war Hessen sicherer!)

rechte Polizistinnen und Polizisten, NSU und NSU 2.0, der schreckliche Mord am damaligen Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch behördenbekannte Neonazis sowie anhaltende massenhafte Mord- und Bombendrohungen

(Zuruf CDU: Ei, ei, ei!)

durch die extreme Rechte – und ein Innenminister, der die Gefahr und Gewalt von rechts jahrelang heruntergespielt oder sogar verschwiegen hat.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf CDU: Das ist nicht wahr!)

Die Drohbriefe des NSU 2.0 hat er verschwiegen; das wurde wieder nur aus der Presse bekannt, weil Polizisten involviert waren.

(Zuruf: Unfassbar!)

Nichts wurde gelernt aus dem NSU-Komplex – zumindest nicht von diesem Minister.

(Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Durch den schrecklichen Mord an Walter Lübcke, mutmaßlich verübt von zwei dem Geheimdienst bekannten Neonazis, fiel ein ganz neues Schlaglicht auf die Neonaziszene und eine Menge offener Fragen aus dem NSU-Komplex. Etwa die Frage, warum die entsprechende Akte von Stephan Ernst nicht an den NSU-Untersuchungsausschuss geliefert wurde, obwohl unsere Fraktion ausdrücklich nach ihr gefragt hatte, ist immer noch offen – und drängender als selten zuvor.

(Holger Bellino (CDU): Das ist falsch! – Zuruf CDU: Gewaltenteilung!)

Mittlerweile ist völlig klar, dass wir einen neuen Untersuchungsausschuss brauchen – da können Sie sich ärgern, wie Sie wollen –, um all diese Fragen aufzuklären.

(Michael Boddenberg (CDU): Dann werden wir sie stellen! – Weitere Zurufe)

– Da können Sie zeigen, ob Sie auf der Seite der Aufklärung stehen, Herr Boddenberg.

(Beifall DIE LINKE – Michael Boddenberg (CDU): Verfassungsschutzbericht!)

Ich komme zu einem anderen Dauerproblem, das Sie gern ins Feld führen, nämlich zum Inlandsgeheimdienst.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wollen ihn abschaffen! Sie wollen gar nichts wissen!)

– Hören Sie mir zu, und beantworten Sie mir die Frage: Warum bekommt der Geheimdienst jedes Jahr mehr Geld, neue Mitarbeiter und Kompetenzen, fällt aber immer nur durch Versagen im Kampf gegen rechts auf? Das würde mich einmal interessieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und GRÜNEN.

(Beifall DIE LINKE – Michael Boddenberg (CDU): Was maßen Sie sich an, über Versagen zu reden? Was wissen Sie denn schon davon?)

Der Geheimdienst ist nicht Teil der Lösung, sondern er ist Teil des Problems.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen wäre es besser, diese Mittel zu kürzen und sie in gute Polizeiarbeit sowie zivile Präventionsarbeit zu stecken.

Aber da haben Sie anderes zu tun, allen voran dieser Innenminister. Er hat die Präventionsarbeit alles andere als gefördert, sondern er hat Präventionsorganisationen unter Generalverdacht gestellt. Was macht das Innenministerium denn aktuell? In dieser schrecklichen gesellschaftlichen Situation, in der wir alle von rechter Hetze und rechter Gewalt bedroht sind, macht das hessische Innenministerium eine hessenweite Kampagne gegen Linksextremismus – an allen Schulen in einer Situation, in der es reale und massenhaften Bedrohungen durch Antisemitismus und Neonazis gibt.

(Michael Boddenberg (CDU): Scheint ja notwendig zu sein!)

Dass die Prioritäten so gesetzt werden, ist auch Teil des Versagens beim Kampf gegen rechts. Das darf nicht kommentarlos hingenommen werden. Dass sie eine solche Politik mittragen, ist ein völliges Armutszeugnis für die GRÜNEN.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

In diesem Komplex Inneres geht es immer auch um echte Menschen und echte Schicksale, genauso wie im Bereich der Abschiebungen. Abschiebungen ins Bürgerkriegsland Afghanistan finden statt, und auch Kurdinnen und Kurden, die bei uns Schutz gesucht haben, sehen sich von Abschiebungen bedroht. Das ist ein Armutszeugnis in Hessen.

(Zuruf Michael Boddenberg (CDU))

Der aktuelle Gesetzentwurf, die Ausländerbeiräte teilweise abzuschaffen, kommt auch aus dem Innenministerium und ist nur ein weiterer Ausweis der dramatischen Inkompetenz in diesem Bereich. Der Gesetzentwurf ist nichts weniger – so sagen es die vielen Ausländerbeiräte in unserem Land – als eine Entmündigung der in Hessen lebenden Migranten.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Er ist ein Tiefpunkt der Migrationspolitik von Schwarz-Grün und ein weiterer Beleg, wie schwarz die GRÜNEN in Hessen geworden sind.

(Alexander Bauer (CDU): Welche Horrorgeschichten lesen Sie denn?)

Ich komme zum Thema Sport. Da pflegt der Innenminister eine intensive Feindschaft mit einem eigentlich in Hessen sehr beliebten Fußballverein, mit Eintracht Frankfurt.

(Beifall Elisabeth Kula (DIE LINKE) und Nancy Faeser (SPD))

Die Klage eines Fußballfans, der von der Polizei über eine Spielfeldbande gestürzt wurde – das haben wir auch hier diskutiert – und dem dabei gesundheitlich nichts Gutes widerfahren ist, hatte übrigens Erfolg. Das sei im Nachgang der sonstigen Debatte gesagt. Das ist schlimm und peinlich. Ich finde, man muss kein Eintracht-Fan sein – meine Sympathien gelten dem FC St. Pauli –,

(Zurufe: Ui! – Buh! – Weitere Zurufe)

aber man muss sich wünschen, dass die Konfrontation des Innenministers mit dem Verein Eintracht Frankfurt endlich aufhört.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bleibe dabei: Ich finde die falschen Prioritätensetzungen im Innenbereich besonders fahrlässig. Wenn man sich die gesellschaftliche Stimmung anschaut, wenn man sich anschaut, wie Neonazis und wie rechte Hetze unser Land und demokratische Verhältnisse bedrohen, sollte man wirklich zu einer anderen Politik kommen.

Meine Damen und Herren, zurück zum Landeshaushalt: Ausbleibender sozialer Wohnungsbau, überfüllte Bahnen, kaputte Straßen – der rote Faden durch fast alle dieser Themen ist der enorme Investitionsstau im Land Hessen und in den Kommunen. Vielerorts ist das ärgerlich, wie bei maroden Schulen, manchmal lebensgefährlich, bei schlechten Radwegen oder einer unzureichenden Lebensmittelüberwachung.

Statt die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen, hält sich in Hessen das überkommene Dogma von der schwarzen Null; die Debatte hat das auch heute wieder gezeigt. Wir finden, angesichts der Klimakatastrophe, angesichts sanierungsbedürftiger Schulen und angesichts zerbröckelnder Infrastruktur ist das Gerede, das auch hier heute unter anderem vom Ministerpräsidenten vorgebracht wurde, wir sollten unseren Kindern keine Schulden hinterlassen, eine hohle Phrase. Nein.

(Beifall DIE LINKE)

Diese „Geiz ist geil“-Politik, wenn man eigentlich Investitionen brauchte, werden uns unsere Kinder zukünftig vorwerfen.

Wir werden unsere Änderungsvorschläge zum Entwurf des hessischen Landeshaushalts zur dritten Lesung einbringen. Wir werden eine Offensive des Landes für ein sozialeres, ökologischeres und gerechteres Hessen einfordern: mehr Mittel für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, öffentlichen Nahverkehr, Krankenhäuser und Schulen. Nach unseren Vorschlägen soll es soll mehr Geld für die Kinderbetreuung geben und z. B. für ein kostenloses Schulmittagesen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach? – Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr für alle!)

Finanziert – auch darüber wurde heute gestritten – werden sollen die Mehrausgaben über eine gerechtere Steuerpolitik in Form der Wiedereinführung der Vermögensteuer und einer substanzielleren Erbschaftsteuer.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir gar nicht zuständig!)

Wie Sie alle wissen, kämen die Erträge aus der Vermögensteuer den Ländern zugute.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist das Land gar nicht zuständig!)

Mit einer moderaten Besteuerung von Vermögen könnten wir so locker über 2 Milliarden € Mehreinnahmen für den Landeshaushalt ermöglichen – eine große Summe, mit der sich viele unserer Vorschläge finanzieren ließen.

(Beifall DIE LINKE – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür ist der Bund zuständig!)

Das ist eine große Summe, mit der man vieles machen könnte.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Frömmrich, es gab eine Zeit in Deutschland, da waren sich alle außer der LINKEN einig, dass es bloß keine höheren Steuern für Vermögen geben dürfte. Die Zeiten ändern sich aber. Die Fans einer gerechteren Besteuerung werden wieder mehr. Das ist doch ein Grund zur Freude.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir aber nicht hier im Hessischen Landtag zu beschließen!)

Der SPD-Bundesparteitag hat sich für die Wiedererhebung einer Vermögensteuer ausgesprochen. Bei den GRÜNEN steht das sogar im Bundestagswahlprogramm,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie mal!)

auch wenn sie sich hier immer so aufregen und aus Koalitionsrason mit der CDU davon lieber nichts wissen wollen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Hessische Landtag kann das nicht beschließen!)

Engagieren Sie sich doch einmal für Ihre Ziele, und starten Sie eine Bundesratsinitiative für die Vermögensteuer. Das käme dem Land Hessen zugute.

(Beifall DIE LINKE)

Wir jedenfalls wollen auf eine unsinnige Schuldentilgung, auf eine schwarze Null um jeden Preis verzichten zugunsten einer öffentlichen Infrastruktur und besserer Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie noch einmal von vorn angefangen, oder ist das die Zusammenfassung?)

Für diese Politik werden wir Druck machen im Parlament, auf der Straße, auf den Plätzen, im Bündnis mit vielen sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften.

Ich fasse zusammen. Die GRÜNEN sagen: „So grün war Hessen noch nie“. Deshalb müssen wir leider deutlich feststellen: So schwarz wie die GRÜNEN in Hessen waren sie noch nie.

(Beifall DIE LINKE – Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und selbst das werden Sie ablehnen!)

Ich komme zum Schluss. Von einer Vernunfttehe wie zu Beginn kann schon lange keine Rede mehr sein. Die schwarz-grüne Beziehung scheint mir vielmehr eine Liebesheirat gewesen zu sein, eine Partnerschaft, um derentwillen die GRÜNEN ihre Überzeugungen über Bord geworfen haben. Deswegen werden Sie weiter Druck von links bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die linke Vorstellung von Partnerschaft!)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Schalauske. – Für die Fraktion der CDU spricht deren Fraktionsvorsitzender, Herr Michael Boddenberg. Aufgrund der anzurechnenden Kurzintervention hat er 38 Minuten Redezeit.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte nicht um Nachsicht dafür, dass ich jetzt noch ans Rednerpult gehe. Die Reihenfolge der Fraktionen sieht es so vor, dass die Regierungsfraktion der CDU zum Schluss spricht.

Damit habe ich allerdings so ein bisschen das Problem, dass ich natürlich keine Rede vorbereiten kann, weil ich erst einmal abwarten muss, was Kolleginnen und Kollegen hier vortragen. Ich will versuchen, möglichst wenig zu wiederholen. Auf einige wesentliche Punkte dieser Debatte möchte ich aber eingehen.

Ich beginne einmal mit dem, was Herr Schalauske vorhin vorgetragen hat. Herr Schalauske, ich glaube, das Publikum kann davon ausgehen, dass LINKE und CDU in grundsätzlichen Fragen der Haushaltspolitik nie zueinanderkommen werden. Sie haben als LINKE nach wie vor eine Mentalität – man könnte auch von einer Ideologie sprechen –, die das Wort „kostenlos“ in jedem zweiten Satz benötigt. Außerdem kommen Sie immer mit der Antwort: Das machen wir über die Vermögensteuer. – Rot-grüne Regierungen haben bereits vor 15 Jahren erklärt, warum das so ist. Das ist 15 Jahre her. Da haben Sie sich möglicherweise noch gar nicht mit diesen Fragen befasst.

Alles Weitere wollen Sie über die Neuverschuldung lösen. Es gibt auch Teile der Sozialdemokratie, die zu Zeiten einer zinsgünstigen Verschuldung damit liebäugeln. Darüber gibt es auch eine Debatte im Bund – das kann ich hier offen sagen – zwischen Christdemokraten auf der einen und GRÜNEN auf der anderen Seite. Es ist völlig in Ordnung, dass man sich mit dieser Frage auseinandersetzt.

Ich will hier noch einmal sehr deutlich die Beweggründe der Union darlegen, weshalb wir der festen Überzeugung sind, dass die sogenannte Schuldenbremse erforderlich ist, die in Wahrheit gar keine Schuldenbremse ist. Vielmehr macht es diese Schuldenbremse auch möglich, in Krisenzeiten zu intervenieren. Für den Regelfall ist jedoch vorgesehen, dass es keine Neuverschuldung gibt. Ich möchte einmal daran erinnern, was wir vor gut zehn Jahren in diesem Land und in Europa erlebt haben. Viele haben das mittlerweile völlig ausgeblendet. Das ist erst zehn Jahre her. Vor zehn Jahren stand die Welt vor einem Kollaps. Es gab eine Weltwirtschafts- und Finanzkrise und danach einen Vertrauensverlust der öffentlichen Hände, wie es ihn in der Nachkriegsgeschichte kein zweites Mal gegeben hat.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Das lag sicherlich nicht an linker Wirtschaftspolitik!)

Ich erinnere einmal an unsere Mitgliedstaaten in Südeuropa. Ich erinnere an Griechenland, Spanien, Portugal und andere. Diese Staaten finanzieren sich genauso wie wir über Kapitalmärkte. Diese Kapitalmärkte waren schlicht und ergreifend nicht mehr bereit, diese Staaten zu finanzieren.

Ich will es hier nicht zu einem langweiligen theoretisch-abstrakten Vortrag kommen lassen, aber nur einmal sagen:

Ich glaube, dass jeder wissen muss: Wenn gerade die Bundesrepublik Deutschland, wenn gerade eines der stärksten Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland damit beginnen würde – Konjunktiv, Frau Kollegin Nancy Faeser –, diesen Grundsatz aufzuweichen, dann wäre das ein fatales Signal an die Kapitalmärkte und damit auch mit Blick auf die Finanzierung von Staaten auf diesem Globus, insbesondere in Europa.

Ebenso wie der Grund, den der Ministerpräsident heute vorgetragen hat, ist das einer der Gründe – Er hatte das Wort „Mitgift“ ein wenig entfremdet. Ich habe einmal gelesen, Mitgift ist ein Wort aus dem 15. Jahrhundert und bedeutet „mitgeben“. Man kann „Mitgift“ heute aber natürlich auch so als Vokabel deuten, wie es der Ministerpräsident gemacht hat, und sagen: Ja, ich finde es nach wie vor unverantwortlich – da bin ich 100-prozentig bei ihm –, dass wir unseren Kindern mehr Schulden und damit verbundene Rückzahlungsverpflichtungen hinterlassen, als es sein muss bzw. sein sollte.

Kolleginnen und Kollegen, zu dem, was hier vorgetragen worden ist, was die Ausstattung der einzelnen Ressorts anbelangt, werden wir morgen ganz viel diskutieren. Zu dem, was zu den Kommunen gesagt worden ist, kennen Sie die Eckdaten. Ich freue mich über einen Anstieg von 15 % von 2019 auf 2020 beim Kommunalen Finanzausgleich. Hinzu kommt noch eine Reihe von Einzelmaßnahmen. Vorhin sind die freiwilligen Beiträge des Landes genannt worden, insbesondere in den Bereichen, in denen sich der Bund zurückzieht, Stichwort: Kita-Investitionsprogramm. Ich könnte auch über die Schwimmbäder reden. Dabei helfen wir den Kommunen, diese zu finanzieren. Außerdem helfen wir den Kommunen, Investitionen und Renovierungen vorzunehmen.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Eine Idee der LINKEN!)

Ebenso könnte ich den Familienleistungsausgleich benennen. Der Bund gewährt in diesem Bereich künftig 40 Millionen € weniger, die wir künftig kompensieren werden. Diese Liste ließe sich um weitere Punkte ergänzen. Schließlich kommen wir dazu, dass es den Kommunen finanziell noch nie so gut ging wie in diesen Tagen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Faeser, Sie sind heute auch darauf eingegangen. Herr Rudolph hat dazwischengerufen. Ja, die Verschuldung der Kommunen stellt nach wie vor eine Herausforderung dar. Das ist richtig. Ich finde, wenn wir darüber reden und streiten, sollten wir immer auch alle Teile der Debatte beleuchten. Frau Kollegin Faeser, zur Wahrheit gehört auch, dass die hessischen Kommunen die mit Abstand höchsten Steuereinnahmen aller Kommunen der Bundesrepublik Deutschland haben.

(Nancy Faeser (SPD): Sie haben aber auch die höchsten Sozialausgaben!)

Dazu gehört auch, dass die hessischen Kommunen in den vergangenen drei Jahren Überschüsse von immerhin 1,7 Milliarden € erwirtschaften konnten. Das hat es in keinem anderen Land gegeben. 95 % der Kommunen haben einen ausgeglichenen Haushalt. Ich sage aber ausdrücklich – hier sitzen auch viele Kommunalpolitiker –: Das führt nicht dazu, dass wir die Kommunalfinanzen aus den Augen verlieren. Es muss aber einmal gesagt werden, dass wir große Anstrengungen unternommen haben. Die Hessen-

kasse ist hier erwähnt worden. Ich habe eine Zahl im Kopf, die bundesweit über dpa gelaufen ist. Der Rückgang der kurzfristigen Kassenkredite deutscher Kommunen hat 16 % betragen. Wenn Hessen die Hessenkasse nicht gemacht hätte, dann hätte dieser Rückgang 5 % betragen. Das zeigt, welche Dimension dieses Programm hatte, auch mit Blick auf die Situation der gesamten Bundesrepublik.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute ist zum wiederholten Male darüber gesprochen worden. Das kommt häufig von der FDP: Eigentlich habt ihr Geld bis zum Abwinken. – Kollege Rock hat davon gesprochen, dass wir im Vergleich zu 2014 6 Milliarden € mehr haben. Das stimmt. Dazu gehört aber auch, dass man nicht einfach einmal einen Satz sagt, sondern schlichtweg einmal schaut, wo denn diese 6 Milliarden € geblieben sind. 2 Milliarden € dieser 6 Milliarden € stecken im Aufwuchs beim Kommunalen Finanzausgleich. Mathias Wagner hat bereits darauf hingewiesen, dass wir den Kommunalen Finanzausgleich innerhalb weniger Jahre verdoppelt haben. Ich nehme jetzt einmal den Zeitraum von 2014 bis 2020: 2 Milliarden € mehr im Kommunalen Finanzausgleich. Ich denke, das wird niemand kritisieren.

Wir geben auch mehr Geld für das Personal aus, unter anderem deshalb, weil es Tarifsteigerungen gegeben hat. Eine der ersten Amtshandlungen des Innenministers war, einen – wie ich finde – sehr ordentlichen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von drei Jahren auszuhandeln, einen Tarifvertrag mit einem Zuwachs für die Beschäftigten in Höhe von 8 % und mit vielen weiteren Details, von denen ich glaube, dass wir über diese häufiger reden sollten. Hessische Bedienstete sollten hin und wieder daran erinnert werden, welche besonderen Leistungen wir für die Beamten, aber auch für die übrigen im öffentlichen Dienst Beschäftigten vereinbart haben.

Wir geben 2 Milliarden € mehr für das Personal aus – übrigens gerechnet in Köpfen. Das ist von der FDP in der Pressekonzferenz kritisiert worden. Ich habe mir sagen lassen, dass diese Kritik einerseits sehr pauschal daherkam und nach der Frage, wie viele Jobs das sind – 15.000 Jobs –, nur noch relativ wenig kam. Ich sage es heute noch einmal: Den größten Teil des Zuwachses um 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – übrigens: ganz so viele sind es nicht, darüber reden wir morgen noch einmal – machen Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte an Hochschulen, Beschäftigte im Justizvollzug, Beschäftigte bei der Polizei und beim Verfassungsschutz aus. Das ist ein Aufwuchs an genau den Stellen, wo jedenfalls wir von den Fraktionen der CDU und der GRÜNEN ihn haben wollen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2,2 Milliarden € der insgesamt 6 Milliarden € sind Mehrausgaben für das Personal in den Jahren zwischen 2014 und 2020. In diesem Zeitraum haben wir außerdem bisher 700 Millionen € an Schulden abgebaut – das müssen Sie ebenfalls einrechnen –, und wir haben 500 Millionen € mehr für Investitionen ausgegeben. Über die Höhe der Investitionen können wir gerne streiten. Auch ich bin nicht ganz zufrieden damit, dass wir bei der Investitionsquote nicht dort landen, wo wir gerne landen würden. Wir haben aber nicht nur in Hessen, sondern in ganz Deutschland zurzeit ein Problem, einen Teil des Geldes zu verausgaben, das in den Haushalten budgetiert ist. Das wissen wir alle. Darüber braucht man nicht lange zu diskutieren oder nach den Gründen zu fragen.

Wir haben außerdem mehr Geld für Flüchtlinge ausgegeben. Der einzige Beitrag der AfD-Fraktion im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung und Gegenstand der Anträge, die sie dazu gestellt hat, war, dieses ganze Thema zu lassen, alles auf null zu stellen; denn Flüchtlinge gebe es in unserem Land ja eigentlich nicht. Mehr will ich zur AfD-Fraktion heute nicht sagen. Es erklärt sich von selbst, dass die Welt, in der die AfD lebt, nicht die Welt ist, in der jedenfalls ich lebe.

(Robert Lambrou (AfD): Nein, wir haben eine ganze Menge vorgeschlagen, Vorschläge in Summe von über 400 Millionen €!)

Alles zusammengenommen, kommen Sie auf genau 6 Milliarden €. Insofern gehört all das zur Wahrheit. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es tatsächlich so ist, dass wir uns trotz eines Rekordhaushalts ganz viel nicht leisten können und zukünftig wahrscheinlich auch nicht werden leisten können.

Die Forderung der SPD-Fraktion, Grundschullehrer nach A 13 zu besolden,

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Ist völlig berechtigt!)

ist für eine Oppositionspartei dann völlig in Ordnung, wenn sie auch bereit ist, konkrete Vorschläge zur Finanzierung all der Forderungen zu machen, die sie unter dem Jahr verkündet. Darüber werden wir die ganze Legislaturperiode über sicherlich immer wieder reden. Auf der anderen Seite gehöre jedenfalls ich zu denen, die sagen: „Denkt an die Folgen“; denn wir reden dann ganz sicher nicht nur über A 13 für Grundschullehrer, sondern auch darüber, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Schulformen sehr deutlich erklären werden – das haben sie übrigens schon getan –, dass auch sie dann Besoldungserhöhungen haben wollen. Was Polizeibeamte, Erzieherinnen, Erzieher und andere sagen werden – das betrifft die kommunale Ebene –, weiß ich ebenfalls.

Ich will damit sagen: Mal so eben zu sagen: „A 13 für Grundschullehrer“, das ist mir ein bisschen zu wenig und zu kurz gesprungen. Insofern bin ich der Meinung, dass man hin und wieder auch darüber reden sollte – die Schule, die der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident in Offenbach besucht haben, ist ja kein Einzelfall –, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Schulen in aller Regel mit vielem, wenn auch nicht mit allem, durchaus zufrieden sind. Auch ich komme in aller Regel in Schulen, die nicht marode sind, Herr Schalauske. Das, was Sie über den Zustand der Schulen gesagt haben, ist völliger Unfug.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

– Ich komme hin und wieder in Schulen und erlebe, dass die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulleitungen durchaus bereit sind, das anzuerkennen, was wir für die Lehrerinnen und Lehrer, für die Schulen und für die Schülerinnen und Schüler in diesem Lande tun.

(Nancy Faeser (SPD): Offensichtlich besuchen wir andere Schulen als Sie!)

Die Tatsache, dass wir nach wie vor eine 105-prozentige Lehrerversorgung haben, führt selbstverständlich dazu, dass der Lehrerberuf in Hessen eine ganz andere Attraktivität hat, als das in Ländern der Fall ist, in denen die Lehrerversorgungsquote bei weit unter 100 % liegt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten im letzten Jahr den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen bei uns zu Gast. Ich erinnere mich daran, dass Armin Laschet beim Verlassen unserer jährlich stattfindenden Künzeller Veranstaltung sagte: Eines will ich zum Schluss schon noch sagen: Wir wünschten, dass wir es in Nordrhein-Westfalen schaffen, in dieser Legislaturperiode wenigstens bei den Grundschulen so weit zu kommen wie ihr hier in Hessen. – Mehr muss man dazu nicht sagen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Wir hatten schon in der letzten Plenarsitzung zu dem, was hier von der linken Seite vorgetragen worden ist, den Zwischenruf, sich das Land Berlin als Beispiel zu nehmen. Das kann man ja machen; ob das bei der Schulpolitik und bei einigen anderen Politikfeldern klug ist, lasse ich einmal dahingestellt. Jedenfalls mussten Sie sich die Frage gefallen lassen: Wollen Sie Berliner Verhältnisse, was die Grundschulen anbelangt, d. h. auch eine Nichtverbeamtung der Grundschullehrer? – Ich will das ausdrücklich nicht, und auch die hessische CDU und die hessischen GRÜNEN wollen das nicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe SPD und DIE LINKE)

Insofern ist der Haushaltsentwurf so aufgestellt, dass ich sage: Er ist solide und seriös finanziert. Seriös gegenfinanziert sind übrigens auch die Anträge, die die CDU und die GRÜNEN als Fraktionen eingebracht haben. Ich werde noch auf zwei oder drei Beispiele zu sprechen kommen. In Summe ist das ein Haushaltsentwurf, von dem ich sage: Er kann sich nicht nur sehen lassen, sondern er ist auch in der Verantwortung für das aufgestellt, was vor uns liegt, insbesondere mit Blick auf nachfolgende Generationen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns die einzelnen Bereiche des Haushalts anschauen – ich habe eben bei meiner Intervention das Thema Rechtsextremismus aufgerufen –, muss ich schon sagen: Frau Faeser, mir ist schon aufgefallen, dass Sie in Ihrer Rede – Sie haben in der zweiten Runde versucht, ein bisschen nachzuarbeiten – das Thema innere Sicherheit eher ausgespart haben.

(Nancy Faeser (SPD): Das stimmt nicht!)

– Mit wenigen Ausnahmen. – Sonst hätten Sie nämlich darüber reden müssen, wie erfolgreich die Innenpolitik des Landes Hessen ist – auch unter dem amtierenden Innenminister Peter Beuth.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe SPD)

Dann hätten Sie darüber reden müssen, dass wir nicht nur tolle Ergebnisse haben, was die Aufklärungsquoten anbelangt, sondern dass wir in Summe einen Rückgang der Fallzahlen haben, die jetzt deutlich unter früheren Niveaus liegen. Da mir wahrscheinlich gleich einer erklären wird, das sei wieder einmal nur Statistik, da werde nicht so genau hingeschaut, sage ich: Ich glaube, es ist noch nie so genau hingeschaut worden wie in diesen Tagen, was die Art der Delikte und die Häufigkeit der Delikte in den unterschiedlichen Kriminalitätsfeldern anbelangt.

(Nancy Faeser (SPD): Ich habe schon oft genug über die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik geredet, Herr Boddenberg, jedenfalls mehr als Sie!)

Insofern finde ich das sehr erfreulich, und wir können den Menschen in Hessen sagen: Ihr dürft darauf vertrauen, dass der Staat dafür sorgt, dass ihr in diesem Land sicher – nicht nur in einer guten wirtschaftlichen Situation – leben könnt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat etwas mit Budgets zu tun. Sie sollten einmal dabei sein, wenn wir über die Aufstellung des Haushalts reden. Selbstverständlich streitet ein Innenminister dafür, dass er gerne noch das eine oder andere zusätzlich hätte. Die Mittel sind aber – das habe ich am Anfang angesprochen – insgesamt begrenzt, und es gibt trotz berechtigter Forderungen am Ende des Tages verantwortungsvolle Gespräche, in denen wir Prioritäten setzen. Dazu gehört auch, darüber zu reden, an welchen Stellen es nicht in erster Linie um Geld geht.

Ich würde schon sagen, dass der hessische Innenminister und sein Vorgänger in einigen Bereichen Maßstäbe gesetzt haben, was die Ausstattung der Polizei anbelangt. Damit meine ich nicht nur die Uniformen, Schutzwesten und vieles andere mehr, sondern auch das, was die unterschiedlichen Möglichkeiten anbelangt, mit technischer Ausstattung die Arbeit von Polizisten sicherer zu machen. „Sicherer zu machen“ gilt übrigens auch in der Hinsicht, wenn es einmal so ist, dass Leute, mit denen Polizisten es auf der Straße zu tun hatten, versuchen, sie in irgendeiner Form zu belangen – Stichwort: Webcams.

Der amtierende Innenminister und sein Vorgänger haben auch mit der Einführung von Softwareprogrammen bundesweit Maßstäbe gesetzt – ich denke, das werden Sie bestätigen, Frau Faeser –, auch wenn es hier Streit darüber gegeben hat, wie weit man mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz geht, wenn man z. B. Prognosen darüber anstellt, wo möglicherweise welche Art von Delikten stattfinden wird. Ich finde, wir haben hier in Hessen gerade in den letzten Jahren Maßstäbe gesetzt, die zu dem Maß an innerer Sicherheit führen, das ich eben beschrieben habe.

Dann geht es über die Justiz – nicht nur mehr Personal, sondern auch eine Reihe von Initiativen der Justizministerin im Bundesrat; das wird sicherlich morgen im Zusammenhang mit den Budgets der Einzelressorts besprochen werden – hin zur Bildung. Da sind uns – das will ich schon sagen – einige Punkte sehr wichtig.

Das eine ist, dass die Bildungssprache Deutsch nicht nur den Haushaltsentwurf an verschiedenen Stellen prägt, sondern auch das letzte Jahr des Kultusministers als Präsident der Kultusministerkonferenz. Das ist ein wichtiger Punkt deswegen, weil ich glaube, dass wir alle der Meinung sind, dass eine zentrale Bildungssprache – nämlich Deutsch – in den Schulen die wichtigste Voraussetzung für den späteren Schul- und Lebenserfolg jedes Kindes bedeutet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das betrifft nicht nur die Grundschule und die Erhöhung der Stundenzahl, sondern das betrifft beispielsweise auch die berufliche Bildung. Wenn ich mir selbst das Stichwort gebe, sage ich: Ich glaube, dieser Haushalt bringt eines zum Ausdruck, was uns ebenfalls sehr wichtig ist, nämlich dass wir eine absolute Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung herstellen.

Da wird es einige schicke Maßnahmen, beispielsweise des Wirtschaftsministers, geben, z. B. einen Info-Bus, der mit Hightech und Digitaltechnologie die Schulen bereist und in dem sich Schülerinnen und Schüler anschauen können, was in vielen unterschiedlichen Berufsfeldern in der beruflichen Bildung heute technischer Standard ist.

Aber da gibt es auch eine ganze Reihe von – ich sage einmal – politischen Auseinandersetzungen, die wir weiter führen müssen. Ich höre auf Neujahrsempfängen – beispielsweise der Stadt Frankfurt – nämlich x-mal, dass es ein Wert an sich ist, dass 65 % der jungen Menschen nach ihrem Schulabschluss die Universität besuchen. Das kann schön sein, wenn diese Menschen dann auch alle einen Job finden. Aber ich glaube, wir wissen, dass das nicht so ist. Wir sollten jungen Menschen auch hin und wieder sagen – da werden wir jedenfalls nicht nachlassen –, dass es in diesem Land auch außerhalb der akademischen Laufbahn tolle Laufbahnen gibt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das ist in einem Land wie Hessen deswegen besonders wichtig, weil – davon ist eben gesprochen worden – die Arbeitsplätze der Zukunft eben nicht nur algorithmisiert sein werden oder es nur noch Menschen geben wird, die sich mit diesen Dingen von Berufs wegen beschäftigen, sondern es auch weiter ganz normale Berufe geben wird: gewerbliche Berufe, Handwerk, Dienstleistung, Gastronomie usw.

Dort sehe ich eine größere Herausforderung als die, die Sie, Herr Schalauske, beschrieben haben: die Herausforderung, dass wir Menschen – und zwar 100 % der jungen Menschen – in die Lage versetzen müssen, den Anforderungen dieser Berufe gerecht zu werden. Am Ende ist das die beste Sozialpolitik, die wir machen können: alle jungen Menschen in einen Job bringen.

(Beifall Turgut Yüksel (SPD))

Wir sind dort sehr weit. Ich glaube, kaum jemand in Deutschland wird behaupten können, dass er besser ist als wir in Hessen, wenn es um den Arbeitsmarkt und um die Jugendbeschäftigung geht. Aber wir können immer noch ein bisschen besser werden, allerdings nicht mit falschen Botschaften, wie sie manchmal insbesondere von sehr linker Seite kommen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, ja, ich finde, dass man, wenn es denn so ist, auch einmal darauf hinweisen darf, dass nicht nur wir uns loben – das gehört dazu, wenn wir meinen, dass die Regierung und wir gemeinsam eine gute Arbeit abliefern –, sondern dass auch andere das tun. Der Ministerpräsident hat heute darauf hingewiesen. Das beantwortet eigentlich die gesamten Scharmützel der FDP der letzten Monate und Jahre, insbesondere zum Thema Digitalisierung.

Der Ministerpräsident hat heute völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir im Sommer letzten Jahres bei dem Thema „digitale Infrastruktur und Digitalisierung in einem Bundesland“ vom Verband der deutschen Internetwirtschaft auf Platz 1 gesetzt worden sind. Dazu gehört nicht nur der Breitbandausbau. Da sind wir im Bundesvergleich relativ ordentlich aufgestellt. Das wissen Sie. Ich glaube, wir sind auf Platz 3. Natürlich gehört auch der Mobilfunk dazu. Herr Rock hat hinterfragt, warum das denn noch nicht in vollem Umfang im Haushalt etatisiert ist.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Er ist nicht da. Ich kann es ja weitergeben. – Darauf kann ich eine einfache Antwort geben: Das ist noch im Notifizierungsverfahren der Europäischen Union, weil es wettbewerbsrechtliche und Beihilfefragen zu klären gilt. Wir sind aber guter Dinge, dass das geht, dass unser 50-Millionen-€-Programm, das den Schluss der 2%-Lücke gewährleisten soll, tatsächlich aufgelegt wird, und zwar sehr zeitnah.

Dieser erste Platz des Landes Hessen hat nicht nur mit Infrastruktur zu tun, sondern berücksichtigt beispielsweise, dass wir die Digitalisierung auch in der gesellschaftlichen und politischen Debatte sehr viel breiter haben wollen: ob das nun ein Kompetenzzentrum ist, in dem wir uns mit den Fragen beschäftigen, wie man Digitalisierung eigentlich in die öffentliche Verwaltung implementiert und was das für die Beschäftigten bedeutet; ob wir uns mit ethischen Fragen beschäftigen – die Ministerin sagt, das ist eine gleich wichtige Baustelle wie der andere, nämlich der technische Teil der Aufgaben; das teile ich ausdrücklich – oder ob es mit Hightechfragen bei künstlicher Intelligenz zu tun hat, usw. Wir schaffen gerade 20 neue Lehrstühle. Das steht im Koalitionsvertrag. Das kennen Sie.

Ich sage noch einmal in Summe: Es geht immer noch ein bisschen schneller, gar keine Frage. Aber der Slogan der FDP „Digital first. Bedenken second“ ist mir ein bisschen zu kurz gesprungen; denn es ist nun einmal so, dass manche Menschen auch Bedenken haben. Darauf müssen wir Antworten finden. Das machen wir in Gänze. Insgesamt geben wir in der gesamten Legislaturperiode 1,2 Milliarden € aus. Ich glaube, das ist ein Maßstab, den Hessen schon an anderen Stellen gesetzt hat.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden dort am Ende des Tages große Schritte vorankommen – auch dazu aber mehr in den Diskussionen der einzelnen Ressorts.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf das Thema Wirtschaft eingehen. Ich lasse das eine oder andere weg. Holger Bellino schaut schon ein bisschen auf die Uhr. Das ist in Ordnung, lieber Holger Bellino, aber wir sollten zum Schluss noch einmal über die hessische Wirtschaft sprechen.

Ich glaube, es ist in den Parteien unstrittig, dass ein Dialog zwischen Industrie – Arbeitnehmern und Arbeitgebern –, Politik und Mittelstand ein wertvolles Instrument ist, das dafür sorgt, dass wir uns weiter regelmäßig mit allen die Wirtschaft betreffenden Fragen sowie mit den Sorgen von Unternehmern, aber auch Arbeitnehmern beschäftigen.

Dass wir die Infrastruktur weiterentwickeln, ist heute schon vom Ministerpräsidenten vorgetragen worden. Ja, wir haben 120 Millionen € für den Landesstraßenbau vorgesehen. Was vielleicht noch wichtiger ist: Es sind 79 Millionen € für die Planung vorgesehen. Das wiederum bedeutet, dass wir hoffentlich mit den Planfeststellungsbeschlüssen und -verfahren auf der einen Seite und mit dem tatsächlichen Bau von Straßen und Infrastruktur auf der anderen Seite nachkommen – Radwegebau gehört natürlich dazu –, sodass wir dort einen großen Schritt nach vorne kommen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Schalauske (DIE LINKE): So viele Kilometer sind es noch nicht! – Weitere Zurufe)

– Frau Müller, das war natürlich ausdrücklich an Sie gerichtet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber auch den kritischen Punkt aufgreifen, der heute angesprochen worden ist: das Thema Start-ups. Ja, wenn man die reinen Investitionsvolumina betrachtet, die 2018 in den Metropolregionen Deutschlands zu verzeichnen waren, sieht man, da steht Hessen im Ranking nach Euro nicht ganz vorne, sondern eher im Mittelfeld. Das ärgert uns natürlich – auf den ersten Blick.

Auf den zweiten Blick muss man wissen, dass diejenigen, die diese Studie veröffentlicht haben, nämlich Ernst & Young, diese, soviel ich weiß – oder zu lesen war –, nach Presseberichten erstellt haben. Presseberichte berichten in aller Regel über größere Volumina – die stimmen immer, Mathias Wagner –, aber sie berichten möglicherweise nicht über alles, was dort stattfindet.

Wenn Sie sich einmal anschauen, woher die großen Investitionssummen in Berlin und München kommen – diese beiden Städte sind da markant vorne, insbesondere Berlin –, werden Sie sehen, dass sich ein großer Teil dieser 3 Milliarden € in Berlin und, ich glaube, 1,3 oder 1,4 Milliarden € in München auf zwei, drei, vier Großinvestments konzentrieren. Das ist so, das will ich nicht bewerten. Ich will es nur feststellen und sagen: Wichtiger ist uns jedenfalls, dass wir die vielen kleinen Start-ups – die Ein-, Zwei-, Drei-, Vier-, Fünf-Mann-Start-ups – auf die Schiene setzen; denn das hat in der Breite eine völlig andere Wirkung, und auch die Wachstumspotenziale, die dabei herauskommen, sind sehr viel spannender.

Ich finde, da haben wir all die richtigen und wichtigen Schritte gemacht; Fintech ist als Beispiel genannt worden. Sie können sich eine Liste mit 15, 20 Standorten, vor allem an Hochschulen, anschauen. Es finden auch in zunehmendem Maße Ausgliederungen aus Hochschulen statt. Man kann insgesamt sagen, da sind wir sehr gut aufgestellt.

Darüber, dass mit der Universität Kassel und mit der TU Darmstadt zwei hessische Hochschulen unter den zwölf herausragenden Hochschulen im Bundesgebiet sind, was das Thema „Ausgründung und Start-up-Szene“ anbelangt, freue ich mich. Ich freue mich auch darüber, dass eine nordhessische Universität darunter ist: Darmstadt, aber eben auch Kassel.

(Beifall Holger Bellino (CDU) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Universität Kassel als eine von sechs Hochschulen entsprechende Titel des Bundes, was Existenzgründerhochschulen und Expertise anbelangt, tragen darf, finde ich auch toll. Auch das sollte man hin und wieder erwähnen.

Wenn wir sagen, wir wollen bei der Startfinanzierung und vor allem bei der frühen Wachstumsfinanzierung als Staat helfen, und wir einen Zukunftsfonds in der Größenordnung von 250 bis 300 Millionen € auflegen, der sehr gut angenommen wird – gerade jetzt, wo wir dabei sind, das Geld zu sammeln und ihn aufzustellen –, dann ist das die richtige Maßnahme und die Konsequenz aus dem, was ich eingangs gesagt habe, nämlich dass ich nicht so ganz zufriede-

den bin, wenn ich die Statistik mit dem Bund-Länder-Vergleich von Start-ups betrachte.

Das heißt, da, wo wir einmal nicht ganz vorn oder nicht auf den vorderen Plätzen sind, glaube ich sagen zu dürfen, wir sind mit den richtigen Maßnahmen unterwegs.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Punkt. Ich will auch auf das Thema Umwelt eingehen und ein konkretes Beispiel nennen. Es ist heute schon über den Klimapakt gesprochen worden, und es ist darüber gesprochen worden, dass manche glauben, dass die GRÜNEN schwarz geworden sind, und manche glauben, dass wir grün geworden sind. Das ist in Koalitionen so, mit dem Vorwurf kann ich aber ganz gut leben.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Liebesehel!)

Manchmal fragt man sich, weil ich das auch in dem Interview von Frau Wissler gelesen habe: Was ist denn das für ein Demokratieverständnis? Mein Demokratieverständnis ist, dass wir zwei Parteien in dieser Koalition haben, dass es eine grüne Programmatik und eine CDU-Programmatik gibt. Jeder, der sich damit beschäftigen will, wird feststellen, da gibt es Unterschiede – welche Überraschung. Das ist für mich in einer Demokratie das Normalste der Welt.

Nach einer Wahl führt man Sondierungsgespräche durch. Das haben wir als CDU getan: mit den Sozialdemokraten, mit den GRÜNEN, auch mit der FDP. Am Ende kommt man zu der Idee: Wie könnte es denn am besten gelingen, dass wir möglichst viel von dem umsetzen, was wir gern hätten, aber auch das Land insgesamt und die Menschen in unserem Land am meisten davon profitieren? Dann führt man Koalitionsverhandlungen. Das haben wir über einige Wochen getan, in Arbeitsgruppen über jedes Detail verhandelt, bis Mitternacht und manchmal auch darüber hinaus. All das ist normal. Dann kommt ein Koalitionsvertrag heraus, in dem es grüne Akzente gibt und in dem es schwarze Akzente gibt, in dem einen Fall mehr und in dem anderen Fall weniger. Jemand, der das von außen kritisch sieht oder, ich könnte auch sagen, böswillig bewertet, wird sagen, da haben sich die Schwarzen und da haben sich die GRÜNEN durchgesetzt.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Kritisch!)

Herr Schalauske, gehen Sie einmal davon aus – das ist jedenfalls meine Antwort auf entsprechende Vorwürfe, die ich auch hin und wieder höre –, dass ich glaube, dass beide Seiten keinen Vertrag mit Punkten unterschrieben hätten, hinter denen sie nicht am Ende des Tages auch stehen können. Das gilt auch für die Kompromisspunkte.

Einer der schwierigen Kompromisse für die GRÜNEN war der Frankfurter Flughafen. Ja, das wissen wir doch alle. Ich glaube, es ist nach wie vor legitim, dass GRÜNE sagen: „Wir hätten den nie gebaut“. Das ist doch in Ordnung, das wissen doch auch alle. Aber ich finde es auch legitim und sogar notwendig und höchst verantwortlich, dass die GRÜNEN sagen: „Wir tragen das mit“, weil es für uns jedenfalls in der ersten Runde 2014 eine Voraussetzung war, dass wir gesagt haben: Das ist so essenziell für die Region, für die Menschen, für die Jobs, für die Arbeitsplätze in der Region, aber auch darüber hinaus, dass das eine *Conditio sine qua non* ist. Aber wir sind bereit – auch ich selbst habe da sehr viele und intensive Gespräche mit Tarek Al-Wazir geführt –, wenn ihr grundsätzlich mittragt, dass es eine Rechtskraft des Ausbaus damals gegeben hat, über Segelfluggzeuge am Frankfurter Flughafen zu reden. – Im über-

tragenen Sinne. Natürlich gibt es dort keine Segelflugzeuge. Aber ich finde, was der Verkehrs- und Wirtschaftsminister dort in den letzten Jahren erreicht hat, ist außergewöhnlich. Das gibt es an keinem Flughafen der Welt ein zweites Mal, das können Sie noch so kleinreden.

Am Ende sage ich Ihnen: Der Einzige hier im Raum, der durch die Wählerinnen und Wähler in seinem Wahlkreis – nicht mein Wahlkreis, sondern der, wo ich kandidiert und am Ende knapp wieder gewonnen habe – vom ersten Tag an mit dem Thema konfrontiert war, bin ich.

(Robert Lambrou (AfD): Selbstbeweihräucherung!)

Wenn ich Ihnen heute sagen kann, dass ich in meinem Wahlkreis-Mailbriefkasten seit zwei oder drei Jahren keine einzige Mail eines Mailschreibers mehr hatte, der mit dem Thema Fluglärm kommt, dann ist das ein Zeichen dafür, dass wir jedenfalls einiges richtig gemacht haben, nämlich indem wir den Menschen gesagt haben: „Wir halten die weitere Entwicklung des Flughafens für dringend geboten“, aber auch gesagt haben: Wir tun das Mögliche, um dem Lärm Grenzen zu setzen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

– Herr Schalauske, ich weiß nicht, warum ich mich heute so an Ihnen abarbeite. Das war in dem Manuskript, das ich nicht habe, so nicht vorgesehen. Aber sei es drum.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Das scheint Ihnen Spaß zu machen! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Frau Wissler nicht da ist!)

Es ist nicht so, dass nachts fünf Stunden nicht geflogen wird, sondern ganz viele Anwohnerinnen und Anwohner am Frankfurter Flughafen hören sieben Stunden nachts kein Flugzeug, weil wir eine Stunde draufgesattelt haben. Das gelingt nicht immer, das ist abhängig von Wetterlagen. Aber das ist das, was die Menschen von Politikern erwarten, nämlich dass sie das, was sie vorher sagen, auch umsetzen. Genau das machen wir, und das führt am Ende auch zu ordentlichen Wahlergebnissen – auch und gerade in meinem Wahlkreis.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Schalauske (DIE LINKE): Das war das Problem bei den GRÜNEN, Herr Boddenberg!)

Weil ich gerade beim Thema Umwelt bin

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Haben Sie noch etwas?)

und über den Lärm- zum Umweltschutz komme, will ich auch ausdrücklich sagen: Es ist kein allein grünes Thema, dass wir uns um das Klima kümmern.

(Vereinzelter Beifall CDU – Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Sie blockieren es beide!)

Es ist ein Thema, das alle und jeden von uns angeht. Manche wissen es noch nicht oder wollen es nicht wahrhaben – allen voran die AfD –, dass es auch sie etwas angeht und betrifft.

(Robert Lambrou (AfD): Sie sehen, wie die Bürger darüber denken!)

Aber wenn es so sein soll, machen wir Klimaschutz auch für die Menschen, die AfD gewählt haben, selbstverständ-

lich für alle Menschen, weil wir glauben, dass das eine der größten, vielleicht die größte Herausforderung der Menschheit dieser Tage ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Robert Lambrou (AfD): Das haben wir gelernt!)

Wir sind davon überzeugt, dass wir als 6 Millionen Hessen in einer Welt, die auf 8 Milliarden Einwohner zusteuert, nicht allein sind, dass wir unter 82 oder 83 Millionen auch nicht diejenigen sind, die alles am besten wissen.

(Robert Lambrou (AfD): Das hört sich anders an!)

Auf der anderen Seite wissen wir, wenn wir in Hessen und in Deutschland etwas richtig machen, dass das am Ende zu einem Ergebnis führt, das Rückgang der CO₂-Belastung heißt. Da gibt es allen Anlass, zu sagen, das war und ist in großen Teilen erfolgreich, vielleicht manchen zu langsam; aber es gibt nachweisbare Erfolge. Wenn es uns gelingt, dass wir damit am Ende nicht so viel Schaden anrichten, was beispielsweise Arbeitsplätze und Beschäftigung angeht, dass die Menschen in Summe sagen: „Wir tragen das mit“, wenn wir das hinbekommen, Klimaschutz, Rückgang der CO₂-Emissionen und gleichzeitig Erhalt der Arbeitsplätze

(Robert Lambrou (AfD): Auch bei Opel!)

bzw. Konfiguration von Arbeitsplätzen in neue Technologien, wenn uns das gelingt, haben wir eine Chance, der Welt zu zeigen, dass es geht, wenn man es denn konzertiert will und sowohl Ökologie als auch Ökonomie, aber auch soziale Belange gleichermaßen auf dem Radar hat.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Schalauske (DIE LINKE): Nur findet sich das nicht in Ihrer Politik!)

Das machen wir in der Klimapolitik, insbesondere wenn es um neue Technologien geht, auch nachweisbar. Es ist angesprochen worden. Für mich war bis vor Kurzem die Fliegerei völlig außen vor, wenn es um CO₂-Vermeidung geht. Ich habe in den letzten Jahren gelernt, dass es Technologien gibt, die jedenfalls dazu führen können, dass es eines Tages dort keinen CO₂-Ausstoß mehr gibt. Das ist noch lange hin, das weiß ich auch. Aber alles das ist auf jeden Fall besser, als zu erklären, wir werden eine Gesellschaft von Stoppschildern und Verboten, wo die Menschen sagen: Warum denn? Das Leben ist doch schön; eigentlich hätte ich gern, dass es so bleibt. – Nein, das kann nicht so bleiben. Aber wir sollten den Menschen immer nur das zumuten, was auch wirklich notwendig ist.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Diese Abwägung ist ein Dauerthema, übrigens auch in dieser Koalition; das will ich ausdrücklich sagen. Das ist auch gut so, weil am Ende etwas Gutes herauskommt, nämlich wenn man alle Risiken und alle Chancen gleichermaßen gegeneinander abgewogen hat.

Deswegen funktioniert das gut, „schockierend stabil“, wie Ihre Fraktionsvorsitzende das nennt. Das Wort „schockierend“ lassen wir weg. Aber wir werden ganz sicher auch weiterhin eine spannende Koalition sein, und das vor dem Hintergrund, dass viele der Fragen, die wir in Hessen, hier im Landtag oder auch außerhalb, erörtern, auch die großen Fragen dieser Tage im Bund und in unserer Gesellschaft sind. Ich freue mich darauf, hin und wieder auch mit den GRÜNEN zu streiten, mit den Oppositionsfraktionen zu streiten, auch mal innerhalb der CDU zu streiten, wenn es

um den besten Weg geht. Bei euch gibt es so etwas nicht, bei uns kommt das vor.

Am Ende wollen wir den Menschen das Gefühl geben: Die machen seriöse Politik. Die denken lange nach, bevor sie größere Schritte gehen.

(Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Frau Kollegin Faeser, das zeigen wir in diesen Tagen auch der Landwirtschaft. Es ist nicht ganz einfach, mit Landwirten zu diskutieren. Aber die Landwirte müssen wissen, dass sie ein Teil der Herausforderungen sind, aber nur ein Teil, und dass wir uns darum kümmern, dass sie nicht ungerecht behandelt werden, sondern genauso behandelt werden wie alle die, die wir brauchen, wenn wir vorankommen wollen.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Deswegen am Ende des Tages: Ich bin sehr gern in dieser Koalition, auch die nächsten vier Jahre. Freuen Sie sich auf spannende und erfolgreiche Jahre für Hessen. – Danke fürs Zuhören.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Boddenberg. – Mir liegt eine weitere Wortmeldung des Kollegen Richter von der Fraktion der AfD vor. Es verbleiben 3:13 Minuten.

Volker Richter (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Boddenberg, was Sie gerade bezüglich der Kommunen gesagt haben – dass diese so gut dastünden wie nie zuvor –,

(Manfred Pentz (CDU): So ist es!)

kann man so nicht stehen lassen. Das funktioniert nicht.

(Beifall AfD – Zuruf CDU: Doch!)

– Nein. – Denn Sie vergessen etwas Elementares. Sie vergessen, warum sie diese Überschüsse haben. Sie haben diese nämlich nur, weil sie die Gewerbe- und Grundsteuern erhöhen müssen und den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen das Geld abpressen. Das ist das Einzige, was im Moment gemacht wird; und das verkaufen Sie hier als Erfolg der Landesregierung.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren von der CDU, das ist hochnotpeinlich angesichts der Situation auch von kommunalen Politikern, die tatsächlich bedroht werden, weil die Steuern eben erhöht werden müssen und die Leute keine Lust mehr haben, diese hohen Steuern zu tragen, und weil es dadurch überall in den Gemeinden zu Problemen kommt.

(Manfred Pentz (CDU): Sie haben es nicht verstanden! Das stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt sehr wohl.

Jetzt möchte ich Ihnen noch etwas zu den Schulen sagen. Es ist für mich ein sehr interessanter Ansatz, dass Sie hier von Schulen reden, die alle so gut seien, wie wir sie gar nicht kennen. Das erinnert mich an Potemkinsche Dörfer.

(Beifall AfD)

Ich kenne mittlerweile in Hessen anscheinend schon Potemkinsche Schulen.

(Holger Bellino (CDU): Wer ist denn Schulträger?)

Anscheinend kommen Sie nur zu den Kommunen und Schulen, wo man Ihnen zeigt, was Sie sehen wollen, aber nicht die Realität. Von daher können Sie die Realität gar nicht wahrnehmen, die in Deutschland stattfindet. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall AfD – Manfred Pentz (CDU): Wo leben Sie?)

Sie sollten wirklich einmal dorthin gehen, wo es brennt, und nicht dorthin, wo man der CDU die Füße küsst. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Manfred Pentz (CDU): Wo lebt die AfD?)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir fahren morgen um 9 Uhr mit der Beratung der Einzelpläne und mit der Haushaltsdebatte fort. Die Abstimmungen zum Haushalt finden am morgigen Mittwochabend statt.

Damit schließe ich die Sitzung für heute.

(Schluss: 19:02 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)**Frage 218 – Manuela Strube (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

Wie bereitet sie sich auf das erklärte Ziel im Koalitionsvertrag von Union und SPD im Bund über den Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule vor?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Die Landesregierung ist auf die beabsichtigte Einführung eines Rechtsanspruchs zur Ganztagsbetreuung an Grundschulen vorbereitet. In Hessen arbeiten im laufenden Schuljahr mehr als 61 % der Grundschulen und verbundener Grundschulen im Ganztagsprogramm des Landes – in Profil 1, Profil 2, Profil 3 oder im Pakt für den Nachmittag. Dies ist im Vergleich zum Schuljahr 2013/2014 ein Anstieg um über 60 %. Diese Steigerung ist das Ergebnis der konsequenten Schwerpunktsetzung der Hessischen Landesregierung auf den Ausbau ganztägiger Angebote an Grundschulen: Als Erfolg hat sich der Pakt für den Nachmittag erwiesen, der neben den Profilen 1, 2 und 3 als weiteres Ganztagsprofil in Hessen umgesetzt wird und auf die Belange und Bedarfe von Grundschulen in besonderem Maße abgestimmt ist. In enger und beispielgebender Kooperation zwischen dem Land und den Schulträgern wurde und wird ein passgenaues Angebot für die Altersgruppe der Grundschulkinde etabliert. Im laufenden Schuljahr nehmen 26 von 33 Schulträgern mit insgesamt 253 Grundschulen bzw. Grundstufen von Förderschulen am Pakt für den Nachmittag teil.

Die modularisierte Struktur des Bildungs- und Betreuungsangebotes im Pakt für den Nachmittag an fünf Tagen in der Woche bis 14:30 Uhr oder bis 17 Uhr, das Angebot einer Ferienbetreuung durch die Schulträger sowie die enge Kooperation zwischen Land und Schulträgern bzw. deren jeweiligen Angebotsträgern können im Sinne des auf Bundesebene angestrebten Rechtsanspruchs und der bisherigen gemeinsamen Gespräche sowie Vereinbarungen der Länder zum Rechtsanspruch als tragfähiges Zukunftsmodell gewertet werden.

Das Land Hessen unterstützt zudem die Grundschulen maßgeblich in ihren Bestrebungen, teilgebunden oder gebunden zu arbeiten.

Hessen bringt sich aktiv in die Gespräche zwischen Bund und Ländern betreffend einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ein, den der Bund einzuführen plant. In diesen Gesprächen legt Hessen besonderen Wert darauf, dass die Berechnungsgrundlagen zum zeitlichen Umfang und die qualitativen Aspekte den Vorgaben der Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen nach § 15 Hessisches Schulgesetz entsprechen und die Kosten eines Ganztagsanspruchs den Planungen in zutreffender Höhe zugrunde gelegt werden.

Frage 227 – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Sanierungsarbeiten bei den Sporthallen der Justizvollzugsanstalten in Hessen stehen bevor, insbesondere der Beginn der Sanierung der Sporthalle der JVA in Wiesbaden?

Antwort Thomas Metz, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Die Sporthallen der Justizvollzugsanstalten werden im Rahmen der allgemeinen Bauunterhaltung fortlaufend instand gehalten und ertüchtigt. Die Sanierung der Sporthalle der JVA Wiesbaden ist im Haushaltsplanentwurf 2020 als Hochbaumaßnahme im Einzelplan 18 mit 1,7 Millionen € veranschlagt. Derzeit befindet sich die Maßnahme in der Ausführungsplanung beim Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH).

Frage 229 – Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Schulmensen gibt es an hessischen Schulen?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Im laufenden Schuljahr 2019/2020 wird im Rahmen der Ganztagsprofile 1, 2 und 3 sowie im Pakt für den Nachmittag an 1.197 Schulen in Hessen ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot umgesetzt.

Die Voraussetzung gemäß Punkt 2.1.2 der Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen nach § 15 Hessisches Schulgesetz zur Genehmigung eines ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebotes ist der Nachweis durch den Schulträger; dass die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen für die Einnahme eines warmen, ausgewogenen Mittagessens bei der Aufnahme und Umsetzung des ganztägigen Landesangebotes sichergestellt werden. Übergangslösungen bzw. Planungen entsprechender schrittweiser Entwicklungen sind anzukündigen und im Zuge der Evaluation durch die Schule zu dokumentieren.

Ein schulgerechtes, ganzheitliches Schulverpflegungskonzept ist Voraussetzung für einen gelingenden Ganztags. Die Schule ist nicht nur Lern- und Bildungsraum, sondern auch Raum für Kommunikation und Integration – besonders während des gemeinsamen Mittagessens.

Inwiefern an Schulen über die genannten Landesnormen hinaus im Rahmen kommunaler Betreuungsangebote Schulmensen eingerichtet wurden, müssen die kommunalen Schulträger nicht an das Hessische Kultusministerium zentral melden. Nach Auskunft des Hessischen Städtetags und des Hessischen Landkreistags liegen diesen derzeit keine Abfrageergebnisse zur Anzahl von Schulmensen oder vergleichbarer außerschulischer Essensmöglichkeiten vor.

Frage 230 – Manuela Strube (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie geht sie mit der Resolution des Hessischen Handwerkstags für die Einführung eines Unterrichtsfaches „Werken/Technik“ an hessischen Schulen in der Sekundarstufe I und II um?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Alle hessischen Schülerinnen und Schüler werden durch abgestimmte und qualifizierte Maßnahmen zur beruflichen Orientierung fächerübergreifend auf die Berufswahl vorbereitet, damit sie am Ende ihrer Schulzeit gemäß ihren Kom-

petenzen eine passgenaue Berufswahlentscheidung treffen können.

Das Fach Arbeitslehre beispielsweise greift die Herausforderungen der im permanenten Wandel befindlichen Industriegesellschaft sowie ökonomische und technische Entwicklungen auf. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte zu den Bereichen Werken und Technik. Arbeitslehre ist Teil des Pflichtunterrichts gemäß § 5 und § 6 des Hessischen Schulgesetzes in der Sekundarstufe I und schließt an „Werken/Textiles Gestalten“ der Grundstufe an. Hier können Schülerinnen und Schüler handwerkliche Techniken und Tätigkeiten erlernen. Diese Fertigkeiten werden an Schulen auch im Wahlpflichtunterricht vermittelt. Zudem sind in allen Schulstufen technische Zusammenhänge und Anwendungen Gegenstand der naturwissenschaftlichen Fächer.

In der Sekundarstufe II werden zudem insbesondere an den beruflichen Gymnasien Schwerpunkte im Bereich Technik gesetzt, um Schülerinnen und Schüler gezielt auf eine Ausbildung oder ein Studium vorzubereiten. Derzeit bieten die beruflichen Gymnasien folgende Schwerpunkte in der Fachrichtung Technik an: Bautechnik, Biologietechnik, Chemietechnik, Elektrotechnik, Gestaltungs- und Medientechnik, Maschinenbautechnik sowie Umwelttechnik.

Über die schulspezifischen MINT-Angebote hinaus gibt es zahlreiche außerunterrichtliche Projekte und Initiativen, wie z. B. Schülerforschungszentren, Mitmachmuseen oder Wettbewerbe, die vom Hessischen Kultusministerium bzw. dem Land Hessen unterstützt und von den Schulen intensiv genutzt werden.

Die Verordnung für Berufliche Orientierung in Schulen berücksichtigt darüber hinaus die Möglichkeiten der dualen Ausbildung genauso wie die des Studiums an einer Hochschule. Die Themen, die in der Resolution des Hessischen Handwerksrats genannt werden, sind Bestandteile der technischen Bildung im Rahmen der beruflichen Orientierung und werden mehrheitlich an hessischen Schulen fächerübergreifend eingesetzt:

Zur Förderung der technischen bzw. handwerklichen Kompetenzen arbeiten allgemeinbildende Schulen mit weiteren Partnern wie mit der Bundesagentur für Arbeit, mit Betrieben und mit Hochschulen zusammen. Darüber hinaus fördern Betriebserkundungen und Betriebspraktika die handwerklichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I und II.

Durch diese umfangreichen Maßnahmen und Programme, die z. B. Kompetenzfeststellungsverfahren, Bewerbungstrainings, berufsbezogene Projektarbeit, den Besuch von Ausbildungs-, Studien- und Berufsmessen und die Gründung von Schülerfirmen umfassen, haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, unterschiedliche handwerkliche Berufe kennenzulernen. Eine spätere Ausbildung im Handwerk als attraktive Option zu erkennen, wird durch diesen Ansatz gefördert.

Frage 232 – Nadine Gersberg (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie plant sie zu erreichen, dass aufgrund der Neuordnung der Flugrouten inklusive einer dritten Einflugschneise über Offenbach, die derzeit durch die Deutsche Flugsicherung

(DFS) erprobt wird, jetzt und zukünftig zusätzlicher Fluglärm von Offenbach abgehalten wird?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Der 20-tägige Probetrieb liegt allein in der Verantwortung der DFS und ist ein erster Teilschritt eines möglichen weiteren Untersuchungsverfahrens, bei dem noch viele Fragen zu klären sind, bevor eine Bewertung durch die Landesregierung erfolgen kann. Der Probetrieb umfasst keine neuen Einflugschneisen, sondern basiert auf den bereits aktuell existierenden drei Landebahnen 25R (Landebahn Nordwest), 25C (Centerbahn) und 25L (Südbahn). Er findet nur zwischen 6 und 22 Uhr statt. Er beinhaltet gegenüber dem aktuell am Tag praktizierten Nutzungskonzept (Anflüge erfolgen in der Regel auf Landebahn Nordwest oder Südbahn, Abflüge erfolgen in der Regel von der Startbahn West oder der Centerbahn) jedoch teilweise andere Belegungsanteile der Bahnen. Bei Anwendung des zu erprobenden Konzepts wird etwa die Hälfte der ansonsten auf die Südbahn erfolgenden Anflüge auf die Centerbahn verlagert. Auch bei Abflügen beinhaltet das Konzept Änderungen, die jedoch auf Offenbach keine Auswirkung haben.

Die Fluglärmbeauftragte des HMWEVW hat gegenüber der Fluglärmkommission dargelegt, dass das von der DFS vorgesehene Konzept je nach Kommune bzw. Ortsteilen teilweise zu Entlastungen, teilweise zu Belastungen führt. Auch deshalb hat sie eine messtechnische Begleitung des auf ca. 20 Anwendungstage beschränkten Probebetriebs durch die Fraport und das Umwelt- und Nachbarschaftshaus erbeten. Dafür sollen neben dem bestehenden Messnetz zwei zusätzliche mobile Messstationen genutzt werden. Beide Stationen sollen in Offenbach eingesetzt werden. Die Stadt Offenbach wurde in die Standortfindung eingebunden. Darüber hinaus werden im Zuge des Monitorings weitere Instrumente wie Berechnungen auf Basis der tatsächlich stattgefundenen Bewegungen eingesetzt.

Frage 233 – Dr. Daniela Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Inwiefern beabsichtigt sie, die DKG-Anerkennung für die Weiterbildung Psychoziale Onkologie (WPO) zu übernehmen, sodass alle ein- bis zweijährigen Zusatzausbildungen nicht mehr landesrechtlich mit einem Staatsexamen absolviert werden können?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Die Landesregierung plant, die Weiterbildungs- und Prüfungsordnung Pflege (WPO-Pflege) im Hinblick auf die bestehenden Qualitätssicherungsrichtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses, auf die Langzeitpflege sowie auf das Pflegeberufereformgesetz weiterzuentwickeln. Eine wesentliche Überlegung stellt hierbei die Herausnahme der bereits von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) geregelten Weiterbildungsvorgaben dar, sofern die Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses auf diese verweisen. Zudem soll die derzeit noch kaum abgebildete Langzeitpflege stärker berücksichtigt werden.

In diesem Jahr wird daher eine Unterarbeitsgruppe des Fachbeirats Pflege Empfehlungen zur Novellierung entwickeln. Hierbei wird auch zu prüfen sein, inwieweit sich die

Empfehlungen der DKG für den Bereich Psychosoziale Onkologie auswirken.

Frage 234 – Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Mit welcher Begründung wird im Genehmigungsverfahren zur Errichtung eines Lagers für mit perfluorierten Chemikalien (PFC) belasteten Erdaushub aus den Baumaßnahmen für das Terminal 3 am Frankfurter Flughafen auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Für das geplante Bodenlager war nach der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVP) eine „allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ durchzuführen. Anhand des Ergebnisses dieser Vorprüfung ist zu entscheiden, ob von dem Vorhaben erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen.

Die Vorprüfung des Einzelfalls wurde am 11. Dezember 2019 abgeschlossen. Von erheblichen Umweltauswirkungen ist demnach nicht auszugehen. Eine UVP ist somit den gesetzlichen Vorgaben entsprechend nicht erforderlich.

Frage 235 – Stephan Grüger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche neuen Planungsdetails zu DEF 20 sind ihr seit ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage des Abg. Schalauske vom 29. Oktober 2019, Auswirkungen des „Defender 2020“-Manövers der US-Streitkräfte auf Hessen, bekannt geworden?

Antwort Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Sowohl die U.S. Army Europe als auch die Bundeswehr sind im Hinblick auf die Kommunikation über die Großübung US DEFENDER Europe 2020 (DEF20) um größtmögliche Transparenz bemüht. Insofern hat das Kommando Streitkräftebasis (SKB) der Bundeswehr in Bonn am 12. Dezember 2019 eine erste Informationsveranstaltung für Vertreterinnen und Vertreter der Innen- und Verkehrsministerien durchgeführt. Zudem hat die U.S. Army Europe gemeinsam mit dem Kommando SKB am 14. Januar 2020 eine Informationsveranstaltung in Berlin für Behördenvertreterinnen und -vertreter aus den Ländern und aus verschiedenen Bundesministerien durchgeführt. In einer anschließenden Pressekonferenz wurde die deutsche und die internationale Presse über DEF20 informiert.

Zuletzt fand am 20./21. Januar 2020 eine weitere Informationsveranstaltung des Kommandos Territoriale Aufgaben (Kdo TA) statt, zu der ebenfalls Vertreterinnen und Vertreter aus Behörden auf Landes- und Bundesebene eingeladen waren. Aus diesen Informationsveranstaltungen, an denen – je nach Zuschnitt der Veranstaltung – die zuständigen Referate der Hessischen Staatskanzlei, des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport sowie des Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen vertreten waren, ergeben sich folgende ergänzende Informationen:

Erstens. Die Großübung DEF20 wird in mehreren Phasen ablaufen. Das Kommando SKB unterscheidet hierbei folgende drei Phasen:

Phase	Zeitraum	Inhalt
1	15.01. – Anfang Mai 2020	Verlegung
2	22.04. – 22.05.2020	Durchführung der multinationalen Übung in Polen und dem Baltikum
3	22.05. – Juli 2020	Rückverlegung

In den Osterfeiertagen erfolgen keine Bewegungen. Während der Osterferien in Deutschland und am 8. Mai (Jahrestag Ende des Zweiten Weltkrieges) sollen Bewegungen auf ein Minimum beschränkt werden.

Zweitens. Verlegungen im Lufttransport sind gemäß derzeitigen Planungen zu den Flughäfen Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt am Main, München und Nürnberg beabsichtigt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um den Transport von Soldatinnen und Soldaten aus den USA. Die Nutzung ziviler Flughäfen ist zum einen eine seit Jahren geübte Praxis im Rahmen der Operation Atlantic Resolve, sie ermöglicht zum anderen, die Belastungen (Stichwort: Fluglärm) auf mehrere Regionen zu verteilen.

Über den Flughafen Frankfurt werden im Zeitraum Februar bis Mai 2020 insgesamt weniger als 300 Personen verlegt. Zum aktuellen Planungsstand ist davon auszugehen, bzw. ist es von den US-Streitkräften geplant, sämtliche über den Flughafen Frankfurt anreisenden US-Soldatinnen und -Soldaten mit kommerziellen Flügen, in ziviler Kleidung zu transportieren. Wenn Waffen transportiert werden, werden diese als aufzugebendes Gepäck (nicht an der Person) mitgeführt.

Drittens. Zu einer Verlagerung zusätzlicher Luftfahrzeuge (Flugzeuge, Hubschrauber) aus den USA wird es nicht kommen. Zum Einsatz kommen werden lediglich die bereits in Europa vorhandenen Luftfahrzeuge. Insofern ist nicht mit wesentlichen Mehrbelastungen des deutschen Luftraums zu rechnen.

Viertens. Für den Seetransport sind derzeit die Seehäfen Antwerpen (Belgien), Vlissingen (Niederlande) sowie Bremerhaven vorgesehen. Als Binnenhäfen sind die Häfen Bremen, Duisburg, Krefeld und Mannheim genannt worden. Binnenhäfen in Hessen sind somit nicht betroffen. Die erste Ankunft im Seehafen Bremerhaven ist am bzw. um den 20.02.2020 geplant. Darüber hinaus sind bis zum 3. März (voraussichtlich) Binnenwassertransporte von Mannheim nach Krefeld/Duisburg geplant. Hierbei soll schweres Gerät (z. B. Kettenfahrzeuge), das nicht längere Strecken über die Straße transportiert werden kann und soll, per Binnenschiff von Mannheim nach Krefeld bzw. Duisburg transportiert werden. Von dort erfolgt wiederum eine Umladung auf Straßentransporte.

Fünftens. Hauptstrecken für Transporte, die um den 27.01.2020 herum begonnen haben, sind: von Venlo und Aachen über Dortmund–Hannover–Berlin–Frankfurt (Oder), von Bremerhaven–Hamburg–Berlin–Stettin, von Mannheim–Hannover, sowie von Mannheim–Nürnberg–Dresden–Görlitz.

Hessen ist maßgeblich durch die Verlegung von Material von Mannheim über Fritzlar (Containerumschlagpunkt) nach Bergen sowie von GERMERSHEIM über Fritzlar (Containerumschlagpunkt) nach Burg betroffen. Der geplante Verlegezeitraum ist 27. Januar bis 3. März 2020, gegebenenfalls auch bis zum 7. März 2020. Dies ist abhängig davon, ob bis zu diesem Zeitpunkt alles erforderliche Material verladen und verlegt werden konnte. Hierbei handelt es sich um folgende Materialtransporte:

Eisenbahntransporte

Derzeit geplant sind vier Eisenbahntransporte über den gesamten Zeitraum. Transportiert werden soll hierbei schweres Gerät (vor allem Kettenfahrzeuge).

Straßentransporte

Zudem soll es mehrere Transporte über Straße geben:

a) Container-Transfer von Mannheim nach Fritzlar im Zeitraum Ende Januar bis Ende Februar. Der vorgesehene Umfang hierbei sind 4 Marschteileinheiten à 5 Fahrzeuge pro Nacht. Geplante Startzeit in Mannheim ist dabei jeweils ab 22 Uhr. In Fritzlar werden die Container durch US-amerikanische und britische Streitkräfte umgeladen („umgeschlagen“) und dann nach Bergen weitertransportiert (siehe nachfolgend b)).

b) Container-Transfer von Fritzlar nach Bergen im Zeitraum Ende Januar bis Anfang März. Der vorgesehene Umfang hierbei sind wiederum 4 Marschteileinheiten à 5 Fahrzeuge pro Nacht. Geplante Startzeit in Fritzlar ist dabei ebenfalls jeweils ab 22 Uhr.

c) Container-Transfer von GERMERSHEIM über Fritzlar nach Burg im Zeitraum Anfang April bis Anfang Mai. Hierbei sollen insgesamt maximal 500 Container auf Straßenfahrzeuge verladen werden, und zwar bis zu 40 Container pro Tag.

Es handelt sich somit um einen Zeitraum, bei dem die wesentlichen Verlegungen bereits abgeschlossen sind und hier allenfalls noch notwendiger „Nachschub“ während der dann bereits laufenden Phase 2 (Durchführung der multinationalen Übung in Polen und im Baltikum) von DEF20 transportiert werden muss.

Die Hessische Staatskanzlei und das Hessische Ministerium des Innern und für Sport halten engen Kontakt mit dem Landeskommando Hessen und werden von diesem über Änderungen der Transportrouten und -zeiten informiert. Jeweilig von Transporten betroffene Kommunen werden, wie üblich, durch das Landeskommando Hessen zeitnah informiert. Hierbei handelt es sich um ein eingeübtes Verfahren zur Einholung von Genehmigungen bei den zuständigen zivilen Behörden, mit dem die Kommunen in Deutschland vertraut sind.

Sechstens. Die Gesamtsteuerung der Transporte im Rahmen der Verlegung und Rückverlegung wird von Kaiserslautern aus gesteuert durch eine Verkehrsleitzentrale, die gemeinsam von der U.S. Army Europe und der Bundeswehr betrieben werden wird. Diese Verkehrsleitzentrale wird durch das Zentrum der Militärpolizei in Hannover unterstützt.

Frage 236 – Saadet Sönmez (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Gibt es ein Förderprogramm des Landes Hessen, aus dem Mittel für das im September 2020 auslaufende Projekt ASTRA des Vereins Perspektiven e. V. bereitgestellt werden könnten?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Nein, es gibt kein Förderprogramm des Landes Hessen, aus dem Mittel für das im September 2020 auslaufende Projekt ASTRA des Vereins Perspektiven e. V. bereitgestellt werden könnten. Um Fördermittel aus dem Landesprogramm WIR zu erhalten, darf ein Projekt noch nicht begonnen haben. Eine Fortführung des Projekts ASTRA ist mit Mitteln des Landesprogrammes WIR somit nicht möglich.